



FREITAGSPOST – Sonderausgabe zur Kommunalwahl

20. Februar 2014

Liebe Genossinnen und Genossen der KölnSPD,
liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

ja, ist denn schon wieder Freitag? Nein, keine Angst, ihr habt nicht die ganze Woche verpasst. Heute gibt es eine **Sonderausgabe der Freitagspost** anlässlich des zurückliegenden **Parteitags** vom letzten Samstag. In sagenhaften vier Stunden, haben unsere 270 Delegierten die letzten Personalentscheidungen getroffen und unser Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020 beschlossen.

Und damit ihr alle wichtigen Informationen auch direkt aus erster Hand habt, bekommt ihr hier **alle Ergebnisse und Beschlüsse** frei Haus geliefert. Zum Kommunalwahlprogramm gleich zu Beginn ein wichtiger Hinweis: Für unseren Wahlkampf wird der vorliegende Beschluss über die Karnevalstage redaktionell und sprachlich überarbeitet sowie selbstverständlich auch Geschlechtergerechtigkeit überprüft, um am Ende einen gut lesbaren und für die Menschen in Köln ansprechenden Text zu haben.

Dieser Beschluss markiert das Ende eines 15monatigen Beteiligungsprozesses, bei dem jedes Mitglied eingeladen war sich zu beteiligen. Viele haben davon Gebrauch gemacht und so trägt unser Programm die Handschrift vieler Genossinnen und Genossen aus allen Teilen der Stadt. Von daher ist unser Motto **"Köln für Alle"** nicht nur die Basis unseres Politikanspruchs, sondern in der KölnSPD gelebte Parteikultur. Oder, anders formuliert: **Wir wollen beteiligen, statt bevormunden! Kölle! Vorwärts!**

Und nun viel Spaß
bei der Lektüre!

Herzliche Grüße

Frank Mederlet
Geschäftsführer der KölnSPD

Marco Malavasi
Redaktion Freitagspost



Inhaltsübersicht

Kölle vorwärts! Martin Börschel und Jochen Ott im Interview	03
Kölner StadtAnzeiger und Kölnische Rundschau berichteten	06
Die Beschlussfassung des Kommunalwahlprogramms	08
Ein starkes Köln für ein starkes Europa	08
KölnSPD gegen Rassismus und Reschtspopulismus	09
KölnSPD für Chancengleichheit	09
Kein Kind zurücklassen	09
Kinder- und Jugendarbeit: Für eine demokratische Zukunft	12
Chancen für junge Menschen: Ausbildung sichern	14
Gute Arbeit für Köln - KölnSPD für gute Arbeit	16
KölnSPD für lebenswerte Veedel	19
Soziales Leben im Veedel fördern	22
Veedelsnahe Infrastruktur	24
Sicherheit und Sauberkeit	26
Energie effizient nutzen	26
Wir fragen Köln	27
Starke Veedel brauchen eine bürgernahe Politik und Verwaltung	28
KölnSPD für eine erfolgreiche Stadt	29
Integrierte Stadtplanung	29
Köln - Wirtschaftszentrum im Rheinland	30
Leitziele für eine moderne Verkehrspolitik für Köln	34
KölnSPD für Lebensqualität pur	43
Köln... Stadt der Vielfalt!	43
Aufenthaltsqualität in der Stadt	44
Raum für Sport und Bewegung	45
Für ein gesundes Köln!	49
Kunst und Kultur prägen unsere Stadt	51
Kultur für Alle...	53
Freizeit in Köln - bunt, attraktiv, unterstützenswert	57
KölnSPD steht für nachhaltige Finanzpolitik mit Augenmaß	59
Wahlergebnisse	63

Kölle! Vorwärts! Martin Börschel und Jochen Ott im Interview!

Anlässlich des zurückliegenden Unterbezirksparteitag haben wir die Gelegenheit genutzt, um mit Martin Börschel MdL und Jochen Ott MdL über das Parteiprogramm und ihre Ziele für die anstehende Kommunalwahl zu sprechen.

Freitagspost

2009 ist es der KölnSPD gelungen wieder stärkste Kraft in Köln zu werden und eine rot-grüne Ratsmehrheit anzuführen. Der damalige Slogan der Kampagne hieß: ‚Köln kann’s besser!‘. Was sagt ihr nun zu Beginn 2014: Kann Köln es heute wirklich besser als vor fünf Jahren?

Jochen Ott

Auf jeden Fall! In der letzten Ratsperiode seit 2009 ist es der KölnSPD gelungen, diese Stadt wieder gerechter und fairer zu machen. Es ist immer ein Balanceakt. Köln ist als größte Stadt in NRW Metropole, gleichzeitig müssen wir immer darauf achten, dass auch die Veedel lebenswert bleiben. Da haben wir in den letzten fünf Jahren vieles wieder auf den richtigen Weg gebracht, gerade auch mit Jürgen Roters als Oberbürgermeister. Wir haben auf allen Ebenen - Rathaus, Fraktion und Partei - gut für die Menschen gearbeitet. Denn für uns gilt: Wir hören zu und nehmen die Menschen mit, statt sie zu bevormunden. Aber wir sind hier noch nicht fertig und es gibt noch viel zu tun!

Martin Börschel

Wenn ich einfach Mal zurückschaue, wie die Situation vor fünf Jahren aussah, muss ich schon sagen, dass Köln heute mehr aus seinen Möglichkeiten macht als in der Ära unter OB Schramma. Wir haben den KölnPass erhalten und den Köln-Tag eingeführt. Wir haben massiv in den Ausbau der Betreuung unserer Kleinsten investiert und sind auf diesem Feld heute Nr. 1 in NRW. Zudem investieren wir massiv in unsere Infrastruktur, egal ob Schulgebäude oder Verkehr. Wir schaffen Rahmenbedingungen, dass die Wirtschaft in Köln brummt, denn nur mit einer gesunden Wirtschaft können wir Arbeitsplätze sichern und auch denen zur Seite stehen, denen es nicht so gut geht.

Freitagspost

Das klingt doch alles sehr positiv. Aber natürlich kann man nicht alle Ziele zu 100% erreichen, die man sich zu Beginn einer Ratsperiode steckt. Hand aufs Herz: was hättet ihr euch nach fünf Jahren SPD geführter Ratsmehrheit besser gewünscht, als es heute ist.

Martin Börschel

Ganz klar, wir hätten gerne mehr Wohnungen, um die Mieten in Köln fair zu halten! Hier müssen wir noch zulegen. Der freie Markt alleine richtet das nicht. Deshalb haben wir 2013 das Kooperative Baulandmodell im Rat auf den Weg gebracht. Klingt kompliziert, ist aber im Grunde ganz einfach: Wer heute Bauprojekte mit mehr als 25 Wohneinheiten beantragt, muss 30 Prozent davon als geförderten Wohnraum errichten. Das wird langfristig für mehr Fairness auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Und natürlich spielt unsere Wohnungsbaugesellschaft GAG eine zentrale Rolle. Wir haben jetzt angestoßen, dass die GAG von der Börse soll. Denn die GAG soll Wohnungen bauen und nicht hohe Gewinne machen müssen!



Freitagspost

Köln ist bekanntermaßen eine wachsende Stadt. Was ist euer Konzept, um diesem Wachstum Rechnung zu tragen. Ist Köln gut vorbereitet, um bis zum Jahr 2020 50.000 neuen Kölnerinnen und Kölner eine Heimat zu bieten?

Jochen Ott

Völlig richtig. Es werden in den nächsten Jahren so viele Menschen nach Köln ziehen, wie bei einem einzigen Heimspiel des FC ins Rhein-Energie-Stadion passen. Die Mieten dürfen nicht weiter durch die Decke schießen! Deshalb haben wir heute in unser Parteiprogramm das Ziel geschrieben, 5.000 neue Wohnungen pro Jahr zu schaffen! Denn nur wenn wir genügend neue Wohnungen bauen, werden langfristig auch die Preise wenigstens stabil bleiben.

Martin Börschel

Wir müssen aber auch aufpassen, dass Mieter nicht aus ihren angestammten Vierteln verdrängt werden, weil sie sich die Miete nach Luxussanierungen nicht mehr leisten können. Hier werden wir verschiedene Instrumente wie z.B. die gesetzliche Mietpreisbremse, Milieuschutzsatzungen oder auch die Zweckentfremdungsverordnung dagegensetzen.

Jochen Ott

Wenn wir darüber nachdenken, wie wir den Menschen eine lebenswerte Heimat bieten können, dann dürfen wir uns aber nicht auf das Thema Wohnungsbau allein konzentrieren. Wir werden auch dafür sorgen, dass Köln eine mobile Stadt bleibt. Wir wollen Mobilität, die sich jeder leisten kann. Wir müssen auch weiter in den Bau neuer KITAS und Schulen investieren, denn auch die hier wird es durch den Zuzug Bedarf geben. Und nicht zuletzt müssen wir die Aufenthaltsqualität in den Veedeln stärken und hier für ein gerechtes Miteinander sorgen. Damit sich alle in Köln wohl fühlen, Alteingesessene und Zugereiste!



Freitagspost

Schauen wir mal in das heute beschlossene Wahlprogramm der KölnSPD. Jeder von Euch: beschreib doch mal das SPD-Programm für unsere Leser:

Jochen Ott

Wir werden das moderne Köln von Morgen gestalten und dabei dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird. Das gilt für Bildung und Betreuung genauso wie für Stadtentwicklung, Verkehrspolitik und Wohnungsbau! Besonders liegt uns am Herzen, Köln als Metropole weiter zu stärken. Hierzu gehört für uns ein breites Angebot an Kultur und Veranstaltungen, Akzeptanz und Toleranz von Minderheiten und das Stärken der Veedelskultur. Die ist in Köln für eine Großstadt nämlich einzigartig!

Martin Börschel

Wenn ich mir unser Programm noch einmal vor Augen führe, ist es besonders die enorme Bandbreite, die hervorsticht. Wir machen ein Angebot für alle Kölnerinnen und Kölner, nicht nur für eine bestimmte Klientel. Wir können Wirtschaft genauso wie Soziales, Bildung oder die Lebensqualität im Veedel. Denn für uns gehört alles zusammen. Und besonders versprechen wir nichts, was wir nicht halten können! Wir stehen für finanzpolitische Solidität. Das haben wir in den letzten fünf Jahren bewiesen und das Haushaltsdefizit mehr als halbiert. Auf uns kann sich Köln auch in den kommenden Jahren verlassen!

Freitagssost

Martin, Du trittst im Norden der Kölner Innenstadt an und Du Jochen, im rechtsrheinischen Wahlkreis Urbach, Girengel und Elsdorf. Veedel, die auf den ersten Blick unterschiedlicher nicht sein könnten. Was verbindet eure beiden Wahlkreise dennoch, so dass ihr an beiden Orten sagen könnt: Die KölnSPD ist für die Menschen dort die richtige Wahl!

Jochen Ott

Auf den ersten Blick unterschiedliche Veedel mit unterschiedlichen Ansprüchen an die Politik. Aber die beiden Veedel zeigen eben auch wie bunt Köln als Moderne Stadt ist! Wo bei Dir, Martin, z.B. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum oder die Angst vor Verdrängung aus den eigenen vier Wänden den Menschen auf den Nägeln brennt, sorgen sich die Menschen in meinem Wahlkreis um eine gute Verkehrsanbindung und lebendige Veedelszentren, damit sie auch vor Ort gut mit Einkaufsmöglichkeiten und z.B. Ärzten versorgt sind und auch die ehrenamtlichen Vereine genügend Treffpunktmöglichkeiten haben.

Martin Börschel

Und für beide Probleme bietet die KölnSPD tragfähige Lösungen an. Wir werden sowohl das Problem des bezahlbaren Wohnraums und der Verdrängung angehen und bekämpfen als auch in den Veedeln dafür sorgen, dass Köln lebenswert bleibt. Aber es gibt auch Fragen, welche die Menschen sowohl in der Innenstadt, wie auch in den rechtsrheinischen Veedeln gleichermaßen bewegt. Wie finde ich eine gute Ganztagsbetreuung für meine Kinder in jedem Alter? Wie steigern wir die Lebensqualität durch effektiven Klimaschutz und mehr Grünanlagen in Köln? Oder wie sichern wir auch in Zukunft die Mobilität der Menschen, ohne sie bei der Wahl des Verkehrsmittels zu bevormunden? Und genau hier bietet die KölnSPD Lösungen. Wir beteiligen die Menschen und schreiben nichts vor. Dabei werden wir es nicht zulassen, dass einzelne Veedel oder Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Freitagspost

Parallel zur Kommunalwahl am 25. Mai finden ja auch die Europawahlen statt. Wie europäisch ist Köln und was kann die Domstadt von der zukünftigen Brüsseler Politik erwarten?

Martin Börschel

Europa ist für uns eine Herzensangelegenheit, denn die europäische Erfolgsgeschichte sichert uns Frieden und Wohlstand - auch hier in Köln! Wir profitieren enorm von Europa, denn unsere Kölner Wirtschaft ist inzwischen eng vernetzt mit dem europäischen Wirtschaftsraum! Das sichert und schafft Arbeitsplätze und stärkt unsere Stadt! Aber es sind besonders die Menschen aus ganz Europa, die hierher zu uns kommen, um hier zu leben und zu arbeiten und dabei gerade unser kulturelles Leben ungemein bereichern.

Jochen Ott

Und wir sollten nicht vergessen, dass wir bei der Europawahl dafür sorgen können, Martin Schulz zum EU-Kommissionspräsidenten zu machen und mit Tine Hørdum eine Kölnerin ins Brüsseler Parlament schicken können! Damit können wir auch auf europäischer Ebene eine gute Rolle spielen - für ein starkes Europa und ein gerechtes Köln!



Freitagspost

Vielen Dank für das Gespräch!

(Kölner Stadt-Anzeiger vom 17.02.2014#KW)

Bildung und kölsches Lebensgefühl

KOMMUNALWAHL SPD beschließt Programm und wählt die Reserveliste neu

Das Programm der SPD für die Kommunalwahl am 25. Mai folgt dem Leitgedanken "Köln für alle". Schwerpunktthemen des am Wochenende einstimmig beschlossenen Papiers sind Chancengleichheit, Bildung, Wohnungsbau sowie Daseinsvorsorge als Aufgabe städtischer Unternehmen. Das Programm soll zudem dem kölschen "Lebensgefühl zwischen Kaffeepad und Metropole gerecht werden", sagte SPD-Vorsitzender Jochen Ott.

Der Parteitag im Bürgerzentrum Chorweiler mit 270 Delegierten dauerte länger als vier Stunden. Die SPD musste ihre im vorigen Herbst beschlossene Reserveliste für den Stadtrat ein zweites Mal festlegen, da Stadtdirektor Guido Kahlen das erste Verfahren als unzulässig angesehen hatte. Damals hatten die Sozialdemokraten den Listenplatz zwei nicht besetzt. Sie wollten zunächst abwarten, ob die für den Platz vorgesehene Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes bei der Bundestagswahl ein Mandat in Berlin erreicht. Nach Kahlens Auffassung ist das Freihalten eines Listenplatzes jedoch rechtswidrig.

Die Neuwahl brachte keine Veränderungen. Fraktionschef Martin Börschel führt die Liste an, Parteivorsitzender Ott wurde auf Platz drei bestätigt. Nummer zwei ist Scho-Antwerpes. Sie strebt erneut das Amt der Ersten Bürgermeisterin an. (adm)

SPD will "beteiligen, nicht bevormunden"

Parteitag verabschiedet Programm zur Kommunalwahl - Bürgerwünsche aufgegriffen

Von MICHAEL FUCHS

"Köln für alle" - mit diesem Slogan hat die Kölner SPD ihr Programm für die Kommunalwahlen am 25. Mai überschrieben. Ein Motto, das Norbert Burger bereits vor 30 Jahren verwendet hat, das aber nichts von seiner Aktualität eingebüßt habe, wie Kölns SPD-Vorsitzender Jochen Ott gegenüber Rundschau betont. Man gehe mit dem klaren Bekenntnis in den Wahlkampf, Politik für alle Bürger der Stadt zu machen, "und nicht nur für einige wenige".

Beim SPD-Parteitag am Samstag im Bezirksrathaus Chorweiler wurde das neue Programm knapp drei Stunden diskutiert und danach von den rund 270 anwesenden Delegierten einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen. "Das zeigt, wie geschlossen die Partei hinter unseren Zielen steht", unterstreicht Ott.

Zu den Kernthemen des Programms zählen Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit, Ausbau von Kinderbetreuung und offenem Ganztag, mehr Bürgerbeteiligung, Schaffung von preiswertem Wohnraum - etwa durch Bebauung brachliegender Gewerbeflächen - sowie Hilfestellungen für Jugendliche ohne Ausbildung. Da es in Köln mehr als 100 000 funktionale Analphabeten gebe, denen der Zugang zu qualifizierten Berufen verwehrt sei, will sich die SPD für die Errichtung eines "Kommunalen Zentrums für Grundbildung und Prävention" einsetzen und dafür Finanzhilfen von Bund und Land einwerben. Gemeinsam mit Betrieben wolle man die benötigten Grundbildungsangebote zum Beispiel durch die Volkshochschule vorhalten.

Neben der Förderung der Wirtschaft für mehr Arbeitsplätze wollen die Sozialdemokraten auch viel Wert auf das soziale Leben, die Teilhabe aller Menschen an gesellschaftlichen Angeboten und eine vedelnahe Infrastruktur legen.

"Wir wollen den Spagat zwischen Metropole und Kaffeebud hinbekommen", sagt Ott. Es gehe um die Weiterentwicklung der Großstadt, aber auch um den Erhalt lebensweiter Vedel. Die SPD habe das Programm über 15 Monate entwickelt, dabei viele Vorschläge aus dem Bürgerparteitag vom November 2012 aufgenommen und diese in Arbeitskreisen und zuletzt noch einmal in den Bezirken ausgiebig diskutiert. Leitgedanke des Wahlprogramms sei, "dass wir die Menschen beteiligen, nicht bevormunden wollen", betont Ott.

Der Parteitag verabschiedete auch eine Resolution zur Unterstützung der Ford-Belegschaft in ihrem Kampf um die Fiesta-Produktion. Man erwarte von Ford ein klares Bekenntnis zu seinem Standort Köln.

Die Beschlussfassung des Kommunalwahlprogramms

Ein starkes Köln für ein starkes Europa

Köln ist eine europäische Metropole mit einem reichhaltigen kulturellen Erbe, mit hervorragenden wirtschaftlichen Bedingungen, mit einem reichen Angebot an Kultur und Sport, an wissenschaftlicher und technischer Kompetenz und einer langen Tradition internationaler Verbindungen. Zahlreiche Städtepartnerschaften und Begegnungen auf kommunaler Ebene zeugen von der Weltoffenheit unserer Stadt und dem lebendigen Interesse an den Eigenarten und Potentialen anderer Städte, Regionen und Länder.

Wir wollen dies weiterhin fördern durch die Unterstützung unserer erfolgreichen Städtepartnerschaftsvereine, durch den Austausch von jungen Handwerkern, dem Schüleraustausch, der Begegnung von Sportlerinnen und Sportlern.

An die europäischen Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger werden im Rahmen der Entwicklung der Gemeinschaft zahlreiche neue Anforderungen gestellt, durch die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit, im Bereich des Umweltschutzes, der Stadtentwicklung, der Bürgerbeteiligung, der Verkehrspolitik oder des Wohnungsbaus, bei den Themen Integration oder Umweltschutz oder in der Gesundheitsversorgung von Menschen, die für sich in dieser Gemeinschaft eine neue Perspektive suchen.

Die Belange der Kommunen wurden in der Vergangenheit von der EU-Kommission, in deren Fokus oftmals nur der freie Binnenmarkt liegt, nicht ausreichend berücksichtigt. Der Handlungsspielraum der Kommunen wurde eingeengt, weshalb sie ihre Leistungen der Daseinsvorsorge unter erschwerten Bedingungen erbringen müssen. Das schwächt das Vertrauen der Menschen in die EU und die Kommunen gleichermaßen.

Besonders deutlich hat sich dies bei der Debatte um die mögliche Privatisierung der Wasserversorgung aufgrund einer neuen EU-Richtlinie gezeigt. Für uns ist Wasser keine Handelsware wie jede andere, sondern ein öffentliches Gut der Daseinsvorsorge und ein Menschenrecht. Durch öffentlichen Druck, auch der Kommunen, konnten diese Bestrebungen der EU-Kommission vorerst abgewendet werden.

Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass die Daseinsvorsorge in den Händen der Kommunen bleibt und soziale und ökologische Aspekte ebenso wie die Versorgungssicherheit über den Gewinninteressen von Privatunternehmen stehen. Wir begrüßen jede europäische Initiative, die die Möglichkeiten der Kommunen stärkt und ihnen bei der Bewältigung sozialer Probleme hilft. Die Menschen für die europäische Idee zu gewinnen bedeutet daher vor allem, die Kommunen darin zu stärken, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Die Kommunen sind ein zentraler Teil Europas. In den Rathäusern wird über die Fragen entschieden, die die Menschen im Alltag betreffen, auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und finanziellem Gebiet.

Wir machen uns für eine EU stark, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert, denn je näher bei den Menschen eine Entscheidung getroffen wird, je mehr entspricht sie den Wünschen der Menschen und desto höher ist die Akzeptanz und das Verständnis auch für schwierige Entscheidungen. Wir rufen zur aktiven Beteiligung am europäischen Prozess auf, zur der Teilnahme an der Wahl, in der zum ersten Mal die Wählerinnen und Wähler darüber entscheiden, wer zukünftig als Präsident der Kommission an der Spitze der europäischen Exekutive steht.

Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger und eine starke europäische Idee

Köln SPD gegen Rassismus und Rechtspopulismus

Die Stärkung der sozialen und demokratischen Verfassung der Kommunen ist die beste Waffe gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und die Rassismus.

Wir werden keine Hetze gegen Menschen zulassen, die Schutz und Zukunft in unserer Stadt suchen. Die Rechtspopulisten und Rassisten, die sich offen gegen die Würde und die Rechte von Minderheiten und Zuwandern richten, werden wir energisch und solidarisch bekämpfen. Die Erfahrungen des Anschlags auf Anwohnerinnen und Anwohner der Keupstraße haben wir nicht vergessen. Allzulange wurden die Täter im Kreis der Opfer gesucht. Dies darf sich nie wiederholen.

KölnSPD für Chancengleichheit

Kein Kind zurücklassen

Frühe Hilfen für Eltern und Kinder

Für ein gesundes Aufwachsen brauchen Kinder starke und selbstbewusste Eltern. Die KölnSPD wird dafür sorgen, dass Eltern weiterhin so früh wie möglich und so umfassend wie nötig bei ihrer Erziehungsaufgabe unterstützt werden. Grundlage ist dabei eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Trotz angespannter Haushaltslage wollen wir die Frühen Hilfen durch die verbesserte Kooperation von Jugendhilfe und Gesundheitsfürsorge weiter ausbauen. Mit unserem Programm „Kinder willkommen“ (KIWI) wollen wir alle Eltern in Köln erreichen. Unser Ziel ist ein aktiver und umfassender Kinderschutz in unserer Stadt, für alle Kinder, unabhängig von Herkunft und sozialer Lage.

Kinderbetreuung 2020

Köln ist eine wachsende Stadt. Die Geburtenzahlen steigen, ebenso die Schülerzahlen. Die wachsende Zahl an Kindern unterschiedlicher Nationalität und Herkunft sind hier Herausforderung und Chance zugleich.

Gleichwohl ist jede Investition in Bildung eine Investition in die Zukunft. Es ist das erklärte Ziel der KölnSPD, jedem Kind die bestmögliche Bildung zu bieten, in jedem Stadtteil und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Erste Priorität hat dabei der Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder, mit dem Ziel, für alle Kinder unter 3 Jahren bedarfsgerecht einen Platz in einer Kita oder einer Tagespflegestelle anzubieten. Um diesen Bedarf weiterer U3-Plätze zu ermitteln, regen wir eine stadtweite Elternbefragung an.

Schon sehr junge Kinder erhalten in der Kita in Ergänzung zum Elternhaus altersentsprechende Entwicklungs- und Bildungsangebote. Ihren Eltern wird darüber hinaus der Einstieg in eine oder die Ausübung der Berufstätigkeit erleichtert.

Dabei müssen die Betreuungszeiten flexibel gestaltbar sein und insbesondere auch bis in die Abendstunden reichen, um Eltern, wie z.B. Alleinerziehenden, die Ausübung ihrer Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Dies gilt auch für die Anforderungen, die ein Studium an junge Eltern stellt. Ohne eine flexibel gestaltbare Kinderbetreuung bis in die Abendstunden lässt sich das Studium für sie kaum bewältigen. Daher unterstützen wir die entsprechenden Aktivitäten des Kölner Studentenwerks.

Jedes über 3 Jahre alte Kind hat einen Anspruch auf einen Kitaplatz; dabei ist der Bedarf in den Stadtteilen unsere Richtschnur für den weiteren Ausbau.

Die KölnSPD wird für die Schaffung weiterer Kitas und neuer Tagespflegeplätzen die Verwaltung auffordern:

- mit Eigentümern und Bauherren zielorientiert zu verhandeln,
- vermeidbare bürokratische Hürden abzubauen
- bei Betrieben und größeren Institutionen, wie z.B. bei den Hochschulen oder bei Behörden, stärker für Betriebskitas zu werben.

Eltern soll die Suche nach einem Kitaplatz oder einer Tagespflegestelle und die Anmeldung dazu durch eine alle Plätze umfassenden Datenbank pro Stadtbezirk erleichtert werden.

Für alle Kinder ist Sprachförderung die Grundlage für erfolgreiches Lernen. Deshalb unterstützen wir die Programme unserer Kitas, Kinder so früh wie möglich in der Anwendung der deutschen Sprache zu fördern. Natürliche, durch ihre Familien bedingte Mehrsprachigkeit ist zudem ein Potential, das viele Kinder in Köln mitbringen. Dieses Potential gilt es zu unterstützen, unter anderem durch den Ausbau mehrsprachiger Kindertageseinrichtungen.

Die KölnSPD begrüßt die Pläne der Landesregierung, im Rahmen der zweiten Reform des KiBitz (Kinderbildungsgesetz) u.a. das Testverfahren Delfin IV abzuschaffen. Stattdessen soll die Sprachbildung der Kinder kindgerecht und alltagsorientiert von den vertrauten Erzieherinnen und Erziehern geleistet werden. Auch die mit dieser Gesetzesreform geplante zusätzliche Investition in Höhe von je 25.000 € jährlich für Kitas mit einem hohen Anteil an Kindern aus besonders belasteten Familien („Kita-plus“) befürwortet die KölnSPD ausdrücklich. Diese Leistung, die dem Grundsatz „Ungleiches ungleich behandeln“ folgt, wird vor allem in unseren Sozialräumen ein weiterer Baustein für Chancenverbesserung sein. Darüber hinaus wird die für alle Kindertageseinrichtungen geplante zusätzliche Verfügungspauschale eine personelle Entlastung bringen.

Kitas bieten heute mehr als Kinderbetreuung. Sie sind wichtige Orte früher Bildung. Seit 2007 wurden mit Hilfe des Landes NRW in Köln viele Kitas zu insgesamt 130 Familienzentren weiterentwickelt, die auch den Eltern Möglichkeiten der Begegnung, Beratung und Bildung bieten. Die KölnSPD will auch in Zukunft die sozialräumliche Einbindung der Familienzentren unterstützen und ihre Bedeutung für die Netzwerke der frühen Bildung vorantreiben.

60 Kitas in Köln bilden und betreuen Kinder mit und ohne Behinderung in gemeinsamen Gruppen. Damit sind sie Vorreiter für inklusives Leben und Lernen. Die KölnSPD begrüßt die Anstrengungen des Landes NRW für weitere Fortschritte und Erleichterungen in dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.

Beste Bildung in Köln – Beste Schule vor Ort

Die KölnSPD setzt nach wie vor auf die Chancengleichheit aller jungen Kölnerinnen und Kölner als Grundlage für soziale Gerechtigkeit, berufliche Sicherheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand.

Köln ist ein Schulstandort mit mehr als 300 Schulen. Vor Ort bleibt die Sanierung maroder Schulen auch in den nächsten Jahren eine wichtige Daueraufgabe. Aufgrund des hohen Bedarf einer wachsenden Stadt besteht die vordringliche Herausforderung im massiven Ausbau der Schülerplätze. Daher werden wir sowohl an bestehenden Schulen die Zügigkeit erweitern als

auch neue Schulen bedarfsgerecht und wohnortnah bauen. Das gilt sowohl für Grundschulen wie auch für Gesamtschulen und Gymnasien.

Wir stehen für eine nachhaltige schulische Verantwortungsgemeinschaft in unseren Veedeln, bei der sich alle an der Bildung Beteiligten und Interessierten wiederfinden und engagieren. Wir betrachten den Inklusionsgedanken im Bildungsbereich unter dem Aspekt der Vielfalt. Inklusion heißt Vielfalt und Vielfalt ist unsere Stärke! Dazu gehört für uns die gegenseitige Wertschätzung und das respektvolle Miteinander Aller - unabhängig davon, welche Voraussetzungen die einzelnen jungen Menschen mitbringen. Kinder mit Handicap sollen dem Elternwunsch entsprechend im regulären Schulsystem einen Platz finden. Die Betreuung und der gemeinsame Unterricht von nicht-behinderten und behinderten Kindern in Kölner Schulen müssen zur „Normalität“ werden. Besonders die Plätze des „Gemeinsamen Lernens“ an weiterführenden Schulen müssen ausgebaut werden.

Zur Umsetzung des Inklusionsgedankens in der Bildung brauchen wir sowohl bei den personellen als auch bei den sächlichen Ressourcen dringend die Unterstützung des Landes. Darüber hinaus werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten lokale Unterstützung leisten. Daher befördern wir Projekte wie die Inklusive Universitätsschule Ehrenfeld. Wir erwarten vom Land, dass die besonderen Bedingungen und Initiativen einer Großstadt berücksichtigt werden. Wir unterstützen den Aufbau eines regionalen, stadtbezirksbezogenen „Unterstützungsnetzwerks Inklusive Schule (UNIS)“.

In der Konsequenz und der Fortschreibung der in den vergangenen Jahren unter sozialdemokratischer Verantwortung entwickelten kommunalen Bildungs- und Schulpolitik setzen wir uns ein für:

- das längere gemeinsame Lernen in integrativen Schulformen,
 - o dem Elternwillen entsprechend durch den weiteren Ausbau an Gesamtschulplätzen – dem Elternwillen entsprechend und im Dialog mit allen betroffenen Gruppen. Die bereits beschlossenen neuen Gesamtschulstandorte in der Innenstadt und in Stadtbezirk Mülheim sind zügig einzurichten.
 - o Mit Unterstützung der anderen weiterführenden Schulen auf dem Weg in den gebundenen Ganztag.
 - o Die Möglichkeit zur Bildung von Verbundschulen und engen Kooperationen auch über die Schulformen hinweg (beispielhaft HÖVI)
 - o Für die Kinder von Zuwanderern und Flüchtlingen brauchen wir eine gute schulische Versorgung. Dafür benötigen wir die Unterstützung der Stadtgesellschaft.
- das mehrsprachige Lernen in allen Schulformen.
- die nachhaltige Förderung der Medienkompetenz der Kölner Schülerinnen und Schüler, insbesondere
 - o der sachgerechte und verantwortungsbewusste Umgang mit den „Neuen Medien“ (Stichworte: OER (Offene Unterrichtsmaterialien), Kölner Schulwiki)
 - o die Chancen des digitalen Lernens,
 - o die Weiterentwicklung der Initiative Internetstadt Köln.
- das Kommunizieren und Interagieren von Fachleuten verschiedenster Professionen im Lernort Schule: LehrerInnen, Eltern, SozialarbeiterInnen, TherapeutInnen und TrainerInnen.
- die Beachtung und Berücksichtigung der Kölner Schulbauleitlinien und damit für eine an den pädagogischen Bedürfnissen orientierten Schularchitektur. Die positiven Erfahrungen der BAN (Bildungslandschaft Altstadt Nord) sollen auf andere Bauprojekte übertragen werden.

Ebenso unverzichtbar ist die Schulsozialarbeit. Sie ist eine wichtige pädagogische Unterstützung in einer Stadt mit wachsenden Schülerzahlen und einem hohen Bedarf an sonderpädagogische Förderbedarf (Integration Flüchtlingskinder, hoher Alphabetisierungsbedarf). Das Angebot ist mit Landes- und Bundesunterstützung dauerhaft fortzuführen.

Schulpflichtige Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern müssen zügig und wohnortnah einer Bildungseinrichtung zugewiesen werden. Das schnelle Erlernen der deutschen Sprache und der Kontakt zu Gleichaltrigen eröffnen ihnen Bildungs- und Zukunftschancen. Für diesen Zweck sind ausreichende Raum- und Lehrerkapazitäten bereitzustellen.

Schule bedeutet mehr als Lernen – sie ist ein wichtiger Lebensraum für junge Menschen. Daher setzen wir uns ein für

- die bedarfsgerechte Steigerung der Plätze im Offenen Ganztags im Primarbereich
 - o als Grundlage für eine nachhaltige und nachvollziehbare Förderung aller wünschenswerten Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler,
 - o als Unterstützung der Vereinbarkeit von Erziehung/Familie und Beruf, insbesondere für junge Frauen.
 - o Dabei sind immer auch die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher mit in den Blick zu nehmen.
- ein qualitativ gutes und attraktives Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler
- ein vergünstigtes Mittagessen für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern Inhaber eines KölnPASSES sind

Darüber hinaus gilt es, den Ganztagsbetrieb an Schulen an den vielfältigen Interessen der Kinder zu orientieren. Für das Gelingen ist dabei die Verzahnung von schulischen und außerunterrichtlichen Aktivitäten von zentraler Bedeutung.

Der Ausbau um die zusätzlich benötigten Plätze an unseren Schulen wie auch die großen Umbausthemata Ganztags und Inklusion sind ohne entsprechende Finanzierungsprojekte vom Bund für die Kommune nicht bedarfs- und zeitgerecht machbar. Deshalb werden wir uns weiterhin für eine solche Unterstützung einsetzen.

Kinder- und Jugendarbeit: Für eine demokratische Zukunft

Ein junges Programm für eine junge Stadt - das ist unser Anspruch. Bereits jetzt gehört Köln zu den jüngsten Städten Nordrhein-Westfalens. Bis zum Jahr 2020 soll die Bevölkerung Kölns um 50.000 Menschen wachsen. Insbesondere der Anteil der 18 - 30jährigen wird zunehmen. Deshalb wollen wir ein Umfeld und Angebote für junge Menschen schaffen, die ihren Lebensverhältnissen, Wünschen und Ansprüchen gerecht werden. Gute Bildungsangebote, ein breites ÖPNV-Angebot und Möglichkeiten zu kultureller als auch politischer Teilhabe spielen dabei eine zentrale Rolle.

Eine Demokratie ist nur zukunftsfähig, wenn es uns gelingt, junge Menschen für sie zu begeistern. Deswegen setzt die KölnSPD sich auch weiterhin für eine Förderung der Orte der Jugendarbeit ein, an denen junge Menschen sich demokratisch einbringen können.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Kinder und Jugendliche brauchen Anlaufstellen außerhalb von Elternhaus und Schule, in denen sie Unterstützung erfahren und im geschützten Raum ihre Freizeit mit Gleichaltrigen verbringen können.

Deshalb setzt sich die SPD gerade in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen für niederschwellige Angebote ein, z.B. Streetwork, die zu den Jugendlichen auf der Straße Kontakte aufbauen. Im Projekt „Lebenswerte Veedel“ werden die verschiedenen Hilfsdienste (, Schulsozialarbeit, Sozialraumkoordination, Bezirksjugendpflege) eng vernetzt, um sich optimal und ressourcenschonend zu ergänzen. Unser Ziel ist es, das Angebot des Streetworks im Kontext dieser Hilfsdienste in den nächsten Jahren bedarfsdeckend auszubauen.

Die KölnSPD unterstützt die Neuausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit einer höheren Flexibilisierung, insbesondere in Richtung mobiler Arbeit und trägerübergreifender Zusammenarbeit.

Kinder brauchen attraktive Spiel- und Bolzplätze. Für Jugendliche, aber auch die Kleinsten muss es altersgerechte Sport- und Bewegungsräume geben. In allen neu erschlossenen Wohngebieten sind attraktiven Spiel- und Aufenthaltsflächen vorzusehen. Die in der Spielplatzbedarfsplanung geplanten Maßnahmen sind in den nächsten Jahren zügig umzusetzen.

Die KölnSPD unterstützt ein Ferienprogramm für Kinder und Jugendliche, das anregende und interessante Aktivitäten anbietet. So bieten die Ferien den Kindern die Möglichkeit, Spaß mit anderen Kindern zu haben, neue Erfahrungen zu machen und zusätzliche Kompetenzen zu erwerben. Da viele Schulen, die eine offene Ganztagsbetreuung anbieten, dies auch in einer der beiden Ferienhälften, ohne dass dies koordiniert wäre, setzen wir uns dafür ein, dass der OGTS-Ferienbetrieb in allen Grundschulen auf die ersten drei Ferienwochen festgeschrieben wird und wir das Ferienprogramm auf die letzten drei Wochen der Sommerferien konzentrieren. Gleichzeitig muss es unser Ziel sein, die Ferienzeiten der Kindergärten an diesen Rhythmus ebenfalls anzupassen, um den Familien mit betreuungsbedürftigen Kindern unterschiedlichen Alters bessere Planungssicherheit zu geben.

Wir unterstützen eine Bewerbung der Stadt als Europäische Jugendhauptstadt. Sie bietet die Chance, an Ideen und Entwicklungspotentialen junger Menschen anzuknüpfen und in der Außenwirkung die Möglichkeit, sich als „junge“ europäische Metropole darzustellen junge Menschen aus Europa für Köln zu begeistern.

Wir kämpfen auch gegen die Armut von Kinder und Jugendlichen. Etwa ein Viertel aller Kölner Kinder ist davon bedroht. Die Folgen von Kinderarmut zeigen sich vor allem bei der gesellschaftlichen Teilhabe. Dem wollen wir Sozialdemokraten entgegenwirken mit den Angeboten des KölnPasses. Mit ihm hat jedes Kind die Chance, Freizeitangebote zu reduzierten Preisen in Anspruch zu nehmen und ein kostengünstiges Mittagessen in Schule oder Kita zu erhalten.

Partizipation von Jugendlichen in Freizeit, Schule und Stadtgesellschaft

Die KölnSPD erkennt Jugendverbandsarbeit als einen klassischen Ort demokratischer Bildung und Selbstorganisation an. Hier kommen junge Menschen zusammen, je nach Wertevorstellungen und Interessen und über die Grenzen von Herkunft und Schulzugehörigkeit hinweg, und gestalten gemeinsam ihre Freizeit. Hierfür muss es Raum und Räume geben! Die KölnSPD wird sich für eine auskömmliche Förderung und Unterstützung der Jugendverbandsarbeit einsetzen, ebenso wie für einen Austausch und Weiterbildung zu den Themen Partizipation und Vielfalt.

Auch in der offenen Jugendarbeit ist Partizipation für die KölnSPD ein wichtiges Qualitätskriterium. Die Bedürfnisse und Interessen der Kinder und Jugendliche in Fragen der Gestaltung der Öffnungszeiten und des Angebotes sollen grundlegend für eine sinnvolle Jugendhilfeplanung sein.

Der Köln SPD ist es ein Anliegen, dass Schülerinnen und Schüler über ihren Schulalltag mitbestimmen können. Ob Schultoiletten, die Hofgestaltung oder Mensen: hier sind Schüler/innen betroffen und haben eigene Wünsche und Bedürfnisse. Unser Ziel ist, dass es an jeder weiterführenden Schule eine Schüler/-innenvertretung gibt, die zudem über ihre Rechte aufgeklärt ist und in ihrem Handeln konstruktiv unterstützt wird. Wir werden geeignete Maßnahmen prüfen, um die Aktivierung von jungen Menschen in SVnen zu unterstützen.

Kinder und Jugendliche sind auch von politischen Entscheidungen betroffen, die über die konkrete Jugendhilfe- und Schulentwicklungspolitik hinausgehen: Verkehrspolitik, Stadtentwicklung und Umweltpolitik sind hierfür nur Beispiele. Wir wollen hierfür mit der organisierten Schüler/innenschaft und Jugend gemeinsam eine geeignete Form finden.

Chancen für junge Menschen: Ausbildung sichern

Kein Abschluss ohne Anschluss

Kölner Schülerinnen und Schüler verfügen über eine große Auswahl an Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten. Allerdings muss die Berufsorientierung noch weiter verbessert werden, damit alle Jugendlichen die gleichen Chancen haben, sich für den Bildungsweg zu entscheiden, der ihren Talenten und Fähigkeiten entspricht. Deshalb hat für die KölnSPD die zügige Umsetzung des landesweit verbindlichen Neuen Übergangssystems „Kein Abschluss ohne Anschluss“ höchste Priorität.

Die KölnSPD wird sich dafür einsetzen, dass die notwendigen personellen Ressourcen vom Land zur Verfügung gestellt werden und die notwendige Akzeptanz in der Stadtgesellschaft geschaffen wird, damit „Kein Abschluss ohne Anschluss“ bis 2018 flächendeckend und nachhaltig in der Kölner Schullandschaft verankert ist. Im Sinne des präventiven Ansatzes der Landesregierung werden die notwendigen Mittel aus einem Wegfall nicht mehr erforderlicher Übergangsangebote gewonnen.

Im Rahmen des Schulprogramms zur Berufs- und Studienorientierung müssen die Kompetenzen und Ressourcen unserer Hochschullandschaft einbezogen werden. Falsche Studienentscheidungen kosten Lebenszeit von jungen Menschen und führen zu Frustration. Wir begrüßen die bereits vorhandenen Angebote und werden dafür sorgen, dass unsere Schülerinnen und Schüler diese systematisch nutzen können.

Es ist zwingend erforderlich, dass insbesondere bildungsferne Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund durch eine gesonderte Ansprache für eine frühe Berufsorientierung gewonnen werden. Diese Ansprache muss quartiersbezogen erfolgen. Gleichmaßen müssen besonders auch jungen Frauen einen möglichst vollständigen Überblick über Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten erhalten, um die auch weiterhin bestehende Rollenfixierung in der Berufswahl überwinden zu können.

Erfolgreiche Berufsorientierung braucht die Beteiligung der Eltern. Eltern müssen frühzeitig über die Maßnahmen der Berufsorientierung informiert und systematisch in die Entscheidungsfindung der Jugendlichen einbezogen werden. Für Menschen aus allen Bildungsschichten, sozialen Lagen, mit deutschsprachigen Defiziten oder Zuwanderungsgeschichte müssen passgenaue Informationswege gefunden werden.

Während Wohnraum für Studierende ein Dauerthema ist, gibt es kaum eine Diskussion über Wohnungsangebote für Auszubildende. Nach dem Vorbild anderer Städte, wie z.B. Hamburg, soll es künftig auch in Köln Wohnheime speziell für Auszubildende geben.

Wirtschaft und lokale Akteure sind eine Verantwortungsgemeinschaft

Die Schaffung von Ausbildungsplätzen und die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses müssen die Verantwortung und das Interesse der Wirtschaft bleiben.

Wir wollen, dass alle Jugendlichen Ausbildungsgarantien und Anschlussangebote erhalten Die Wirtschaft muss sich früher, systematischer und intensiver in den Prozess der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung einbringen (z.B. Praktika, Berufsfelderkundungen, Praxis System der Berufsvorbereitung, Praxis im Bereich der Studienorientierung,). Die SPD setzt sich im Rahmen der Wirtschaftsförderung dafür ein, dass Unternehmen in Köln nicht nur gut ausbilden, sondern auch übernehmen.

Wenn die Zahl der benötigten Ausbildungsplätze nicht erreicht wird, werden wir prüfen, ob durch eine Solidarabgabe ein Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben das Ziel des Ausbildungsangebotes für jeden Jugendlichen befördert werden kann, gegebenenfalls auch durch Intensivierung überbetrieblicher Angebote.

Die KölnSPD fordert alle Arbeitgeber auf, sich durch die Bereitstellung von Berufsfelderkundungen und Praktika an der Umsetzung des Neuen Übergangssystems zu beteiligen.

Die SPD Köln setzt sich für den Aufbau eines Bildungsfonds ein, in dem Zivilgesellschaft (z.B. Stiftungen), Wirtschaft, Hochschulen und Kommune mit dem Ziel zusammen arbeiten, zusätzliche und dauerhafte Ressourcen zur weiteren Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen.

Öffentliche Arbeitgeber in besonderer Verantwortung

Die öffentlichen Arbeitgeber sind besonders verpflichtet, Berufsfelderkundungen und Praktika vor allem für leistungsschwächere Jugendliche zur Verfügung zu stellen und auch bei der Beschäftigung von Auszubildenden gezielt auf Fördermöglichkeiten für (noch) nicht ausbildungsreife Jugendliche zurückzugreifen.

Die Stadt Köln stellt sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung als große Ausbildungseinrichtung. Dazu ist kurzfristig ein Ausbildungs- und Nachwuchsförderplan zu entwickeln, der die derzeitige Ausbildungsquote steigert. Es müssen marktfähige Ausbildungsberufe und wissenschaftliche Volontariate im Vordergrund stehen und auch duale Ausbildungen (Koppelung von Berufsausbildung und Studium) angeboten werden. Den Zielen der Inklusion folgend muss bei der Ausbildung dafür gesorgt werden, dass Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung entsprechend ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten eine faire Chance erhalten. Dabei soll die Ausbildung mit der Perspektive der Übernahme in eine feste Anstellung verbunden sein.

Das Recht auf eine 2. Chance

Trotz aller Bemühungen und Reformen im regulären Bildungswesen bleibt ein nicht unerheblicher Prozentsatz eines jeden Jahrgangs auch in Köln ohne Schulabschluss. Darüber hinaus bringen auch Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten in aller Regel keine abgeschlossene oder in Deutschland anerkannte Schulausbildung mit und insgesamt fallen auch Menschen, die zunächst in Arbeit und Ausbildung kommen konnten, oftmals wieder in die Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit zurück. Daraus bildet sich in bestimmten Stadtteilen eine Bevölkerungsschicht, die keine Chance auf eine berufliche und gesellschaftliche Integration und Teilhabe erhält und auf Dauer generationenübergreifend zu langzeitarbeitslosen SGB II – Beziehern wird.

Ohne (qualifizierten) Schulabschluss kann der Übergang zwischen Schule und Beruf aus eigenen Kräften nicht erfolgreich gestaltet werden. Jugendliche und junge Erwachsene in dieser Situation

brauchen Hilfestellungen, um ihnen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Erster Ansatzpunkt sind hier in Köln die Schulen der 2. Chance, die Weiterbildungskollegs, die diesen Menschen reale Chancen bieten, sich nachträglich zu qualifizieren und zu orientieren und sich langfristig in Arbeit, Beruf und Gesellschaft zu integrieren. Gleichzeitig wird die Zeit genutzt um persönliche Integrationshemmnisse abzubauen und eine berufliche Anschlussperspektive zu entwickeln. Die KölnSPD unternimmt alle Anstrengungen über die Landesförderung hinaus die Schulen der 2. Chance bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen.

Die Bedarfe der (jungen) Menschen sind verschieden: Das Nachholen eines qualifizierten Schulabschlusses, die Angebote von Ausbildungswerkstätten als Alternative zur betrieblichen Ausbildung und weitere vielfältige Maßnahmen zur erfolgreichen Gestaltung des Übergangs Schule / Beruf - viele Wege führen zum Ziel! Dabei müssen die individuellen Lebenslagen und Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt werden.

Um diese Unterstützungsleistungen gewährleisten zu können, bedarf es der Anstrengung vieler Akteure: der kommunalen Jugendhilfe, der Berufskollegs, der Freien Trägern und der Volkshochschule.

Die Vielfalt der Träger und der Angebote ermöglicht eine breite Palette von Hilfestellungen – wichtig ist dabei jedoch, dass die Qualität der Angebote im Vordergrund steht und nicht der Kampf um den günstigsten Preis. Gerade in diesem sensiblen Bereich ist „Geiz nicht geil“.

Das betrifft in besonderem Maße auch alle Angebote, die durch die Agentur für Arbeit oder das JobCenter organisiert werden. Die Beachtung des Tariftreuegesetzes und die Garantie kostendeckender Betreuungssätze über einen angemessenen Zeitraum dürfen nicht über ein landes- oder bundesweit gesteuertes Ausschreibungssystem unterlaufen werden.

Gute Arbeit für Köln - KölnSPD für gute Arbeit

Die Schaffung „guter Arbeit“ ist eine Kernforderung der SPD. Gute Arbeit ist gut bezahlte Arbeit, sichere Arbeit und Arbeit in gutem Betriebsklima. Gute Arbeit erhöht die Arbeitszufriedenheit und vermindert das Risiko, durch Arbeit psychisch krank zu werden. Die KölnSPD wird in allen ihr zugänglichen Feldern auf die Schaffung „guter Arbeit“ hinwirken.

Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen gebrochen wird und Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse so gestaltet werden, dass sie einer sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik entsprechen.

Dazu gehören insbesondere auch die Schaffung einer Kultur für mobile und flexible Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die flächendeckende Anwendung von Tarifverträgen oder die Sicherung der Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hingegen gehören sachgrundlose Befristungen, Scheinselbständigkeiten, ausbeuterische Praktikumsverhältnisse, Untergrabung der Beteiligungsprozesse der Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften durch missbräuchliche Werkverträge, Arbeitnehmerüberlassung, Befristungen bekämpft.

Wir fordern, dass Stadtverwaltung sowie die städtischen und stadtnahen Gesellschaften ihrer Vorbildfunktion als Arbeitgeber auch weiterhin gerecht werden. Ordentliche und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse sind aus Sicht der SPD auch die Basis für eine hohe und gleichbleibende Qualität der Dienstleistungen, ein gesundes Arbeitsklima und langfristig für die Gesundheit am Arbeitsplatz.

Die hohen Ausbildungsquoten bei der Stadtverwaltung müssen beibehalten und das Trainee-

Programm fortgesetzt werden. Ebenso sollen hochqualitative und umfassende Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll weiterhin gefördert werden.

Die Wertschätzung jeder Form von Persönlichkeit ist Grundauftrag des sozialdemokratischen Handelns. Wir erwarten von der Stadtverwaltung und den stadtnahen Gesellschaften in ihrer Personalentwicklungspolitik den Prinzipien der „Diversity“ und der Inklusion zu folgen und so Vielfalt als positives Gestaltungselement aufzunehmen.

Die Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere bei der Wahrnehmung von Führungsaufgaben ist immer noch nicht erreicht. Obwohl insbesondere bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch große kommunale Anstrengungen schon weitreichende Schritte erzielt werden konnten, fehlt immer noch eine nachhaltige Trendwende bei der Frauenbeschäftigungsquote in der Stadt Köln und Quote an Frauen in Führungspositionen.

Die KölnSPD möchte im Schulterschluss vor allem mit den kleinen und mittleren Unternehmen in der Region Rahmenbedingungen schaffen, um Köln als einen besonders attraktiven Beschäftigungsstandort insbesondere für Familien zu etablieren. Dazu gehören auch die Verankerung neuer Arbeits- und Lebensmodelle auch mit Hilfe internetbasierter Technologien, zum Beispiel durch mobiles Arbeiten und flexible Modelle.

Die Stadt Köln, die stadtnahen Gesellschaften, aber auch die gewerbliche Wirtschaft sind aufgefordert, ihre Anstrengung bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen erheblich zu steigern.

Die Bedeutung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt wird in den kommenden Jahren immer weiter zunehmen. Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass spezielle Bildungsangebote etabliert und ausgebaut werden, die sowohl berufsfachlich wie persönlich Ältere bei der Teilnahme am Arbeitsprozess unterstützen.

Gleichzeitig möchte die KölnSPD Netzwerke unterstützen, die berufliches und nachberufliches Engagement verbinden und Kompetenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Stadtgesellschaft erschließen.

Auch die ehrenamtliche Arbeit ist für ein lebendiges und funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar. Wir werden deutliche Zeichen für die Bedeutung und die Wertschätzung dieser Arbeit setzen.

Integration in den Arbeitsmarkt

Wir Sozialdemokraten finden uns nicht damit ab, dass eine viel zu hohe Zahl von Menschen nicht in den Arbeitsmarkt integriert ist. Allen Menschen muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben durch eine Beschäftigung offenstehen, die ein Auskommen ohne zusätzliche staatliche Leistungen sichert. Wir wollen die Möglichkeiten einer wachsenden Wirtschaftsstadt für eine bessere Beteiligung bisher unbeschäftigter und zu wenig beschäftigter Gruppen nutzen.

Die KölnSPD wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt Köln unter dem Dach des „Bündnis für Arbeit“ gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, dem JobCenter, den Gewerkschaften und den Wirtschaftsvertretern Maßnahmen initiiert und weiterentwickelt, die Menschen ohne Berufsabschluss – gleich welchen Alters – mit anerkannten Abschlüssen qualifizieren und damit ihre Arbeitsmarktintegration deutlich verbessern. Besonderes Augenmerk legen wir hierbei auch auf die Förderung von Langzeitarbeitslosen im Jobcenter Köln. Hierfür müssen – nach erheblicher Reduzierung um rd. 50% in den vergangenen Jahren - ausreichend Eingliederungsmittel durch den

Bund zur Verfügung gestellt werden.

Die Verknüpfung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen mit Vergabeentscheidungen der Stadt soll die Regel sein. Auch Unterstützungsmaßnahmen der Wirtschaftsförderung müssen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden sein. Das Programm „Win – win für Köln“ wollen wir weiterführen und alle Angebote erhalten und weiterentwickeln, die insbesondere nicht gut qualifizierten und langzeitarbeitslosen Menschen neue Chancen bieten.

Wir werden gemeinsam mit unseren Bundestagsabgeordneten darauf hinwirken, dass die langjährigen Kürzungen in den Eingliederungshaushalten der Agentur für Arbeit und des JobCenters rückgängig gemacht und neue, zielführende Instrumente der Integrationsförderung gemeinsam mit den örtlichen Trägern entwickelt werden.

Von Unternehmen, welche die Vorteile des Standortes nutzen und profitabel sind, erwarten wir, dass sie die berufsvorbereitenden Angebote ausweiten, noch mehr Ausbildungsplätze anbieten, Beschäftigten Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen und Jugendlichen, die einen weiteren Anlauf benötigen, in ihren Betrieben Chancen zur Entwicklung beruflicher Perspektiven bieten.

Grundbildung und Qualifizierung

Auch in Köln gibt es Menschen, die nur über geringe Kenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen und der EDV verfügen – darunter nach neuesten Erkenntnissen mehr als 100.000 funktionale Analphabeten. Diese Kenntnisse werden aber dringend benötigt, um eine Berufstätigkeit aufzunehmen oder zu sichern. Angesichts dieses dringenden Handlungsbedarfs setzt sich die KölnSPD für die Errichtung eines „Kommunalen Zentrums für Grundbildung und Prävention“ ein. Wir werden alle Bundes- und Landesfinanzierungen nutzen, um - mit Betrieben gemeinsam – die benötigten Grundbildungsangebote z.B. durch die Volkshochschule vorzuhalten.

Darüber hinaus ist die Vermittlung von Kompetenz im Umgang mit modernen Medien und internetbasierten Anwendungen in allen Alters- und Gesellschaftsschichten ein wesentliches Kernelement sozialdemokratischer Qualifizierungsvorstellungen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der sichere Umgang mit internetbasierten Anwendungen proaktiv vermittelt wird. Gefahren müssen bereits im Jugendalter bekannt und vermieden werden, der Nutzen moderner Möglichkeiten zum Wohle der Gesellschaft in allen Lebensphasen konsequent abgeschöpft werden.

Gute Qualifikation ist der Schlüssel für gute Arbeit. Im Fokus sehen wir dabei die insbesondere die Sprachkompetenz sowohl der deutschen Sprache als auch bei Migranten der Herkunftssprache. Die KölnSPD unterstützt die Arbeit des kommunalen Integrationszentrums (KIZ) und möchte damit gleichberechtigte Chancen im Arbeitsleben für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erreichen.

Menschen, die erst kurzfristig nach Deutschland eingereist sind, benötigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die vor allem bei der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen und der möglichst unmittelbaren Vermittlung in den Arbeitsmarkt helfen. Die KölnSPD will die Strukturen einer „Willkommenskultur“ in den städtischen Strukturen nachhaltig verankern und klare Zuständigkeiten für die Arbeitsmarktintegration schaffen.

Menschen bei der Suche nach Arbeit unterstützen

Jeder arbeitsuchende Mensch hat sehr individuelle Anliegen und Probleme. Er erhält in den von der SPD 1997 initiierten JobBörsen ein genau auf ihn zugeschnittenes Angebot, das Beratung, Qualifizierung und Begleitung auf dem Weg aus der Arbeitslosigkeit umfasst.

-
- Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass das Job Börsen Programm auch weiterhin ein zentraler Bestandteil des Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln ist. Der Bezug zum Veedel macht kurze Wege zu weiterführenden Beratungsstellen möglich und bezieht ausdrücklich soziale Einrichtungen und Betriebe aus der Nachbarschaft z.B. als Praktikumstellen ein.
 - Aber auch die Veedel selbst sollen weiterhin profitieren. Daher setzen wir uns dafür ein, dass im Rahmen des Programms Wohnumfeldprojekte, Beschäftigungsmaßnahmen und Weiterbildungsangebote wie z.B. PC-Kurse aber auch verbesserte Angebote zur Kinder- und Hausaufgabenbetreuung durchgeführt werden können.

Arbeitsgelegenheiten im Veedel für das Veedel schaffen

Um Beschäftigung zu fördern und zu stärken wollen wir außerdem folgende Maßnahmen ergreifen:

- Einbindung der Beschäftigungsgesellschaften im Veedel in die Projektförderung, wie z.B. das Stadtverschönerungsprogramm.
- Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose (AGH) und Behinderte sind sinnstiftende Arbeiten (an Kitas, Schulen, Grün, Hol- und Bringservice für Senioren u.v.m.) und müssen verstärkt im Veedel angesiedelt werden. Wir werden mit den ortsansässigen Betrieben mögliche Hinderungsgründe ausräumen.
- Eine bessere und langfristige Ausstattung von Programmen für Langzeitarbeitslose durch das JobCenter entfaltet in dieser Hinsicht unmittelbar eine positive, sozial und integrativ motivierende Wirkung in den Veedeln.
- Bei kompletter Sanierung von Gebäuden durch öffentliche Mittel werden wir prüfen, ob in Abstimmung mit den Kammern Modelle für die Beschäftigungen von Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Handicaps möglich sind. Bei gewerblicher Nutzung bzw. Vermietung von städtischen Gebäuden sind ebenfalls alle Möglichkeiten für solche Beschäftigung auszuloten.

KölnSPD für lebenswerte Veedel

Zur Metropole Köln gehören urbane Quartiere in zentraler Lage ebenso wie Wohnviertel in den Stadtbezirken oder auch eher dörfliche Siedlungen in Randlagen. Diese Vielfalt bietet den Menschen Gelegenheit, ihre individuellen Präferenzen für ein Wohnumfeld zu verwirklichen. Die KölnSPD wird die gewachsene Eigenart der Kölner Veedel, die sich aus ihrer räumlichen Lage, ihrer Geschichte, ihrem Mix an Wohnen, Gewerbe, Freizeit ergibt, bewahren und die notwendigen Entwicklungen vorsichtig betreiben.

Vielfalt darf aber nicht als Argument gelten, Trends zur Segregation und zur Aufspaltung in reiche, gepflegte und arme, vernachlässigte Stadtquartiere hinzunehmen. Alle Stadtviertel in Köln haben Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen. Das bedeutet nicht Uniformität, sondern die Anerkennung von gleichen Qualitätsstandards für alle Veedel. Aus diesem Grund werden wir weiterhin alles daransetzen, festgestellte Benachteiligungen in der Stadtlandschaft abzubauen.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Köln gehört zu den wenigen Regionen Deutschlands, in denen auch in Zukunft die Bevölkerung wächst. Schon die aktuelle Situation und erst recht das zu erwartende Wachstum stellen Herausforderungen für die Kölner Wohnungspolitik dar. Die KölnSPD nimmt diese Herausforderung an! Wir wollen ausreichend guten, bezahlbaren Wohnraum für alle Kölnerinnen und Kölner. Zur Erreichung dieses Ziels muss neuer Wohnraum geschaffen und bestehender Wohnraum geschützt und weiterentwickelt werden.

Neuen Wohnraum schaffen

- Veedel sind dann lebenswert, wenn sich dort verschiedene Bevölkerungsgruppen begegnen und es nicht zu einer einseitigen sozialen Schieflage kommt. Entsprechend muss Wohnraum für die Bevölkerung in ihrer ganzen Vielfalt geschaffen werden.
- Wir brauchen mehr preiswerten Wohnraum. Fast die Hälfte der Kölner Haushalte hat Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Damit bietet der geförderte Wohnungsbau Vorteile für einen großen Teil der Kölner Bevölkerung.
- Nur wenn wir genügend neuen Wohnraum schaffen, können die Preise für alle bezahlbar bleiben. Um das sicherzustellen, ist der Neubau von 5.000 Wohnungen pro Jahr unser Ziel.
- Geförderter Wohnungsbau muss in allen Veedeln stattfinden. Mit dem maßgeblich von der SPD-Ratsfraktion initiierten „Kooperativen Baulandmodell“ ist ein wichtiger Schritt hin zu diesem Ziel getan, denn es nimmt private Investoren in die Pflicht geförderten Wohnungsbau zu errichten.
- Stadtnahe Wohnungsgesellschaften sind für preiswerten Wohnraum unentbehrlich und sollten diesen in allen Stadtteilen schaffen.
- Investoren, die benötigten Wohnraum schaffen, müssen bei der Stadtverwaltung auf Unterstützung treffen. Als Pendant zum Unternehmensservice der Stadt Köln sollte ein „Wohnbauservice“ geschaffen werden. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist dieser Service im Wege interner Umstrukturierung einzurichten und zu besetzen. Ein Lotse begleitet dann Investoren, durch die Genehmigungsverfahren.
- Wir wollen bestehende Veedel ausbauen und weiterentwickeln. Hierfür sollten auch die vielfältigen Möglichkeiten des Baugesetzbuchs immer wieder auf ihren sinnvollen strategischen Einsatz hin geprüft und bei Bedarf zum Einsatz gebracht werden. Wir wollen zusätzlichen Wohnraum gewinnen durch Schließung von Baulücken, durch Dachausbauten und die Beseitigung von Mindernutzungen.
- Wo in bestehenden Veedeln der Platz nicht ausreicht, muss mit Augenmaß auch auf bisher nicht bebauten Flächen neuer Wohnraum geschaffen werden. Diese sollten allerdings an bestehende Orte angebunden sein und gute Verkehrs- und andere Infrastrukturen bieten.
- Wir wollen den Mehrfamilienhausbau stärken. Lückenschlüsse und neu zu erschließende Flächen können dann effektiv ausgenutzt werden, wenn sie nicht nur für den Einfamilienhausbau, sondern stärker als in der Vergangenheit für Mehrfamilienhäuser ausgewiesen werden. Dabei wollen wir die Fehler der 1960er und 1970er Jahre nicht wiederholen: Großwohnsiedlungen auf der grünen Wiese sind keine Alternative.
- Wir wollen auch weiterhin Baulücken identifizieren und Anreize schaffen, dass diese zügig geschlossen werden.
- Wir werden die Wohnungsgenossenschaften dabei unterstützen, weiterhin bezahlbarer Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen.
- Auch durch die Entwicklung kommunaler Grundstücke kann die Stadt nachhaltig die Mieten beeinflussen. Als Sozialdemokraten sind für uns bunte und lebenswerte Veedel und nachhaltiges Wirtschaften wichtiger, als kurzfristige Gewinne durch Grundstücksverkäufe. Die Grundstückspolitik (inkl. der Grundstücke kommunaler Beteiligungen) muss sich hieran messen lassen.
- Wo möglich und sinnvoll wollen wir entbehrliche brachgefallene Gewerbeflächen dem Wohnungsbau zuführen.
- Wir wollen Köln als Universitätsstadt durch ausreichenden, bezahlbarem studentischem Wohnraum attraktiv halten. Es wird allerdings nicht immer möglich sein, diesen in unmittelbarer Nähe der Hochschulen zur Verfügung zu stellen.

-
- Wir setzen uns dafür ein, nicht mehr genutzte Verwaltungsgebäude (z.B. Justizzentrum oder Polizeiwache Kalk) für studentisches Wohnen zu nutzen.
 - Auch bei der Planung neuer Wohngebiete (z.B. Mülheim-Süd, Zündorf-Süd) muss geprüft werden, ob der Bau von Studentenwohnheimen bzw. -wohnungen in Betracht kommt.
 - Bei jeder dieser Planungen achten wir auf die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.
 - Wir wollen vielfältige Wohnformen in den Veedeln. Neben Wohnungen für Familien und Singles verdienen – vor dem Hintergrund des demographischen Wandels - insbesondere Modelle des Mehrgenerationenwohnens und Belange des seniorengerechten Wohnens (Barrierefreiheit, Alten-WGs, etc.) unsere Unterstützung. Wir werden auf hinreichend barrierefreie Wohnungen, flexible Wohnungsgrundrisse sowie ambulante Versorgungsmöglichkeiten für alte Menschen achten.

Bestehenden Wohnraum erhalten und entwickeln

- Wir wollen soziale Stadtentwicklung. Dort, wo gewünschte Entwicklung in unsoziale Verdrängung umschlägt, greifen wir ein. Dabei werden wir die den Kommunen zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen. Zu diesen Instrumenten gehören u.a. die Milieuschutzsatzung, mit der verhindert werden soll, dass durch Luxussanierungen Menschen aus ihren angestammten Veedeln verdrängt werden und die Bestimmungen zur Wohnraum-Zweckentfremdung.
- Teilweise ist in den letzten Jahren (z.B. in Chorweiler oder in Finkenberg) eine erschreckende Tendenz bei Vermietern großer Wohnungsbestände zu beobachten: Kapital-Fonds lassen ganze Wohnblöcke verfallen, um so die Rendite auf die gezahlten Mieten zu erhöhen. Wir werden betroffene Bewohner unterstützen, sich gegen diese „Heuschrecken“ zur Wehr zu setzen.
- Wir werden der spekulativen Nutzung von Wohneigentum und der Vernachlässigung von Wohnquartieren in der Stadt mit allen vorhandenen rechtlichen und politischen Möglichkeiten entgegentreten.
- Weiterhin unterstützen wir die Initiative der SPD-geführten Landesregierung zur Schaffung von gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene, um solchen Missständen besser entgegentreten zu können.
- Gesundes Wohnen, Sicherung der Zugänglichkeit von Wohnungen auch in den höheren Etagen im Interesse älterer und mobilitätsbeschränkter Menschen, Pflege der Gemeinschaftseinrichtungen und Sicherheit in allen Zugangsbereichen sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lebensqualität in jedem Stadtquartier.
- Oftmals finden junge Familien keine bezahlbaren größeren Wohnungen. Gleichzeitig sind ältere Menschen händeringend auf der Suche nach einer kleineren Wohnung zu annehmbaren Preisen. Um diese Bedürfnisse zusammenzuführen und eine pragmatische Lösung auf Gegenseitigkeit möglich zu machen, setzt sich die KölnSPD für Wohnungstauschbörsen, z.B. online, ein.
- Um Mietern aktiv zur Seite zu stehen, sollte das Modell der Mieterberatung Vorbildcharakter entwickeln. So können rechte der Mieter durchgesetzt werden.
- Sollte sich die Wohnungsnot unmittelbar verschärfen, muss auch schnell und unmittelbar gehandelt werden. Um die schlimmste Not zu lindern muss über die Einrichtung einer zentral geführten Task-Force nachgedacht werden!
- Zusätzlicher Wohnbedarf entsteht auch durch die Zuwanderung von Arbeitnehmern innerhalb der EU. Hier werden wir Sorge dafür tragen, dass die Wohnungsbedarfe nicht durch eine gewissenlose und für die Viertel unerträgliche Massenvermietung in heruntergekommenen Quartieren ausgenutzt werden. Die Zuwanderung beruht auf dem Grundsatz der Freizügigkeit. Wir gehen davon aus, dass ein bedeutender Teil der Zugewanderten sich dauerhaft ansiedeln

wird und daher umfassend in seinen Integrationsbemühungen unterstützt werden muss.

Soziales Leben im Veedel fördern

Die KölnSPD hat bei der Weiterentwicklung unserer Veedel neben dem Wohnungsbau immer auch den sozialen Zusammenhalt im Veedel, gute Versorgungsmöglichkeiten für die Bevölkerung, das Sicherheitsgefühl der Anwohner und die Aspekte des Umweltschutzes im Blick.

Eine solidarische Stadtgesellschaft zeigt sich in der unmittelbaren Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürgern. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Köln am gesellschaftlichen kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Eine kommunale Sozialpolitik, die vorsorgt und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, muss in ihrem direkten Lebensumfeld ansetzen, also in den Veedeln.

Infrastruktur für kommunale Sozialpolitik

- Das von der KölnSPD konsequent unterstützte Konzept der Sozialraumorientierung hilft den Menschen im Veedel in schwierigen Lebenslagen. Dies geschieht durch Information über und Vernetzung mit den vorhandenen Hilfsangeboten, Initiativen und Institutionen. Damit wurde eine Grundlage geschaffen, die Themen und Problemlagen der Bürgerinnen und Bürgern vor Ort frühzeitig aufzunehmen und zu lösen.
- Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihr Veedel engagieren wollen, benötigen kompetente Ansprechpartner in der Verwaltung. Das Modell der Sozialraumkoordinatoren bietet hierfür eine gute Schnittstelle.
- Mieterbeiräte und -initiativen übernehmen Verantwortung im Veedel. Diese Nachbarschaftsinitiativen sind zu fördern und zu stärken.
- Durch eine „Kultur des Miteinander“ werden gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern neue und kreative Wege entwickelt, das soziale Leben im Veedel zu fördern. Gerade in sozial benachteiligten Vierteln werden wir Aktivitäten unterstützen, die das Selbsthilfepotential stärkt und die die Menschen ermutigt, Verantwortung in ihrem Veedel zu übernehmen und ihr Lebensumfeld zu gestalten.
- Die von unserem Ehrenbürger Norbert Burger initiierten und in unseren Stadtbezirken als „Kölner Elf“ vernetzten Bürgerhäuser und Bürgerzentren, aber auch Selbsthilfekontaktstellen unterstützen die Menschen in ihrem Wunsch nach Begegnung, Weiterentwicklung und Mitbestimmung.
- Teile des Programms MÜLHEIM 2020 wie z.B. Stadtteilmütter und Projekte aus dem Bildungsbereich sind fortzuführen. Nur so kann der Erfolg des Programms nachhaltig gesichert werden.

Inklusion aller Menschen im Veedel

Ziel von Inklusion ist, dass jeder Mensch die Möglichkeit erhält, vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen und Angeboten teilhaben zu können, unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer und sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter.

Wir Sozialdemokraten wissen, dass der besondere Reichtum unserer Stadtgesellschaft gerade aus der Verschiedenartigkeit, der Heterogenität, ihrer Mitglieder besteht.

- Inklusion kann nur erfolgreich sein, wenn sie von einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft unterstützt wird. Um in diesem Sinn Denken und Handeln zu verändern, müssen möglichst viele Menschen in ihrer Wohnumgebung im Veedel gutes Zusammenleben erleben.
- Deutschland hat sich mit der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen zur Verbesserung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Die Stadt Köln muss

den Landschaftsverband als Träger der Sozialhilfe bei der Umsetzung seiner Inklusionsziele unterstützen.

- Das beginnt mit Kindergärten und Schulen, die so ausgestattet sind, dass alle Kinder aufgenommen und angemessen betreut und unterrichtet werden können.
- Auch Spielplätze wollen wir künftig in Abstimmung mit den Eltern, der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und den Verbänden barrierefrei gestalten.
- Wir brauchen mehr Praktikums- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung sowie ausreichend sogenannte niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten. Dabei sollen die Stadtverwaltung und die stadtnahen Unternehmen eine Vorreiterrolle übernehmen.

Wir übernehmen Verantwortung - Gesamtstädtische Flüchtlingspolitik

Die KölnSPD bekennt sich zu Ihrer gesamtstädtischen Verantwortung, Menschen in Notsituation zu helfen und dafür die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Deshalb muss die ganze Stadt dabei helfen, dass eine gute Aufnahme und gesellschaftliche Integration gelingen kann. Viele Menschen leisten hierbei ehrenamtlich einen wichtigen Beitrag.

Auch in Zukunft möchten wir insbesondere alle Bemühungen für eine echte Willkommenskultur unterstützen und durch frühzeitige Einbindung lokaler Organisationen (Bürgervereine, Kirche, Schule, Karneval, etc.) fördern. Damit soll auch Ansätzen von Fremdenfeindlichkeit entgegen gewirkt werden.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu den „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln“ der Stadt Köln aus dem Jahr 2004, nach denen die Unterbringung in festen Einrichtungen von Flüchtlingen dezentral im gesamten Stadtgebiet erfolgen und eine Konzentration in einem einzelnen Stadtteil vermieden werden soll.

Zusammenleben der Kulturen im Veedel

Zuwanderung und kulturelle Vielfalt bieten große Chancen für das miteinander Leben im Veedel. Gleichzeitig ist diese Vielfalt aber auch Herausforderung, denn sozialer Zusammenhalt, Sicherung von Chancengleichheit und ein gelungener Interessenausgleich entstehen nicht immer von selbst.

- Die KölnSPD steht nicht nur ein für die gesetzliche Verpflichtung zur Unterbringung von vielfach traumatisierten Menschen aus den Krisengebieten dieser Welt, sondern wollen eine Willkommenskultur entwickeln, die hilft, Flüchtlinge menschenwürdig mit Wohnraum zu versorgen und sie in unsere Gesellschaft zu integrieren. Eine gerechte und abgewogene Verteilung von entsprechenden Unterbringungsräumlichkeiten im Stadtgebiet ist dazu unabdingbar.
- Quartiere mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund erbringen eine hohe Integrationsleistung für die gesamte Stadtgesellschaft. Wir wollen deshalb diese Quartiere in besonderer Weise fördern, stabilisieren und weiterentwickeln.
- Zur Unterstützung der Integration brauchen wir flächendeckende Sprachförderungsangebote vor Ort für Kinder und Erwachsene.
- Sowohl Migrantinnen und Migranten als auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort tragen zu gleichen Teilen die Verantwortung für eine gelungene Integration. Von zentraler Bedeutung sind dafür Stätten der Begegnung und des Austauschs.
- Stadtteil- und Nachbarschaftsfeste tragen zur interkulturellen Identität und zum Miteinander der Kulturen eines Veedels bei.

Veedelsnahe Infrastruktur

Die Lebensqualität im Wohnumfeld hängt auch von einer guten öffentlichen und privaten Infrastruktur ab. Wir fordern eine gesicherte Versorgung des alltäglichen Bedarfs der dort wohnenden und arbeitenden Bevölkerung, und zwar für die Menschen aller Altersstufen und im Hinblick auf alle Lebenssituationen.

- Es ist vornehmliche Aufgabe der Stadtentwicklung, eine qualitativ hochwertige und gleichwertige Lebensbedingungen sichernde Ausstattung der Stadtviertel mit der notwendigen Infrastruktur zu planen. Sozialdemokraten im Rat der Stadt werden mit größter Sorgfalt darüber wachen, dass alle Veedel in gerechter Weise bedient werden. Das schließt ein, jahrelange Vernachlässigung einzelner Quartiere durch eine besonders gezielte und auf nachhaltige Verbesserung zielende Strukturpolitik besonders anzugehen, wie zum Beispiel durch das Programm Mülheim 2020. Daher unterstützen wir die sozialdemokratischen Aktivitäten in Land und Bund zur Quartiersförderung und zum Programm „Soziale Stadt“.
- Wir brauchen wohnortnahe Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, also Kitas, Grundschulen, weiterführende Schulen und Jugendtreffs. Hierauf werden wir in der Schulentwicklungsplanung und der Jugendhilfeplanung achten.
- Seniorentreffs, Seniorenwohnen und Gelegenheiten zum Wohnen im Mehrgenerationenverbund, Pflegedienste, kurzum zur Einbeziehung aller Bewohner in die Veedelgemeinschaft.
- Dazu gehören Einkaufsmöglichkeiten von gutem Standard für den Alltag, damit auch die Grundversorgung von älteren Menschen, denen es oft schwerfällt, lange Wege für Erledigungen des Alltags zurückzulegen, gesichert ist.
- Die KölnSPD wird sich weiter mit Nachdruck dafür einsetzen die Erreichbarkeit von Ärzten in der ganzen Stadt zu ermöglichen.
- Unsere Stadt braucht ausreichend Grünanlagen und Gelegenheiten zur kulturellen und sportlichen Freizeitgestaltung.
- Wir setzen uns dafür ein, dass ortsnahe und dezentrale städtische Dienstleistungsangebote ausgeweitet werden.

Die Verbraucherberatung gehört in die Veedel, um mit Aktionen oder durch Präsenz einen möglichst unproblematischen Zugang zur Beratung zu ermöglichen. Dies ist besonders wichtig für Bevölkerungskreise, die schwierige Verbraucherprobleme im Alltag nicht alleine lösen können und fachlichen Rat benötigen. Daher unterstützen wir das Angebot der Verbraucherzentrale NRW modellhaft in Köln ein regelmäßiges Beratungs- und Hilfsangebot in den Veedeln zu entwickeln und aufzubauen.

Urbanes Leben im Stadtquartier verlangt, dass der öffentliche Raum den Bürgerinnen und Bürgern zur eigenen Nutzung und Gestaltung zur Verfügung steht. Hier ist Sensibilität bei der Abgrenzung von privatem Ruhe- und Schutzbedürfnis und dem Interesse an zwanglosen öffentlichen Treffs gefragt. Wir wollen mittels klarer Absprachen unter den Beteiligten zum einen den grundsätzlichen Schutz der Anwohner sichern, zum anderen zeitlich geregeltes öffentliches Miteinander im Veedel ermöglichen.

Gerade im Sommer besteht ein großes Bedürfnis nach Freiräumen in der Stadt. Insbesondere von jungen Menschen werden Plätze und Freiflächen als Treffpunkte genutzt – oft in Konkurrenz zu den Ruhebedürfnissen der Anwohner. Die anhaltende Diskussion um den Brüsseler Platz, überfüllte Grünflächen wie am Aachener Weiher oder die einmalige „Kioskultur“ illustrieren sowohl dieses Bedürfnis, wie auch das Konfliktpotential. Wir treten dafür ein, gemeinsam mit den

Beteiligten einen Interessenausgleich zu schaffen.

Ein lebenswertes Viertel darf nicht Opfer des Autoverkehrs sein. Unsere Maxime ist, dass die notwendigen Wege im Quartier zu Fuß oder per Fahrrad erledigt werden können. Wir wollen uns dafür einsetzen, mehr gefahrenfreie, vom Autoverkehr unabhängige Fahrradverbindungen zu schaffen. Zur Qualität trägt schließlich auch ein gut ausgebauter öffentlicher Personenverkehr bei, der zudem für die verkehrliche Anbindung der Viertel zu den Stadtbezirkszentren und zur Innenstadt mit deren stadtweiten Einrichtungen der Kultur, des Einkaufs und der Behörden sorgt.

Plätze und Begegnungsorte

Jedes lebendige Veedel braucht ein Herz, das in seiner Mitte schlägt. Neben den allseits bekannten urbanen Plätzen haben auch die Stadtteile ihre zentralen Orte und Begegnungsräume. Sie gilt es für die Kölner Bevölkerung wieder zu entdecken und aufzuwerten. Auch unsere Veedels-Plätze sollten qualitativ gestaltet sein und zum Verweilen einladen.

Oft sind diese Plätze jedoch schlicht vernachlässigt, sind zu trostlosen, betonierten Parkplätzen umgewidmet oder nur durch alibihaftige Grüninseln aufgelockert oder mit Betonkübeln zugestellt, um ein paar Lücken von Autos freizuhalten.

Köln braucht ein Manifest des Veedels-Platzes, welches seine Wirkung bis in die Vororte hinein entfaltet.

- Ein Platz braucht Freifläche und eine maßstabsgerechte Gestaltung. Die Qualität des Platzes bestimmt sich aus der Platzkomposition. Hier gilt es klassische ästhetische Konzepte wieder zu beleben, anstatt modisch die Möglichkeit des Machbaren auszutesten.
- Ein Platz braucht eine Funktion. Üblicherweise sollten am Veedels-Platz Geschäfte und Büros mit Publikumsverkehr vorhanden sein. Eine dem Bedarf im Veedel entsprechende Nutzung sollte baulich ermöglicht und aktiv gefördert werden. Dies schließt insbesondere die Nutzung für Außengastronomie und Märkte ein. Entsprechend dem geänderten Einkaufsverhalten sollten in einem Modellprojekt regionale Märkte in den Abendstunden getestet werden.
- In den Vororten können zentrale Parks oder durchgrünte Dorfplätze eine dem Ort angemessene und weniger urbane Lösung sein. Angesichts knapper Kassen könnten hier auch Flächen für öffentlich zugängliches Urban Gardening oder Community Garden bereitgestellt werden. Bürgerschaftliches Engagement auf dem Veedelsplatz unterstützen wir.
- Das betrifft lokale Initiativen, Vereine, Nachbarschaftsfeste und selbstorganisierte Märkte, die wesentliche Impulse für die Stärkung der Veedelsidentität geben. Für sie sind in den städtischen Gebührenordnungen besondere Regelungen erforderlich.
- Eine angemessene und wohltuende Beleuchtung gibt jedem Platz sein individuelles Gepräge. Entsprechend seiner zentralen Funktion für das Veedel sollte der Veedels-Platz Fußgänger und Fahrradfahrer über Flaniermeilen und Velorouten dorthin leiten. Der Platz muss auch vom öffentlichen Personennahverkehr erschlossen sein.
- Unsere Plätze müssen attraktiver werden. Hierfür ist das in den Stadtbezirken Chorweiler, Mülheim und Porz begonnene Programm zur Aufwertung zentraler Plätze fortzuführen.

Verglichen mit anderen Großstädten sind die Kölner Plätze eher klein. Die Tradition der freien Reichsstadt bedingte, dass in Köln keine großen Aufmarschplätze entstanden. Diese Tradition des „small is beautiful“ gilt es zu bewahren. Wenn das Veedel ein Herz hat, schlägt das Herz der Bewohner für ihr Veedel.

Sicherheit und Sauberkeit

Köln ist mit seinen Veedeln eine lebenswerte Großstadt. Dies macht einen großen Teil der Lebensqualität in unserer Stadt aus. Zu diesem Gefühl gehören aber ebenso saubere, gepflegte Straßen und Plätze. Denn ein Stadtviertel ist nur dann ein lebenswertes Zuhause, wenn sich alle Bewohner dort hinreichend sicher fühlen.

- Dafür zu sorgen, ist in erster Linie Aufgabe der Polizei. Regelmäßige Streifengänge durch einen „Veedelsschutzmann“, der mit seinem Revier bestens vertraut ist und den die Bürgerinnen und Bürger jederzeit ansprechen können, müssen fortgesetzt werden.
- Daneben werden wir auch die Präsenz des Ordnungsdienstes in allen Stadtvierteln deutlich erhöhen, damit Ordnungswidrigkeiten konsequenter verfolgt werden können.
- Die erprobte Ordnungspartnerschaft von Polizei und städtischen Dienststellen, insbesondere des Ordnungsamts, ist fortzuführen. Damit wird auch die soziale Kontrolle durch die Bevölkerung selbst unterstützt, indem Nachbarn aufmerksam ein Auge darauf halten, dass Kriminelle keine Chance haben.
- Gefühlte Sicherheit erfordert den Abbau von Angsträumen durch eine gute Beleuchtung von Straßen und öffentlichen Räumen. Videoüberwachung hingegen befürworten wir nur in besonderen Situationen. Wir wollen die Freiheit der Bürger in ihrer Stadt wahren.

Vandalismus und Verschmutzung öffentlicher Räume bewirken bei vielen Menschen ein Gefühl von Unsicherheit und Bedrohung. Deshalb fordern wir die verstärkte Bekämpfung von illegalen Graffiti und Vandalismus. Positiv dagegen sehen wir künstlerische Wandgestaltungen, die auch einen Schutz vor wilden Schmierereien bilden können. Wir werden die Stadtbezirke über das bereits erfolgreich umgesetzte Stadtverschönerungsprogramm, aber auch das angelaufene Investitionsprogramm zur Attraktivierung von Plätzen, weiterhin darin unterstützen, Missstände zu beseitigen und zur Verschönerung von Plätzen und Anlagen in den Veedeln beizutragen.

Kölnerinnen und Kölner betonen immer wieder ihren besonderen Wunsch nach Sauberkeit auf Straßen und Grünflächen. Leider hält sich nicht jeder Mitbürger und Passant daran und trägt unachtsam zur Vermüllung des öffentlichen Raumes bei. Hier ist unbedingt gegenzusteuern!

- Wir wollen eine öffentliche Diskussion anstoßen, wie durch gemeinsames Mitwirken das Erscheinungsbild Kölns zu neuer Qualität finden kann und darüber die Bürger unserer Stadt dafür gewinnen, selber mehr Ordnungssinn zu entwickeln und Mitverantwortung zu zeigen.
- Wir wollen die Straßenreinigung sowie Pflege des öffentlichen Grüns durch regelmäßige Unratbeseitigung und erforderlichen Grünschnitt priorisieren.
- Hierzu soll die Zusammenarbeit zwischen Grünflächenamt und Stadtreinigung, dort wo es notwendig ist, weiter verbessert und ausgebaut werden.
- Wir wollen die Eigenverantwortung vor Ort durch kleinräumige Sauberkeits- und Verschönerungsprojekte stärken, in dem Anwohner, Vereine, Kindergärten, Schulen etc. bei der nachhaltigen Verbesserung ihres unmittelbaren Wohnumfeldes unterstützt werden.
- Eine lebendige und gesunde Mischung aus Wohnen, Einkaufen und Arbeiten sorgt dafür, dass zu lange Wege vermieden werden und dass das Quartier am Tag nicht verödet. Wir fordern hierfür Mut zur Mischung statt Monostrukturen. Nur so bleiben unsere Veedel lebenswert.

Energie effizient nutzen

Die SPDKöln will gemeinsam mit Energieversorgern, Hausbesitzern, Handwerk und Unternehmen den sparsamen und effizienten Umgang mit Energie zu einem Markenzeichen Kölns und seiner Veedel machen.

- Wir unterstützen Stadtverwaltung, RheinEnergie, Fachhandwerker, Verbraucherschutz,

-
- Ingenieure und Architekten darin, Energieberatung sowie Planung und Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen so zu organisieren, dass sie zu nachweisbaren Abnahmen des Strom- und Wärmeverbrauchs führen und gleichzeitig Haushalte und Unternehmen finanziell entlasten.
- Dazu sollen Anreizprogramme für den Austausch von Elektrogroßgeräten und die Erneuerung von Heizungsanlagen angeboten werden, die die finanzielle Leistungskraft der Besitzer berücksichtigen und in eine wirtschaftliche und umweltfreundliche städtische Energieversorgung eingebunden werden.
 - Stadt und RheinEnergie sind darüber hinaus aufgefordert, die Energiewende als eigene Aufgabe voranzutreiben sowie Bürger und Unternehmen bei eigenen Anstrengungen wirksam zu unterstützen.
 - Dazu ist das Energiemanagement weiter auszubauen und eine Energieberatung für alle Verbrauchergruppen zu organisieren. Das Maßnahmenprogramm des Klimaschutzkonzeptes muss konkretisiert und umgesetzt werden.
 - An erster Stelle steht in Köln die Kraft-Wärme-Kopplung als effizienteste Nutzungsform herkömmlicher Energie. Dazu wollen wir die RheinEnergie unterstützen, die Fernwärme aus deren eigenen Kraftwerken flächenhaft auszubauen sowie Nahwärmenetze aus dezentralen Blockheizkraftwerken zu fördern und zu vernetzen.
 - Auch beim Neubau von Gebäuden kann effektiv zum Klimaschutz beigetragen werden. So wird sich die KölnSPD dafür einsetzen durch funktionierende Dämmung von Gebäuden langfristig das Ziel Passiv- Aktivenergiehaus umzusetzen. Wir werden dabei immer die Wirtschaftlichkeit der angestrebten Maßnahmen im Auge behalten, damit auch hier Wohnen und Energie bezahlbar bleiben.
 - Geeignete Dach- und Fassadenflächen sind mit Unterstützung der Stadt für Photovoltaikanlagen und Warmwassererzeugung (Thermie) zu nutzen. Die Stadt Köln und die städtischen Gesellschaften sollen Vorreiter sein.
 - Die „RheinEnergie“ wird aufgefordert, die „Energiewende von unten“ mit geeigneten Instrumenten (smart grid, Lastmanagement, Organisation der Regelenergie usw.) zu unterstützen. Dazu gehört auch die Entwicklung eines flächendeckenden Versorgungsangebotes für die Elektromobilität.

Wir fragen Köln

Der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Beteiligung ist bei vielen Projekten in unserer Stadt spürbar. Die Menschen möchten heute mitentscheiden, etwas bewegen und damit auch Verantwortung für unsere Stadt übernehmen. Kölns Bürger sind dabei kreativ, mutig und voller Ideen. Deshalb bekennen wir uns zu einer Beteiligung, die frühzeitig die Ideen aller Kölner ernstnimmt.

Oft setzt jedoch ein breites Interesse und Beteiligung erst ein, wenn die Planungen bereits fortgeschritten sind. Die Möglichkeit, dann noch Einfluss zu nehmen ist aber leider gering und die Enttäuschung auf allen Seiten vorprogrammiert.

Darum wollen wir bei Projekten von Anfang an die Menschen fragen, was ihnen wichtig ist, auf ihre Vorschläge hören und sie so in Entscheidungen einbinden.

Die KölnSPD bekennt sich dabei zur Repräsentativen Demokratie. Genauso wie unsere Gesellschaft entwickelt sich aber auch unsere Demokratie weiter. Deshalb sollen die Menschen in Köln die Chance haben, bei wichtigen Entscheidungen mitzureden. Dabei werden wir darauf achten, dass nicht Einzelinteressen die Oberhand gewinnen, sondern gemeinwohlorientiert diskutiert wird.

Damit Bürgerbeteiligung am Ende nicht im Sande verläuft, müssen wir zusammen einige Punkte beachten: Wir müssen:

- Am Anfang miteinander sprechen!
- Offenheit und Ehrlichkeit auf allen Seiten!
- Einander ernst nehmen!
- Jedem zuhören der eine gute Idee hat!
- Fachleute fragen!
- An das Wohl der ganzen Stadt denken!

Die KölnSPD hat sich für die Einführung des Kölner Bürgerhaushalt stark gemacht. Hier können Bürger im Dialog mit der Verwalten per Internet, Telefon oder auch Antwortbogen ihre Ideen und Vorschläge einbringen und sagen wo in Köln gespart werden soll. Die Ergebnisse fließen dann in die Arbeit des Rates und der Verwaltung ein. Die KölnSPD setzt sich dafür ein, den Bürgerhaushalt auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen weiterzuentwickeln.

Starke Veedel brauchen eine bürgernahe Politik und Verwaltung

Gerade in einer Großstadt ist Bürgernähe ein wichtiger Faktor. Wir wollen, dass Entscheidungen vor Ort getroffen werden.

Wir halten an der seit 1975 bewährten Gliederung Kölns in neun Stadtbezirke fest. Die Bezirksrathäuser erhalten wir als die dezentralen städtischen Dienstleistungszentren in den Stadtbezirken mit einem breiten Angebote bürgernahe Verwaltungsdienstleistungen.

Es soll geprüft werden, wie das bürgernahe Angebot der Bürgerämter weiter gestärkt werden kann.

Die Entscheidungsmöglichkeiten der Bezirksvertretungen in Angelegenheiten des Stadtbezirkes wollen wir im Rahmen der Gemeindeordnung NRW stärken. Vertreter der Verwaltung, des Rates und der Bezirksvertretungen sollen gemeinsam eine zeitgemäße Kompetenzordnung im Verhältnis zwischen dem Rat, der Verwaltung und den Bezirksvertretungen erarbeiten.

KölnSPD für eine erfolgreiche Stadt

Integrierte Stadtplanung

Moderne Technologien halten heute Einzug in alle Lebensbereiche. Sie sind nicht mehr technisches Beiwerk, sondern buchstäblich „Lebensmittel“ einer sich verändernden Gesellschaft. Aus diesem Grund setzen wir uns im Rahmen der Stadtentwicklung dafür ein, die zukunftsbestimmenden Bereiche Energie, Mobilität und Informations-/ Kommunikationstechnologie intelligent - sprich smart - mit einander zu verbinden. In Pilotprojekten sollen Maßnahmen zu Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung (z.B. energetische Sanierung, virtuelles Kraftwerk) integrativ verbunden werden mit neuen Formen der Mobilität und des Mobilitätsmixes (E-Mobilität, Carsharing) unterstützt durch die Möglichkeiten der modernen Informationstechnik (Open Data, Apps etc.).

Entsprechende Maßnahmen machen Köln nicht nur zu einer intelligenten, zukunftsfähigen Stadt sondern führen auch dazu, dass die Stadt Köln ihren eingegangenen Verpflichtungen bei der Umsetzung der Klimaschutzziele nachkommen kann.

Der mit dem Konzept zur Entwicklung Köln zur Internetstadt eingeschlagene Weg muss konsequent weiter gegangen, weiter entwickelt und weiter gedacht werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Wege gefunden werden, bei Projekten der Stadtentwicklung oder der Infrastrukturentwicklung das Thema „Neue und Smarte Technologien“ stets mit geprüft und berücksichtigt werden, so zum Beispiel bei der Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete, bei der Stadtentwicklungsplanung, bei der Visualisierung von Bauvorhaben, bei der Realisierung neuer Park- und Mobilitätskonzepte (Elektro-FZ und Tankstellen) und bei der zukünftigen Stadtmöblierung.

Chancen für neue Veedel nutzen

Köln ist eine Stadt mit Tradition, öffnet sich aber auch modernen Entwicklungen. Der Rheinauhafen hat gezeigt, dass es gelingen kann, neue Quartiere zu schaffen, die Wohnen, Gewerbe und Freizeit miteinander verbinden. Köln hat noch viele große Flächen, die in den nächsten Jahren zu neuen Veedeln entwickelt werden können. Hierzu gehören der Mülheimer Hafen und das ehemalige KHD-Gelände, der Deutzer Hafen, Zündorf-Süd und die Südliche Innenstadterweiterung.

Wir werden dafür sorgen, dass keine abgeschnittenen Bereiche entstehen, sondern lebendige Veedel, in denen die Menschen gerne leben, arbeiten und sich aufhalten und wo über öffentlich geförderten Wohnungsbau eine generationenübergreifende und sozial ausgewogene Mischung bei der Wohnbevölkerung entstehen kann.

Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass aufbauend auf den Ergebnissen der Veranstaltungsreihe „Rechtsrheinische Perspektiven“ ein Handlungskonzept für die weitere Stadtentwicklung im rechtsrheinischen Köln entwickelt wird.

Städtebaulichen Masterplan Innenstadt weiter umsetzen

Mit dem Städtebaulichen Masterplan Innenstadt haben wir ein Instrument an der Hand, das aufzeigt, wie unsere Stadt in den nächsten Jahren gestaltet werden kann. Die geplante Verlängerung des inneren Grüngürtels im Kölner Süden bis an den Rhein im Zusammenhang mit der südlichen Innenstadterweiterung und die Aufwertung der Ufer beidseits des Rheins sind herausragende Beispiele dafür, wie Köln für alle Kölnerinnen und Kölner, aber auch für die Besucher unserer Stadt gestaltet werden kann.

Wir wollen, dass auch weitere Vorschläge des Masterplans zügig umgesetzt werden. Hierzu gehören insbesondere die dringend notwendige Neugestaltung von Ebertplatz und Rudolfplatz.

Gebäudewirtschaft neu organisieren

Ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Gestaltung unserer Stadt ist die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Vielfach prägt sie mit ihren Schul-, Kita- und Verwaltungsgebäuden das Bild unserer Stadt.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Gebäudewirtschaft auf ihre Schwachstellen hin untersucht wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie zügig durch eine Neuorganisation in die Lage versetzt wird, ihren vielfältigen und für unsere Stadt wichtigen Aufgaben kompetent gerecht zu werden.

Köln – Wirtschaftszentrum im Rheinland

Die SPD ist die Wirtschaftspartei in Köln. Wir sind der bevorzugte Ansprechpartner für Unternehmen und Handwerksbetriebe in dieser Stadt. Wir haben erheblich dazu beigetragen, dass Köln als Industrie- und Wirtschaftsstadt die Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 erfolgreich überstanden hat.

Köln ist ein herausragender Wirtschaftsstandort in Europa. Als viertgrößte Stadt Deutschlands, drittgrößte deutsche Industrieregion und mit drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in der gesamten Region bietet sich ein vielversprechender Absatzmarkt im europäischen Kontext. Dabei überzeugt Köln sowohl als internationaler Wirtschaftsstandort wie auch als lebenswerte Metropole. Wir sind weltweit bekannt für Toleranz und Akzeptanz sowie für das respektvolle Miteinander von Menschen aus verschiedenen Ethnien, Kulturen und Religionen. Interkulturelles Zusammenleben hat in Köln eine lange Tradition. Die Mischung macht die Stärke unseres Wirtschaftsstandortes aus.

Dass dies so bleibt, dafür haben wir in den vergangenen Jahren gearbeitet und dafür werden wir uns – bei zunehmender Globalisierung und wachsendem Wettbewerbsdruck für Unternehmen und Städte - auch in den kommenden Jahren stark machen. Im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik steht dabei der Mensch. Denn es sind die Menschen, die dafür sorgen, dass wir sagen können: Köln ist ein herausragender Wirtschaftsstandort in Europa!

Wirtschaftlicher Erfolg braucht strategische Ausrichtungen und Zusammenarbeit

Mit dem Businessplan Industrie und dem Branchenforum Industrie bekennen wir uns zum Industriestandort Köln mit den starken Branchen Chemie, Anlagenbau, Automobil-Fertigung, Metall- und Elektroindustrie. Köln entwickelt sich aber auch zunehmend zu einem Standort der Internet-, Informations- und Kommunikationstechnologie. Mit seinen Schulen und Hochschulen, den Medien- und IT-Unternehmen wird Köln rückt Köln immer stärker auch in den Fokus der kreativen Branchen, was auch in den Erfolgen der maßgeblichen Internet- und IT Messen und letztlich auch im Markenprozess sichtbar wird. Gemeinsam mit den Unternehmen werden dort Aufgabestellungen definiert und angegangen – das schafft Planungssicherheit und Unterstützung.

2013 fand die „Lange Nacht der Industrie“ bereits zum 3. Mal in der Region Rhein/Ruhr statt. Bislang allerdings ohne Kölner Beteiligung. Auch in anderen Bundesländern wird dieses Veranstaltungsformat seit Jahren erfolgreich betreiben. Die Region Köln ist gemessen am Umsatz die fünftgrößte Industrieregion Deutschlands. Die Lange Nacht der Industrie bietet die Chance, Industrie zu erleben und hinter die Kulissen spannender Unternehmen zu blicken. Auch Köln kann

zeigen, wie moderne und zukunftsfähige Industrie funktioniert. Wir möchten dieses erfolgreiche Format gemeinsam mit der IHK Köln auch in unserer Stadt etablieren.

Wir Sozialdemokraten erwarten, dass der Markenprozess fortgeführt und zu einem starken Instrument der Kölner Wirtschaftsförderung wird. Wir unterstützen auch weiterhin das von uns initiierte Kölner Logistikkonzept sowie das Logistikforum.

Wir stehen zum städtebaulichen Masterplan Innenstadt, der den Entwicklungsrahmen bildet und den Blick auf das Ganze richtet, wie auch zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept, das die Entwicklung von Dienstleistung und Versorgung in unseren Stadtbezirken und Stadtteilen sichert.

Starken Unternehmen muss ein funktionierender Arbeitsmarkt gegenüberstehen. Daher setzen wir Sozialdemokraten uns nachdrücklich für die Stärkung des Bündnisses für Arbeit ein. Es bleibt Motor der Kölner Arbeitsmarktpolitik und ist eine Plattform zur Entwicklung und Abstimmung gemeinsamer Strategien mit den Akteuren des Kölner Arbeitsmarktes. Gemeinsam mit allen Akteuren des Bündnisses wollen wir die von Bund und Land zur Verfügung gestellten Unterstützungen für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einwerben und konkrete Projekte in den Bereichen Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Übergang Schule – Beruf vorantreiben.

Unsere städtischen Unternehmen gewährleisten die Daseinsvorsorge der Bürger und Unternehmen. In der Sicherung der Daseinsvorsorge sehen wir eine der vornehmsten Aufgaben kommunaler Politik. Deshalb bekennen wir Sozialdemokraten uns mit Leidenschaft zur öffentlichen Wirtschaft.

Wirtschaftlicher Erfolg braucht gute Rahmenbedingungen:

Logistik

Für eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft muss Köln seine starke Rolle als Drehscheibe nutzen. Köln ist ein großer Bahnknotenpunkt und eine wichtige Hafenstadt, hat ein dichtes Autobahnnetz und mit dem Flughafen eine Verbindung zu allen globalen Wirtschaftszentren. Als zentrale Aufgabe mit höchster Priorität für die kommenden Jahre sehen wir den Erhalt, die Sanierung und den gezielten Ausbau kommunaler Infrastruktur, dazu zählen Straßen, Brücken, Anlagen des Güterumschlags, der Schienenverkehr aber auch der Breitbandausbau. Wir werden in Land und Bund alles daran setzen, die erforderlichen Mittel für den Straßen-, Schienen- und Brückenbau für Köln zu erhalten. Wir werden die sinnvolle Weiterentwicklung des Deutzer Hafengeländes betreiben.

Die Infrastrukturen, die von den städtischen Gesellschaften betrieben werden, verstehen wir als das Herzstück unserer städtischen Wirtschaftsentwicklung. Mit dem Stadtwerke Konzern hält Köln ein ausgeprägtes Leistungsangebot in der Hand. Glasfasernetze der NetCologne, die eine nahezu flächendeckende Breitband-Datenübertragung innerhalb der Stadt ermöglichen, sind ein Erfolgsfaktor für die Zukunft.

Wir setzen uns dafür ein, Köln zu einem Zentrum für ökologisch verträgliche Logistik zu machen, ohne dabei die vorhandenen Akteure zu überfordern. Auch deshalb stehen wir für einen Ausbau des Godorfer Hafens.

Flächen

Industrie-, Gewerbe- und Wohnflächen sind in der wachsenden Großstadt Köln knapp. Die verschiedenen, aber gleichermaßen wichtigen Bedarfe konkurrieren miteinander und müssen deshalb in einem Gesamtkonzept berücksichtigt werden.

Die SPD unterstützt das Projekt „strategisches Flächenmanagement“. Eine wichtige Rolle wird dabei die Nutzung frei werdender Flächen spielen. Die SPD steht dafür, Grundstückseigentümer, Investoren, Flächenentwickler, aber auch die betroffenen Anwohner frühzeitig in einen transparenten Entscheidungsprozess einzubeziehen. Die Einrichtung einer Flächentauschbörse sehen wir als eine Möglichkeit an, um Brachflächen für eine aktive Flächennutzung zugänglich zu machen.

Die SPD verlangt aber auch, dass am Ende eines solchen Prozesses belastbare Entscheidungen einschließlich verbindlicher Fertigstellungs- und Realisierungstermine stehen.

Energie

Die Energiewende ist das zentrale energiepolitische Thema, das wir zügig voranbringen wollen. Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit sind für uns die Kriterien, die die Energiewende zum Erfolgsmodell werden lassen. Die KölnSPD setzt dabei auf einen vernünftigen und breitangelegten Mix funktionierender Erzeugungsformen. Eine ideologisch motivierte Verengung auf einzelne Aspekte der Energiewende wird es mit uns nicht geben. Eine wichtige Rolle wird dabei das Gas- und Dampfkraftwerk „Niehl 3“ einnehmen.

Wirtschaftlicher Erfolg braucht Innovation

Daher engagieren wir uns für Neuansiedlungen. So haben wir dafür gesorgt, dass sich z.B. Lanxess, Citroën-Peugeot und Germanwings für unsere Stadt entschieden haben – nur drei von vielen Unternehmen, die neue und qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen haben.

Innovationskraft stellt einen wesentlichen Baustein der Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes dar und ist die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum. Die SPD will den Austausch und die Vernetzung zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen und öffentlichen Einrichtungen verstärken. Der hiermit verbundene Technologie- und Wissenstransfer schafft das Klima und die Basis für die Entwicklung neuer und innovativer Produktions- und Dienstleistungsmärkte. Innovation entsteht aber häufig in kleinen und mittleren Unternehmen, in der Kreativwirtschaft oder zum Beispiel bei Internetstartups. Deshalb setzen wir auf eine städtische Wirtschaftsförderung, die diese Unternehmen fördert und die Beratung von Existenzgründern in den Fokus rückt.

Wir sehen im ökologischen Umbau der Betriebe ein zentrales Thema für die Zukunft. Mit dem in 2012/2013 erfolgreich durchgeführten Projekt Ökoprotit konnten erste Erfolge erzielt werden. So wurden Unternehmen und Einrichtungen von der Stadt Köln und externen Umweltberatern unterstützt, mit Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen die Betriebskosten zu senken. Eine klassische „Win-Win-Situation“. Von den Maßnahmen profitieren sowohl die Unternehmen als auch die Umwelt. Diesen Weg wollen wir mit vergleichbaren Maßnahmen weiter fortsetzen.

Köln - die Hochschulstadt im Westen

Mit rund 80.000 Studierenden und rund 6.000 jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist Köln die Hochschul- und Wissenschaftsstadt in NRW. Zugleich sind die Hochschulen neben der Stadtverwaltung größter Arbeitgeber in der Stadt. Hier liegt ein wertvoller Schatz für die Zukunft der Stadt, den es gilt zu pflegen und zu heben. Deshalb wollen wir den Wissenschaftsstandort Köln als Marke stärker in die Außendarstellung und die Planungsperspektiven der Stadt einbeziehen. Die Stadt muss sich zudem in die Austauschbeziehungen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft verstärkt einbringen und mehr Zusammenarbeit der Verwaltungen anstreben.

Wir wollen Köln zu einer Gründerstadt machen. Wir haben dazu die erforderlichen Voraussetzungen: Neben den vielen jungen Talenten bei Studierenden und Wissenschaftlern haben wir eine große Exzellenz-Universität, weitere spezialisierte Hochschulen und arbeitsmarktnahe Fachhochschulen. Köln ist die beliebteste Stadt für Auslandsstudenten in Deutschland. 17.000 ausländische Studierende schätzen neben der Qualität der Lehre an die hiesigen Hochschulen vor allem Atmosphäre der Stadt und die Freundlichkeit ihrer Bewohner. Der Standort lebt von Forschung, Bildung und den Netzwerken. Einrichtungen wie ASA, DLR, das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft beleben mit ihrem Know-how und Ausgründungen den Standort. Regionale und internationale Unternehmen wissen dies zu schätzen. Wir werden hierbei Unterstützung leisten.

Wirtschaftlicher Erfolg braucht Vielfalt - Mittelstand und Handwerk stärken

Die Kölner Wirtschaft wird nicht nur durch große Branchenführer der Industrie geprägt, sondern besonders durch die zahlreichen klein- und mittelständischen Unternehmen getragen. Wir Sozialdemokraten wissen, dass in diesen klein- und mittelständischen Unternehmen die Ausbildung stattfindet, um dem Fachkräftemangel vor Ort entgegenzuwirken. Ein klarer Wettbewerbsvorteil für die Unternehmen und die Stadt, von dem am Ende alle in Köln profitieren. Der Mittelstand in Köln ist innovativ und trägt als Jobmotor durch die Schaffung von Arbeitsplätzen zur guten Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Köln bei.

Die KölnSPD wird den Kölner Mittelstand und das Kölner Handwerk weiter unterstützen, gute Rahmenbedingungen schaffen und damit helfen, Arbeitsplätze vor Ort zu sichern und zu schaffen. Die KölnSPD wird sich dafür einsetzen, klein- und mittelständische Unternehmen bei der Vergabe von städtischen Aufträgen stärker zu berücksichtigen, um die Wirtschaft vor Ort zu stärken.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heute für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein zentrales Anliegen. Wir werden deshalb dafür eintreten, auch Beschäftigten von klein- und mittelständischen Unternehmen dabei zu helfen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, z.B. durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Schaffung von Betriebskindergärten. Auch in klein- und mittelständischen Unternehmen muss Arbeit eine gute Arbeit sein. Die KölnSPD setzt sich deshalb für faire Löhne, gleiche Bezahlung für Männer und Frauen sowie gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in Mittelstand und Handwerk ein.

Die KölnSPD unterstützt und fördert den Tourismus in unserer Stadt. Köln fließt auf diesem Wege eine zusätzliche Kaufkraft zu, die vor allem Handel, Gastronomie, Hotellerie und Gewerbe zu Gute kommt. Deshalb unterstützen wir sportliche Großveranstaltungen, das reichhaltige kulturelle Angebot, aber auch den Kölner Karneval, die dafür sorgen, dass Gäste und Besucher gerne zu uns kommen und sich in Köln wohl fühlen.

Wirtschaftlicher Erfolg setzt an Stärken an

Kreativität die wichtigste Ressource des 21. Jahrhunderts. Als Kultur- und Kreativwirtschaft ist sie ein wichtiger Beschäftigungs- und Wachstumstreiber in vielfältiger Gestalt: Musik, Bücher, Kunst, Film, Fernsehen und Rundfunk, aber auch als Design, Architektur, Presse, Werbung und Software.

Die IT- und Medienbranche ist eine der innovativsten und am schnellsten wachsenden Branchen in Deutschland und besonders in Köln. Die KölnSPD setzt sich auch hier für faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten besonders. Besonders die Frage, wie prekäre und unsichere Beschäftigungsverhältnisse vermieden werden können, steht für uns an dieser Stelle im Fokus.

Köln hat die Bedeutung dieses Wirtschaftssektors erkannt und koordiniert hier die kommunale Förderung seit vielen Jahren durch die Stabsstelle Internet- und Medienwirtschaft. Dennoch ist die

Arbeit der Kreativen in diesem Sektor nach wie vor und insbesondere für junge Menschen durch viele prekäre Arbeitsverhältnisse geprägt. Wir fordern deshalb den Ausbau von kommunalen Beratungs- und Förderungsangeboten, wie sie deutschlandweit beispielsweise im Rahmen des Kreativpaktes der SPD-Bundestagsfraktion angeregt werden: Als Hilfestellung in Gründungs- und Problemphasen, um kreatives Talent in ökonomischen und kulturellen Wohlstand zu verwandeln. Vorbild können hier die Regionalbüros des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft sein, die Existenzgründern, Selbständigen und Unternehmen hilfreiche Orientierungsberatungen und Informationsangebote vermitteln. Dies auch auf einer kommunalen Ebene anzubieten und möglichst niedrige Hemmschwellen gerade für junge Menschen zu gewährleisten, halten wir für eine wichtige Investition in den Wirtschaftsstandort Köln, vor allem aber für eine Notwendigkeit des sozial gerechten Arbeitsmarktes.

Wirtschaftlicher Erfolg braucht den Blick über den Tellerrand

Unsere Region schöpft ihre Potenziale nicht hinreichend aus. Kooperation besteht immer noch mehr in Absichtserklärungen als in konkretem Handeln. Wir wollen anhand von Best-Practice-Beispielen anderer Metropolen entscheiden, welche institutionelle Form der regionalen Zusammenarbeit ist die Beste und diese dann nachhaltig auf den Weg bringen. Wir brauchen eine schlagkräftige regionale Arbeits- und Akquisitionstruktur, die Ausweisung von Flächen für Wohnungen und Gewerbe müssen künftig stärker regional abgestimmt, die Kosten der Infrastruktur müssen gerecht verteilt, Ziele und Maßnahmen der integrierten Stadt- und Verkehrsplanung sollen gemeinsam formuliert werden.

Wir sind uns Kölns Bedeutung als Teil eines rheinischen Wirtschaftsraumes bewusst. Die Möglichkeiten und die großen Potenziale dieser Region können nur durch Bündelung der Kräfte im Rheinland optimal genutzt werden. Die KölnSPD unterstützt daher regionale Kooperationen kommunaler Unternehmen wie beispielsweise der Köln-Neuss-Düsseldorfer Logistikkoooperation "RheinCargo" ein.

Köln ist weltoffen und die Welt kennt Köln! Die KölnSPD versteht dies als Chance für die Stadt und unterstützt aktiv, Köln wirtschaftlich und kulturell weiter international zu vernetzen. Wichtige öffentliche Akteure müssen dabei der Flughafen und die Koelnmesse sein, die als Drehscheibe für ihre internationalen Beziehungen dienen müssen. Auch die zahlreichen Städtepartnerschaften sollen aktiv genutzt werden, um die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu global relevanten Wirtschaftsräumen in anderen Ländern aufzubauen und auszubauen. Dies kann und muss in enger Abstimmung mit Unternehmern, Kammern und Branchenverbänden geschehen. Wir wollen von den Besten lernen, um uns für die Zukunft aufzustellen. Auch hier kann die Einbeziehung und Kooperation anderer Städte und Gemeinden der Region den Erfolg für Köln und die rheinische Region weiter steigern.

Leitziele für eine moderne Verkehrspolitik für Köln

Mobilität ist eine Voraussetzung für die Teilnahme am lebendigen Geschehen in unserer Stadt. Dies gilt für Berufs- und Freizeitverkehr, für Personen- und Güterverkehr. Deshalb setzt die KölnSPD auf eine Verkehrspolitik, die es allen ermöglicht, mobil zu sein – in angemessener Geschwindigkeit, barrierefrei und zu vertretbaren Kosten und bei einer vernünftigen Balance zwischen individuellen, ökonomischen und ökologischen Interessen. Denn zu den Kosten der Mobilität zählen neben den reinen Fahrtkosten (Auto, Bahn etc.) auch die Lärm-, Gesundheits- und Umweltbelastungen.

Köln ist eine wachsende und bewegliche Stadt. Wir wollen, dass das so bleibt! Damit es aber so

bleiben kann, müssen wir die Verkehrsstruktur und das Verkehrsnetz der wachsenden Stadt und den sich verändernden Mobilitätsgewohnheiten der Menschen (mehr Bus- und Bahnnutzung, mehr RadfahrerInnen, mehr Carsharing) anpassen.

Vor allem müssen wir das insgesamt gute Kölner Verkehrsnetz zukunftssicher machen. Dort, wo nötig, muss die Infrastruktur saniert und erneuert werden.

Der Ausgleich zwischen steigendem Mobilitätsbedarf, Klimaschutz und notwendiger Erneuerung der Infrastruktur braucht eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik, die sich an dem Leitbild der Gleichberechtigung aller Verkehrsträger (Fuß- und Radverkehr; Auto und ÖPNV) orientiert.

In diesem Sinne will die KölnSPD unsere Stadt zum Vorreiter einer Verkehrspolitik machen, die den sinnvollen Ausgleich zwischen Mobilitätswünschen und –notwendigkeiten einerseits und den Folgen der Mobilität andererseits schafft.

Zur leichteren und transparenten Umsetzung wollen wir ein Gesamtverkehrskonzept für Köln verabschieden, das die Ziele der Verkehrspolitik klar definiert und die daraus notwendigen Maßnahmen nachvollziehbar ableitet.

Die wichtigsten Leitziele für die KölnSPD sind:

- Moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
- Zügige, sichere und kostengünstige Mobilität für alle KölnerInnen
- Gleichberechtigung aller Verkehrsträger
- Reduzierung der verkehrsbedingten Gesundheits- und Umweltbelastungen

In diesem Sinne wollen wir „Köln Beine machen“ – mit einer modernen und zukunftsorientierten Verkehrspolitik.

Sicherung der Kölner Infrastruktur

Straßen, Brücken und Schienenwege sind die Lebensadern unserer Stadt. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kölner Verkehrspolitik, diese Lebensadern leistungsfähig zu erhalten und sie den neuen Erfordernissen anzupassen. Daher stellt die Sanierung und Instandhaltung der lebenswichtigen Infrastruktur in den kommenden Jahren die größte Herausforderung für die Verkehrspolitik dar. Diese Phase zur Sicherung der Kölner Infrastruktur bietet gute Chancen zum Auf- und Ausbau eines modernen leistungsfähigen Verkehrsnetzes in Köln. Auch wenn diese Erneuerungsphase uns allen Geduld abverlangen wird.

Für die KölnSPD ist klar, dass die Sanierungen nach der Bedeutung der jeweiligen Straßen oder Brücken vorgenommen werden müssen. Dabei achten wir darauf, dass die Brückensanierungen mit einer Verstärkung ihrer Belastbarkeit einhergehen, damit wir für künftige Herausforderungen gerüstet sind: etwa für das Kölner Stadtbahnnetz, das für mögliche längere Stadtbahnwagen vorbereitet sein muss.

Für die Baustellen, die für die Erneuerung notwendig sein werden, werden wir das Baustellenmanagement effektiver ausbauen. Stadtverwaltung und kommunale Unternehmen tragen eine besondere Verantwortung für eine eng aufeinander abgestimmte Baupolitik. Durch erhöhte Kontrollen wollen wir darauf hinwirken, dass der Verkehr in der Sanierungsphase möglichst gut fließt.

Bei allen Straßensanierungsmaßnahmen achten wir auf die gleichzeitige Anpassung an die neuen Mobilitätsgewohnheiten. Deshalb steht die KölnSPD bei Sanierungsmaßnahmen für eine neue Aufteilung zwischen Fahr- und Gehbereichen. Nur so können wir dem wachsenden Fahrradverkehr

gerecht werden und für mehr Sicherheit für RadlerInnen und FußgängerInnen sorgen. Das verbessert den Verkehrsfluss insgesamt.

Chance für intelligente Mobilität

Schon heute verfügt Köln über ein engmaschiges Verkehrsinformationssystem. Es ist für die Phase der Erneuerung unserer Infrastruktur besonders wichtig. Denn gute Informationen erleichtern allen VerkehrsteilnehmerInnen die Wahl des geeignetsten Verkehrsmittels und der günstigsten Route durch Köln. Wir wollen das Verkehrsinformationssystem weiter ausbauen und noch besser den Nutzungsbedingungen im mobilen Internet anpassen. Im Sinne einer „intelligenten Mobilität“, sollen VerkehrsteilnehmerInnen Informationen zu allen Verkehrsträgern erhalten. Auf diese Weise tragen wir außerdem zu einer intelligenten Vernetzung aller Verkehrsträger bei. Konkret bedeutet das:

- Abgestimmtes und effektiv kontrolliertes Baustellenmanagement aus einer Hand. Das bedeutet auch mehr Personal für Kontrollen vor Ort.
- Ausführliche und aktuelle Informationen über Presse und Internet.
 - o Stets aktuelle Top-Liste der wichtigsten Bau-Projekte mit Status zum Fortgang.
 - o Angebot von Alternativrouten für ALLE VerkehrsteilnehmerInnen.
- Ausbau des Informationssystems zu einem Kölner Verkehrsportal.
 - o Im Rahmen des Programms „Mobil im Rheinland“ soll eine Kölner Verkehrs-App mit Informationen für alle Verkehrsträger sowie Tipps zu Routen, Möglichkeiten der Verknüpfung von Auto/ÖPNV – ÖPNV/Rad geschaffen werden.
 - o Konsequente Darstellung der günstigsten Routen für alle Verkehrsträger im gesamten Stadtgebiet.

Wir unterstützen Pilotprojekte zur Realisierung und Förderung neuer Mobilitäts-, Park- und Verkehrslenkungskonzepte (zum Beispiel: Induktionsschleifen, E-Tankstellen in Parkhäusern und –plätzen, Förderung Car-Sharing in geeigneter Weise.

Öffentlicher Personennahverkehr – das Herzstück der individuellen Mobilität in Köln

Ein umfassender und bedarfsgerechter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist das Herzstück individueller Mobilität in Köln. Die KölnSPD bekennt sich zu dieser wichtigen Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir setzen uns daher für eine effiziente und umfassende Gewährleistung des ÖPNV als kommunale Aufgabe ein. Ziel der KölnSPD ist es, den Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen deutlich zu steigern.

Konkret setzt sich die KölnSPD ein für:

- ein angemessenes ÖPNV-Angebot in allen Stadtteilen,
- Bahnanbindungen in besonders dicht besiedelten Gebieten – sei es über das ÖPNV-Netz oder eine gute Anbindung an den S-Bahn-Ring, der über Köln-Süd und die Südbrücke an die Flughafenstrecke angebunden werden muss
 - o das erfordert Linienverlängerungen:
 - > Linie 7 bis Ranzeler Straße und Planungen darüberhinaus
 - > Anbindung Widdersdorf an das Stadtbahnnetz,
 - > Anbindung Rondorf an das Stadtbahnnetz
- eine Stärkung der Ost-West-Achse
- die Realisierung des S-Bahn-Rings West, um auch hier den ÖPNV zu stärken und weiter zu entwickeln.
- Stärkung des Busverkehrs im städtischen ÖPNV-System durch Einführung von Schnellbuslinien, die über große Achsen wenige Umstiegshaltestellen bedienen. Insbesondere

in den Hauptverkehrszeiten eine attraktive und schnelle Ergänzung zum bestehenden Netz. Dazu brauchen wir in Köln Busspuren. Ergänzt um Einsatz der bewährten Buslinienverkehre, die die Stadtteile anbinden. Konkrete Planungen für eine rechtsrheinische Ringstrecke über die Frankfurter Straße (analog der linksrheinischen Strecke über den Gürtel). Zur Beschleunigung des Projektes wollen wir Zwischenschritte prüfen, z.B. die Einführung einer Schnellbuslinie entlang der Frankfurter Straße. Dabei wollen wir auch klären, ob die Schaffung von Busspuren in Teilbereichen als Vorwegnahme notwendiger Baumaßnahmen für eine spätere Bahnverbindung eine schnelle Verbesserung dieser wichtigen Querverbindung zwischen Porz und Mülheim sein kann.

- den Vorrang des ÖPNV vor dem Individualverkehr
- Abendverkehre, insbesondere im Busbereich, die optimiert und an veränderte Lebensbedingungen (zB. längere Ladenöffnungszeiten) angepasst werden. Dies gilt vor allem für die Anbindung peripherer Stadtteile an die Stadtbezirkszentren bzw. an die Übergänge von und zu S- und U-Bahn.
- Nachtbahnen und Nachtbusse: In den letzten Jahren wurden mit der Einführung des halbstündlichen Fahrtakts ab 1 Uhr an den Wochenenden und vor Feiertagen sowie der Taktverdichtung von Fahrten unter der Woche (zwischen 23 Uhr und 1.30 Uhr) deutliche Verbesserungen im öffentlichen Nachtverkehr geschaffen. In den nächsten Jahren wollen wir den Nachtverkehr sinnvoll ausbauen. Unser Ziel bleibt ein durchgehender Nachtverkehr mit Nachtbahnen und Nachtbussen auch unter der Woche.
- Kurzfristig werden Nachtfahrten von Sonntag bis Donnerstag um 3.00 Uhr eingerichtet. Darüber hinaus prüfen wir ein Nachtbussystem zwischen Sonntag und Donnerstag.

KVB – Verkehrsdienstleisterin für die Stadt

Die KVB ist die Mobilitätsdienstleisterin für Köln, die über die eigenen Fahrdienstleistungen hinaus wichtige Aufgaben für unsere Stadt wahrnimmt. Wir wollen die KVB von einem reinen Unternehmen für den Öffentlichen Personennahverkehr zu einem Mobilitätsdienstleister für Köln entwickeln, der durch ein eigenes Leihradangebot, die Zusammenarbeit mit car sharing-Anbietern und der Abstimmung mit den Angeboten der DB die gesamte Wegekette in Köln organisiert.

Die KVB soll im Vertrieb die einzelnen Mobilitätsangebote zusammenführen. Das Ziel ist eine KölnMobilcard, mit der die Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot nutzen können.

Die Wege der Menschen enden selten an den Haltestellen der KVB. Deswegen ist eine intelligente Verknüpfung der Verkehrsträger eine ebenso wichtige Aufgabe, wie der Ausbau des ÖPNV. Die KölnSPD begrüßt und unterstützt den Wandel der KVB zu einem Verkehrsmanagement-Unternehmen.

Mit intelligenten und preislich attraktiven Angeboten zur Verknüpfung von Bahn und Rad oder von Bahn und Auto bieten wir neue Möglichkeiten der schnellen Mobilität und entlasten den Kölner Verkehr zusätzlich.

Dazu wollen wir folgende Ziele umsetzen:

- Aus- und Neubau der P&R-Plätze an entscheidenden Stellen insbesondere am Rand der Stadt, aber auch an attraktiven Stellen in Bereichen zwischen den äußeren und zentraleren Stadtteilen,
- Neue Carsharing sowie Fahrradverleih-Modelle und bessere Überbrückung der letzten Kilometer,
 - o Angebot von Verleih-Systemen an Endhaltestellen bzw. an Haltestellen mit schlechter Weiterverbindung,

-
- o Radboxen für Lastrad-Sharing als Ergänzung zum normalen Fahrradverleih.

Die Verknüpfung dieser Angebote mit der KVB ist für einen unkomplizierten Ausbau unabdingbar. Zugleich profitieren Abo-Kunden für ihre individuellen Mobilitätsbedürfnisse von Rabatten für das benötigte Leihfahrrad oder –auto.

Mobilität für alle

Für die KölnSPD hat Mobilität immer auch einen sozialen Aspekt. Nur, wer mobil ist, kann am Leben in all seinen Facetten teilnehmen. Wir begrüßen die Einführung eines verbundweiten Sozialtickets im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS). Das Modell des von der KölnSPD durchgesetzten „Köln-Passes“ stand dabei Pate: Menschen mit kleinen Einkommen profitieren vom Köln-Pass und vom Sozialticket. Die KölnSPD steht ohne Wenn und Aber für die Fortführung dieses sozialen Mobilitätsangebots.

Darüber hinaus setzen wir uns im VRS ein für:

- Preisstabilität und moderate Anpassungen, die nachvollziehbar sind
- Einführung einer „ÖPNV-Card“ für GelegenheitsnutzerInnen. Ähnlich der „BahnCard“ sollen diese bei Zahlung eines jährlichen Pauschalpreises unterjährig preisgünstigere Tickets für Gelegenheitsfahrten kaufen können.
- Integrierung der Verleihsysteme des Car- Radsharings in die Tarifsysteme.
- Bezahlsystem langfristig auch über Smartphones unter strikter Wahrung des Datenschutzes.
- Allgemein verständliches Informations- und Leitsystem zu den Tarifen im VRS.
- Verbesserung des Angebots für Jugendliche und junge Erwachsene in beruflicher Ausbildung.

Neben der finanziellen Zugangsbarriere gibt es auch weitere Barrieren im Verkehrsgeschehen:

- Barrierefreiheit in den Straßen und auch im ÖPNV ist nicht nur für Ältere - Stichwort demographischer Wandel - und Gehbehinderte, sondern auch für Familien mit Kindern enorm wichtig. Dies erreichen wir z. B. durch Aufzüge an Bahnhöfen, Niederflur-Straßenbahnen oder die Absenkung der Bordsteine an Straßenübergängen.
- Die Benutzung von Rollatoren, Rollstühlen und Kinderwagen dürfen für die Menschen in den Veedeln kein Mobilitätshindernis darstellen.
- Ebenso ist uns auch die- Verkehrssicherheit ein wichtiges Anliegen. In einer älter werdenden Gesellschaft müssen auch diejenigen sicher am Verkehrsgeschehen teilnehmen können, deren Seh- und Hörfähigkeit eingeschränkt ist. Dafür müssen wir z.B. durch entsprechende Instrumente und Einrichtungen Sorge tragen.
- Wir werden in den nächsten sechs Jahren genau hinschauen, wo in den Veedeln noch Handlungsbedarf im Sinne eines umweltbewussten, barrierefreien und sicheren Verkehrsgeschehens ist. In die Planung der Maßnahmen vor Ort werden auch die interessierten Bewohner noch stärker mit einbezogen. Denn sie sind die Experten, wenn es um die Gestaltung ihres Veedels geht.

Straßenverkehr

Der Straßenraum dient allen Verkehrsteilnehmenden – vom Fußgänger über den Radfahrer über den ÖPNV-Nutzer zum Autofahrer. Die KölnSPD steht für eine Gleichberechtigung aller Verkehrsträger.

Die KölnSPD macht sich für ein rücksichtsvolles Miteinander aller Verkehrsteilnehmer stark. Eine Möglichkeit stellen dabei die Shared Spaces dar. Dabei muss sichergestellt werden, dass nicht das Rechts des Stärkeren herrscht. Shared Spaced sollten dabei nicht in Gebieten eingeführt werden, wo eine sinnvolle Umsetzung zweifelhaft erscheint.

Das bedeutet, dass der Autoverkehr einerseits zügig in der Stadt fließt. Andererseits entscheiden sich immer mehr Menschen bei mittleren Strecken für das Fahrrad oder gehen zu Fuß. Diesen Trend unterstützt die KölnSPD. Um ihn weiter zu befördern, muss vor allem die Verkehrssicherheit für FußgängerInnen und RadfahrerInnen erhöht werden. Zügige Wegeverbindungen für diese VerkehrsteilnehmerInnen – dort wo nötig mit Ausschilderung – gehören ebenfalls dazu.

Deswegen wollen wir bei den anstehenden Sanierungen im Straßenbereich die Aufteilung des Straßenraums neu gestalten. Dazu wollen wir

- Weniger Ampelanlagen
- Wo Ampeln nötig bleiben, wollen wir bis 2020 stadtweit moderne, leistungsfähige Ampelanlagen einsetzen
- Mehr Kreisverkehre, um Verkehrsfluss zu erhöhen, bei gleichzeitig besserer Sicherheit für alle,
- dem Fuß- und Radverkehr mehr Raum geben, dazu zusammenhängende Fuß- und Radwegenetze schaffen
- Radspuren auf der Straße anlegen,
- Zügige Fußgängerführung an Ampeln,
- Sichere Radführung an Ampeln und großen Kreuzungen.

Anwohner und Verkehrsteilnehmer ärgern sich zu Recht, wenn Schwerverkehre durch ihre Wohnstraßen fahren. Die KölnSPD setzt sich für eine sinnvolle Umleitung des Güterverkehrs und für ein LKW-Durchfahrtsverbot ein. Die von Rat und Verwaltung vorgeschlagenen LKW-Routen sollen zügig zur Aufnahme in Navigationsgeräte empfohlen werden.

Um zugleich den Autoverkehr flüssig zu halten steht die SPD für

- eine ausreichenden Breite für den Autoverkehr an den Hauptverkehrsachsen,
- flexiblerer Verkehr durch grüne Wellen
- Regeltempo 50 auf den Hauptverkehrsachsen,
- Tempo 30 in Wohngebieten,
- Ausnahmen sind möglich, z.B. Tempo 70 auf Verbindungsstraßen zwischen Stadtteilen, an denen keine Wohnbebauung vorhanden ist.

Die Verstetigung der Geschwindigkeit und der Verkehrsströme führt zu Belastungsminderungen, die für Menschen und Umwelt dringend erforderlich sind. Weitere Maßnahmen sind moderne und effiziente Ampelsteuerungen, Kontrolle der Umweltzone, Umrüstung der städtischen Fahrzeuge auf schadstoffarme Antriebe und die Förderung von Carsharing und Elektromobilität. Zudem setzt sich die KölnSPD dafür ein, bei Straßensanierungen Flüsterasphalt aufzubringen, um Lärmbelastungen weiter zu verringern.

Um die Belastungen für Anwohner und Umwelt durch hohes Verkehrsaufkommen an überlasteten Knotenpunkten zu reduzieren, wollen wir an ausgewählten Punkten auch zusätzliche Straße auf neuen Trassen, wie z.B. im Porzer Süden (L 274n) bzw. in Meschenich (L 150).

Weniger Schilder heißt mehr Übersicht

Kölns Straßen sind voller Schilder. Ein Ärgernis für alle Verkehrsteilnehmer, besonders wenn man durch zu viele Schilder die Übersicht verliert. Wir nehmen die Sorgen der Bürger ernst und werden uns dafür einsetzen, die Schilder dort wo es möglich ist zu reduzieren und für mehr Übersichtlichkeit zu sorgen.

Wechselspuren

Um den Verkehrsfluss in Köln weiter zu optimieren, setzt sich die KölnSPD auch für die Realisierung von Wechselspuren ein. So kann flexibel und schnell auf unterschiedliche

Verkehrssituationen reagiert werden.

Mehr Ruhe im Wohngebiet

Wohngebiete und Veedel sollen einen Raum der Sicherheit bieten. Straßen dürfen keine Gefahrenzonen sein. Deshalb setzt sich die KölnSPD für verkehrsberuhigte Wohngebiete ein.

Zusätzlich steht die KölnSPD für

- Einen Radwegeplan zur Durchquerung der Innenstadt
- den zügigen Bau des Radschnellwegs im Westen Kölns,
- der Verlängerung dieser Verbindung bis in die Innenstadt und ins Rechtsrheinische Köln,
- die zügige Planung eines weiteren Radschnellwegs in der Nord-Süd-Achse.

So schaffen wir attraktive Ergänzungen für den stadtgerechten Verkehr, verringern die Belastung unserer Straßen und tragen zu einem besseren Verkehrsfluss bei.

Elektromobilität spielt auch im Radverkehr eine zunehmend bedeutende Rolle. Es soll geprüft werden, ob es ein besonderes Angebot an Verleihsystemen vor allem in der Innenstadt geben kann, das, nach dem Vorbild der Stadt Wien, eine erhebliche Senkung der Verkehrsbelastung nach sich ziehen kann.

Wichtige Verkehrsknoten übersichtlicher gestalten

Die Verkehrssituation an wichtigen Knotenpunkten in Köln muss übersichtlicher gestaltet werden. Insbesondere in der Innenstadt brauchen wir mehr Übersichtlichkeit und Sicherheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen. Beispielhaft sei hier der Neumarkt genannt.

Am Neumarkt bekennt sich KölnSPD zu den Plänen, einer neuen Platzgestaltung: mit folgenden Elementen:

- Keine Kreuzung des Auto- und Bahnverkehrs.
- Konzentration des Autoverkehrs im südlichen Bereich des Neumarktes.
- Bahnverkehr daran anschließend mit Raum für weitere Gleise zur schnelleren Abwicklung des oberirdischen Bahnverkehrs.
- Erweiterung der Fußgängerzone im nördlichen Bereich.
- Für den Bereich nördlich des Neumarkts bis zur Magnusstraße muss im Zuge dieser Veränderungen ein Verkehrskonzept erstellt werden. Es muss den Anlieferungs- und Anwohnerverkehr stadtvträglich sichern.

Parkraum

Straßenraum ist oft auch Parkraum. Der Platz für parkende Autos im Straßenraum geht allzu oft auf Kosten von Sicherheit und Übersichtlichkeit im Straßenverkehr. Das birgt Gefahren für alle, die sich langsamer durch die Stadt bewegen.

Deswegen wollen wir auch hier eine Erneuerung, die mehr Platz, Übersichtlichkeit und Sicherheit im Straßenraum bietet. Verstärkte Angebote von Quartiersgaragen verringern den Parkraumbedarf auf der Straße.

- Die KölnSPD setzt auf ein konsequentes Parkraumkonzept für Köln, das nach sehr kurzen, mittleren und langen Parkzeiten unterscheidet. Für den Parkraum auf der Straße wollen wir erreichen, dass die kürzeren Parkzeiten gegenüber den längeren begünstigt und Langzeitparkende mittels klarer Auszeichnung in Parkhäuser geleitet werden. Ausnahmen in den Bezirken sind möglich.

Das bewährte Anwohnerparken wollen wir fortsetzen. Insbesondere in den innenstädtischen und innenstadtnahen Stadtteilen setzen wir uns darüber hinaus für ein umfassendes Parkraummanagementkonzept ein. Konkret schlagen wir vor:

- Bau von günstigen Quartiersgaragen
- Verhandlungen mit großen Einzelhandelsketten, zur Bereitstellung von Parkraum für Anwohner auf ihren Parkplätzen
- Die Parkplatzschlüssel bei Neubauten nach Möglichkeit den neuen Mobilitätsgewohnheiten anpassen
- Verpflichtender Anteil an Fahrradabstellplätzen in Parkhäusern und auf großen Parkplätzen
- Zur Steuerung zunehmender Anfahrten per PKW zu den attraktiven gesamtstädtischen Einrichtungen Zoo, erneuertes Veranstaltungszentrum Flora, Botanischer Garten, Eis- und Schwimmbadzentrum Lentpark soll das Parkplatzangebot in angemessener Weise erhöht werden.

So stellen wir sicher, dass es im Straßenraum ausreichend Parkraum gibt, zugleich aber Spielräume für eine neue Aufteilung des Straßenraumes zugunsten von Fußgängern und Radfahrern vorhanden sind.

Schienengebundener Verkehr

Köln ist für Deutschland und West-Europa ein zentraler Verkehrsknoten der europäischen Ost–West sowie der Nord–Süd-Verbindungen.

Der Ausbau des Kölner Eisenbahnknoten ist die wichtigste Voraussetzung um den Schienenverkehr in unserer wachsenden Region und darüber hinaus zu garantieren. Daher ist eine Entmischung des Fern-, des Regional-, des S-Bahn- und des Güterverkehrs in diesem Zusammenhang anzustreben. Untersuchungen und Gutachten zum Kölner Bahnknoten gibt es genug. Jetzt muss gehandelt werden. Die KölnSPD setzt sich auf allen politischen Ebenen u.a. hierfür ein:

- den Ausbau des Kölner Eisenbahnknotens,
- die Stärkung des regionalen und Hochgeschwindigkeitsnetzes Richtung Aachen
- die Realisierung der RRX-Pläne mit einem System-Halt für Köln-Mülheim
- den Ausbau des Hauptbahnhofs und des Bahnhof Deutz zu einem Hauptbahnhof mit zwei Terminals.

Güterverkehr

Köln ist eine Wirtschaftsmetropole mit einer lebendigen Dienstleistungsbranche und einem starken industriellen Kern. Diese Basis des Wohlstandes in der Stadt und Region gilt es zu erhalten. In Köln arbeiten rund 27.000 Menschen direkt in der logistischen Wirtschaft.

Köln muss sich auf eine weitere, erhebliche Zunahme des Güterverkehrs einstellen. Deshalb unterstützen wir das von der Stadt Köln eingerichtete Logistikforum und die Erstellung eines Logistikkonzeptes.

Wir setzen uns ein, das „bipolare Hafenkonzert“ von 1988 zu einem modernen „bipolaren Terminalkonzept“ weiter zu entwickeln. Vor allem für den kombinierten Verkehr von Containern benötigt Köln Terminal-Anlagen in der Nähe der Aufkommensquellen. Deshalb sprechen wir uns für eine fortgesetzte Modernisierung des Niehler Hafens, einen weiteren Aufbau des Terminal Köln-Nord, die intensiviertere Nutzung des Terminal Köln-Eifeltor und den Ausbau des Godorfer Hafens aus. So stärken wir die Schiene und die Wasserstraße als wirtschaftliche sinnvolle, umweltschonende Alternative zum Lkw-Transport.

Unvermeidliche An- und Abfahrten per Lkw sollten so kurz wie möglich bleiben. Sie sollten auf

dafür vorgesehenen Hauptwegen verlaufen, um die Belastung der Anwohner auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Güterverkehre durch die Innenstadt sollen weitgehend vermieden werden.

Insbesondere für die Versorgungsverkehre in der City sowie in den urbanen innenstadtnahe Stadtteilen möchten wir mit den Supermärkten und Einzelhändlern der Region neue Konzepte erarbeiten. Unter Berücksichtigung von t elektrobetriebenen Fahrzeugen und Lastenfahrrädern.

Wir wollen mit den starken, kommunalen Unternehmen Kölns eine planvolle Entwicklung des Güterverkehrs voranbringen. Wir wollen die KVB, die HGK und deren Tochter RheinCargo als Mobilitätsdienstleister weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit der KVB zu prüfen, ob das in Dresden erfolgreiche Modell einer Cargo-Tram auf Köln übertragen werden kann. Das Gleisnetz der HGK, die Potenziale der regionalen Häfen und das Logistik-Know-how der RheinCargo wollen wir nutzen, um den Unternehmen integrierte Verkehrskonzepte und zuverlässige Transportketten aus einer Hand anzubieten. Auf diese Weise entwickeln wir die kommunalen Transportunternehmen zu Partnern, die für die hiesigen Wirtschaftsunternehmen Transportketten per Schiene und Wasserstraße gestalten.

Flugverkehr

Zur günstigen Verkehrsinfrastruktur Kölns als Drehkreuz des Westens zählt auch der Flughafen Köln/Bonn. Die Region braucht den Frachtflugverkehr, für dessen Sicherung wir uns einsetzen. Zugleich erkennen wir das Recht der Anwohner auf passiven und aktiven Lärmschutz an.

Die KölnSPD steht zur Stärkung des Flughafens und zur Planungs- und Investitionssicherheit für die am Flughafen agierenden Unternehmen. Gleichzeitig wird die KölnSPD auch die Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen im Auge behalten. Auch in den Betrieben, die vielen Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation einen Arbeitsplatz bieten, müssen akzeptable Arbeitsbedingungen herrschen und die Beschäftigten von ihrer Arbeit leben können. Um die Leistungsfähigkeit des Flughafens Köln/Bonn zu stärken, ist eine bessere Schienenanbindung des Flughafens mit dem Personen- und Frachtverkehr notwendig. Hierzu gehören die Verlängerung der S 13 bis Bonn-Oberkassel zur Verbesserung der Anbindung des UN-Standortes Bonn, gute Anbindungen an den Regionalverkehr nach Aachen und Siegen.

Neben der wirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens sind die Belastungen für die Menschen durch den Flugbetrieb ernst zu nehmen; dies gilt insbesondere für den Nachtflug. Langfristig werden die Menschen die Weiterentwicklung des Flughafens nur dann akzeptieren, wenn gleichzeitig vermeidbare Belastungen vermieden werden. Wir setzen uns daher weiterhin dafür ein, dass es durch den Einsatz lärmärmerer Flugzeuge vor allem in der Nacht und durch die Einhaltung der Flugrouten zu einer Lärminderung kommt. Wir werden nachhalten, dass der Flughafen weiterhin das Lärmschutzprogramm umsetzt. Durch differenzierte Landegebühren wirkt der Flughafen auf den Einsatz lärmärmerer Flugzeuge hin.

KölnSPD für Lebensqualität pur

Alle Befragungen der letzten Jahre, die Zahl der Neuzuzüge und auch die Beliebtheit bei Studierenden machen es deutlich: die Menschen leben gerne in Köln. Köln ist eine bunte, quirlige und attraktive Metropole und rühmt sich seiner Toleranz und Herzlichkeit.

Das allein ist nicht genug. Politik muss die Grundlage für Lebensqualität schaffen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass möglichst viele unterschiedliche Menschen, Jung und Alt, Singles und Familien, Menschen unterschiedlicher Vorerfahrungen, Bildungsgrade, sozialer Verhältnisse oder sexueller Orientierungen sich in ihrer Stadt wohl und sicher fühlen können.

Köln ... Stadt der Vielfalt!

Köln ist als Metropole die Heimat für Menschen aller Couleur. Ob Herkunft, Weltanschauung, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität, in Köln kann und soll jeder so leben können, wie er ist und wie er will.

Die SPD möchte allen hier lebenden Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Es geht um nichts weniger, als sein Leben in die eigenen Hände zu nehmen, aus seinem Leben etwas machen zu können. Dass Freiheit kein leeres Versprechen ist, sondern eine Realität, die für alle gilt, ist unser Anspruch an eine moderne und gerechte Stadtgesellschaft. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Sexismus; Rassismus und allen Formen von Menschenfeindlichkeit und Gewalt sagen wir den Kampf an. Unser Leitbild ist ein offenes und sozial gerechtes Köln, in der jede und jeder ohne Angst verschieden sein kann. Ziel unserer Politik ist Inklusion in allen Lebensbereichen – Vielfalt ist der Weg dorthin.

Köln hat unter der SPD-geführten Ratsmehrheit bereits viel erreicht. So sind wir stolz eine Stadtspitze zu haben, in der die Beteiligung von Frauen Realität ist: Erstmals in der Kölner Geschichte werden mehr Dezernate von Frauen als von Männern geführt. Diesen Anspruch gilt es nun weiter fortzusetzen und den Frauenanteil gerade in den Führungsetagen der Verwaltung weiter auszubauen.

Köln hat einen Integrationsrat, der landesweit als Vorbild für gelungene politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gesehen wird. Durch das intensive und nachhaltige Engagement vieler seiner Mitglieder erfreut sich Köln eines lebendigen Dialogs mit den Migranten-Communities dieser Stadt. Ein Ergebnis dieses Dialogs ist das in enger Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat entwickelte detaillierte Integrationskonzept.

Köln ist eine bunte Stadt. Dazu gehört auch, dass insbesondere Köln ein attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle Menschen ist. Wir freuen uns, mit dem Cologne Pride, Come Together Cup, Run of Colours und anderen Events Anziehungspunkte für Menschen aus aller Welt zu haben. Außerdem sind sie Wirtschaftsfaktoren für Köln. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass Köln ein verlässlicher Partner für Veranstalter/innen bleibt. Außerdem werden wir weiterhin mit Vereinen und Verbänden zusammenarbeiten. Notwendig ist auch mehr Aufklärungsarbeit an den Schulen, um bestehende Vorurteile zu bekämpfen.

Als erste und einzige Stadt in Deutschland verfügt Köln über drei Stadtarbeitsgemeinschaften, die die Partizipation von Senioren, Behinderten sowie der LSBT-Community an den politischen Prozessen der Stadt sicherstellen. Zudem ist Köln eine der ersten Städte gewesen, die die Charta

der Vielfalt unterzeichnet hat. Auf diese Tradition der kommunalen Vielfaltspolitik ist die KölnSPD stolz. Dennoch sind wir noch weit davon entfernt, alle unsere Ziele umgesetzt zu haben. Deshalb brauchen wir eine gute, pragmatische und zielführende Weiterführung unserer Vielfaltspolitik.

Aufenthaltsqualität in der Stadt

Köln mit seinen Parks, dem schönen Rheinufer sowie dem Grüngürtel ist eine Stadt im Grünen. Die KölnSPD wird deren Freizeit- und Erholungswert erhalten und die ökologische Bedeutung für saubere Luft und das Stadtklima durch gezielte Maßnahmen erhöhen. 15 Prozent des Kölner Stadtgebietes ist Wald und lädt zum Naturerlebnis ein - das soll so bleiben.

- Wir wollen das Grün in der Stadt erhalten und in hoch verdichteten Quartieren qualitativ ausbauen. Mit der Erderwärmung drastisch zunehmende hochsommerliche Hitzetage erfordern Durchgrünung und Durchlüftung der Veedel für Verdunstung und Stadtklimaverbesserung.
- Grünflächen in den Veedeln und regionale Grünzüge wollen wir auch unter Einbindung des Umlandes ökologisch vernetzen, um die biologische Vielfalt zu sichern.
- Wir entwickeln den äußeren Grüngürtel als Erholungs- und Freizeitpark für die angrenzenden Veedel, für alle Kölner sowie für Besucher aus den umgebenden Gemeinden weiter.
- Der Ausbau des Inneren Grüngürtels soll im Kölner Süden bis zum Rhein in angemessener Breite fortgesetzt werden.
- Wo möglich wollen wir weitere heute noch kanalisierten Kölner Bachläufe renaturieren, wieder sichtbar und erlebbar machen.
- Die KölnSPD fordert die Einrichtung großflächiger „Bewegungsräume“. Dazu gehören Naturlaufpfade, um das Joggen und Walken auf weichem und deshalb gesundheitsförderlichem Untergrund zu ermöglichen.
- Wir wollen ein Alleen-Programm für Straßenbaumpflanzungen und zum Baumschutz. In den Veedeln sollen so die von Straßenplanern der 70er-Jahre verödeten Straßen und betonierten Gehwege wieder heimischer gestaltet werden.
- Die für die gründerzeitlichen Neustädte typischen Mittelalleen wollen wir von parkenden Autos befreien. In Neubaugebieten wollen wir wieder solche Alleen anlegen.
- Bei Neubaumaßnahmen sind Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung wo immer möglich und sinnvoll vorzunehmen.
- Für die Anlage, Pflege und Erhaltung von Grün im Stadtgebiet wollen wir bürgerschaftliches Engagement fördern, ergänzend zur öffentlichen Grünflächenpflege. Private Pflegepatenschaften erhöhen die Identifikation mit dem Grün. Wir wollen dies durch Beratungsangebote und städtische Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.
- Haustiere machen das Leben in der Großstadt abwechslungsreich und sind für viele Menschen treue Begleiter, gerade zu Hause, aber auch außerhalb der eigenen vier Wänden. Für die KölnSPD ist es wichtig, die Rechte der Tiere zu schützen und diesen ein artgerechtes Leben, gerade in der Großstadt, zu ermöglichen.
- Wir unterstützen die Forderung nach mehr Hundauslaufgebieten. Wo geeignete Flächen vorhanden sind, sollen die Bezirke Auslaufgebiete schaffen. Zugleich wollen wir unbelehrbare Halter, die in Grünanlagen und auf Gehsteigen Hundekot zurücklassen, konsequenter zur Kasse bitten.
- Wir wollen naturnahe Hausgärten fördern. Dabei soll dem Trend zur Isolierung und Verödung vermeintlich pflegeleichter Gärten entgegengewirkt werden, in denen Flora und Fauna durch chemische und technische Hilfsmittel zurückgedrängt wird. Im Sinne des Stadtklimas und der ökologischen Vielfalt wollen wir Naturschutzgruppen, Kitas, Volkshochschule sowie Garten-

-
- und Baumärkten für eine Aufklärungsarbeit vernetzen.
 - Die SPD bekennt sich zum Kleingartenwesen. Kleingärten bieten Freizeitbeschäftigung und Erholung. Bei neuen Projekten der Wohnbebauung wollen wir sozial-ökologisch orientierte Kleingärten, Mietergärten sowie Urban Gardening fördern. Gemeinsam mit interessierten Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern wollen wir Projekte zum ökologischen Umbau von Kleingärten unterstützen.
 - An den Uferflächen des Rheins treffen unterschiedliche Nutzerinteressen aufeinander. Einerseits müssen in den Uferbereichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen geschützt werden, andererseits sind sie für niederschwellige Freizeiterlebnisse unverzichtbar.
 - Wir setzen uns weiterhin für die Attraktivierung des Rheinufers ein, um hier Bereiche mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen.
 - Das Grillen in Parks und auch am Flussufer einer Großstadt muss erlaubt bleiben, soweit das Grün nicht geschädigt wird.
 - Der verstärkte Einsatz von Unterflurcontainer durch die AWB ist der richtige Einsatz. Ergänzend müssen attraktive legale Grillmöglichkeiten (z.B. Grillpilze) geschaffen und die dezentralen Entsorgungsmöglichkeiten ausgebaut werden.
 - Wir werden uns weiterhin für eine Verbesserung des öffentlichen Toilettenangebots einsetzen. Die KölnSPD hat sich schon in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass durch Verträge mit Gastwirten, aber auch durch das Aufstellen von mobilen Toiletten zum Beispiel an den im Sommer stark besuchten Poller Wiesen, die Situation des fehlenden Toilettenangebots entschärft wird.
 - Viele Kölner entspannen in ihrer Freizeit gerne an den Baggerseen unserer Stadt. Die KölnSPD wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, diese Erholungszentren, z.B. den Rather See, der Kölner Bevölkerung kostenlos zugänglich zu machen.

Raum für Sport und Bewegung

190.000 Kölnerinnen und Kölner sind Mitglied in einem Sportverein. Unzählige mehr sind sportlich auf eigene Faust aktiv. Bei den sportlichen Großveranstaltungen sind Hunderttausende in der Stadt unterwegs. Davon profitieren wir alle: Sportliche Kölnerinnen und Kölner sind fit und gesund, die Vereine organisieren unser Miteinander und kleinere sowie größere Veranstaltungen prägen auch das Bild unserer Stadt.

Der Sport nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben wahr:

- Er trägt wesentlich zur gesundheitlichen Vorbeugung und Rehabilitation bei.
- Er bietet Kindern und Jugendlichen vielfältige und unverzichtbare Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und Bildung.
- Spezielle Angebote für Mädchen und Frauen unterstützen diese bei ihren Herausforderungen in unserer Gesellschaft.
- Kein anderes Medium wirkt so integrativ wie der Sport.
- Er hilft, soziale und ethnische Barrieren zu überwinden.
- Er trägt dazu bei, dass auch ältere Menschen weiterhin in das gesellschaftliche Leben eingebunden werden.
- Menschen mit Behinderungen haben Teil am gesellschaftlichen Miteinander.

Inklusion im Sport

Sowohl in der Nachwuchsförderung als auch bei der Erwachsenenbildung soll Inklusion in Sportvereinen zum grundlegenden Prinzip und integralen Bestandteil werden. Wir fördern deshalb

den Breiten- und den Leistungssport als geeignete Instrumente, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne besondere Herausforderung voranzutreiben. Vorrangig sind eine adäquate Ausstattung der Sportanlagen und die Qualifizierung von Trainern und Übungsleitern.

Fairness ist Ehrensache

- Auch der Sportverein ist ein öffentlicher Raum, in dem Homophobie keinen Platz haben darf.
- Wir unterstützen Initiativen der Sportvereine und -verbände zur Verhinderung von Gewalt im Sport.

Sport ist Teil der persönlichen Freizeitgestaltung. Die Menschen wollen sich bewegen und spielen, sich körperlich anstrengen und selbst erfahren. Wir finden das gut und sehen uns an der Seite der sportlich Aktiven in Köln.

Es ist bewiesen: Durch die gezielte Förderung der körperlichen Aktivität lässt sich in jedem Alter und bei jedem Aktivitätsgrad des Lebensstils der Entwicklung von Beschwerden und Krankheiten entgegenwirken.

Wir setzen uns dafür ein, dass freizeitbezogene, alltagsbezogene, und arbeitsweltbezogene Bewegungsaktivitäten für Menschen in allen sozialen Lebenslagen stärker möglich werden.

Kein anderes Medium kann so integrativ wirken wie der Sport. Dazu ist aber erforderlich, dass auf allen Ebenen Verbänden, Vereinen, bei Übungsleitern und Sporttreibenden eine Kultur des Miteinanders offensiv betrieben wird.

Menschen mit Behinderungen haben Teil am gesellschaftlichen Miteinander. Dazu sind Anstrengungen vor allem in den Sportanlagen, Übungsplätzen, Turnhallen und auch im offenen Gelände erforderlich, die barrierefreie Zugänge und entsprechende sanitäre Einrichtungen aufweisen müssen.

Da der Sport über seine Vertreterinnen und Vertreter – insbesondere in den Vereinen – eine hohe Verantwortung in unserer Gesellschaft übernimmt, hat er einen Anspruch auf städtische Förderung. Gäbe es den ehrenamtlichen Sport nicht, müsste die öffentliche Hand diese Aufgaben übernehmen. Daher genießt die in den Vereinen von vielen Ehrenamtlichen geleistete Arbeit unsere größtmögliche Wertschätzung.

Diese Arbeit wollen wir unterstützen: Mit Hilfe von Informationsveranstaltungen u.a. mit dem Stadtsportbund oder dem Sportamt finden wir neue Wege in den Schulen, Berufsschulen und Universitäten, aber auch in Nachbarschaftsvereinen oder weiteren Organisationen, zusätzlichen ehrenamtlichen Nachwuchs zu gewinnen.

Bewegung braucht Räume

Wer sich sportlich betätigen will braucht dafür einen Ort. Ob in Parks, auf Bolzplätzen, in Turnhallen oder in den Sportstätten der Stadt Köln: Bewegung findet häufig in öffentlichen Anlagen statt. Die SPD sieht die Stadt Köln daher in der Pflicht, geeignete Räume für Bewegung zur Verfügung zu stellen.

Weil uns die Gesundheit der Bevölkerung wichtig ist, nehmen wir trotz enger finanzieller Spielräume Geld für Investitionen in Sportanlagen in die Hand:

- Wir sanieren und bauen Sporthallen und Sportanlagen.
- Kunstrasenplätze werden langfristig alle Aschenplätze ersetzen.

-
- Die Schwimmbäder werden wir zukunftsorientiert sanieren.
 - Vereinen, die initiativ werden und sich finanziell engagieren, stehen wir zur Seite.

Gleichzeitig gibt es in unserer Stadt viele Räume, die noch besser für Bewegung genutzt werden sollen. In Zukunft werden wir:

- die Nutzung von Schulsportanlagen an Wochenenden und in den Schulferien durch Vereine ermöglichen
- die Nutzung von Sporthallen an Wochenenden und in den Schulferien durch Vereine ausweiten
- mehr großflächige Bewegungsräume schaffen. Beispiele sind beleuchtete Laufstrecken, Bolz-, Basketball- und Tennisplätze sowie Slackline-Parks.
- Radfahrende weiter durch mehr und besser ausgebaute Radwege unterstützen.
- die Kölnerinnen und Kölner besser darüber informieren, wo welcher Sport betrieben werden kann.

Für ein abgestimmtes Vorgehen werden wir in Kooperation zwischen Stadtrat, den Bezirksvertretungen, dem Verein „Sportstadt Köln“, dem Stadtsportbund und der Sportverwaltung einen „Masterplan Sportinfrastruktur 2020“ direkt nach der Kommunalwahl aufstellen.

Wir wollen, dass Sport Spaß macht. Dabei darf es auch mal etwas lauter zugehen.

Wir werden es nicht hinnehmen, dass der Bewegungsdrang und die Spielfreude von Kindern, die sportliche Betätigung von Jugendlichen und das unbeschwerte Miteinander aller Sporttreibenden durch ständig verschärfte Lärmschutzbestimmungen und Nachbarschaftsklagen weiter eingeschränkt werden. Gerade in der Stadt sind Bewegung, Spiel und Sport von hoher Bedeutung für Gesundheit und Wohlbefinden,

Bildung und Bewegung gehören zusammen

Sportliche Betätigung von Kindern und Jugendlichen erfordert ein hohes zeitliches und finanzielles Engagement der Eltern und Familien. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dem sowohl durch die Organisation in den Sportvereinen, in den Öffnungszeiten der Sportstätten, aber auch bei der Regelung von Beiträgen und Gebühren Rechnung getragen wird. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern oder solche mit geringerem Einkommen haben in der Vergangenheit von den Regelungen des KölnPasses oder dem Bildungs- und Teilhabegesetz des Bundes profitieren können. Das eine werden wir uneingeschränkt fortführen, bei dem anderen wollen wir eine Entbürokratisierung erreichen, die Eltern, Vereine und städtische Institutionen spürbar entlastet.

Früh übt sich! Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche selbstverständlich mit Bewegung in ihrem Alltag aufwachsen.

Dazu werden wir:

- die bereits laufenden Projekte in diesem Bereich aufeinander abstimmen
- „Mitternachtssport“ und „Sicher schwimmen“ weiterführen.
- das Projekt „Kindergarten-Mobil“ flächendeckend auf alle Kindergärten ausdehnen. Dabei ist auch zu prüfen, wie Angebote der Krankenkassen zur Gesundheitsförderung systematisch genutzt werden können.
- Sportvereine unterstützen, die Träger des „Offenen Ganztags“ sind oder werden wollen. Das bedeutet, dass Vereine bei der Suche nach Übungsleitern und ihrer pädagogischen Qualifizierung unterstützt werden müssen. Die Zusammenarbeit mit der Sporthochschule und die Nutzung von Instrumenten wie das „Freiwillige soziale Jahr“ oder Integrationsstellen des JobCenters bieten Chancen für die Ausweitung sportlicher Aktivitäten im schulischen Ganztag.
- weitere Schulen für die Arbeit als sportbetonte Schule begeistern.

-
- darauf achten, dass der Ganztags schulbetrieb und die sportliche Betätigung in Vereinen sich nicht gegenseitig behindern. Das gilt vor allem für Sportarten, die als Einzelsport und jenseits breiter schulischer Angebote betrieben werden und einen besonderen zeitlichen und räumlichen Aufwand erfordern. Es müssen zwischen Schulen und Vereinen Lösungen gefunden werden, Schülern und Schülerinnen auch die Ausübung von sogenannten Randsportarten zu ermöglichen.
 - Kooperationen der Sporthochschule mit den städtischen Schulen, den Vereinen und der Stadt unterstützen.
 - den Hochschulsport weiterhin kommunal unterstützen
 - Die Schwimmbäder auffordern, einen gesonderten Fitness-Tarif für Kurzeitschwimmerinnen und –Schwimmer einzuführen,
 - Die Kooperation von Offenen Ganztagschulen und Sportvereinen weiter verbessern. Insbesondere geht es darum, Zeit- und Nutzungskonflikte zu lösen. Das positiv aufgenommene „Kölner Modell“ soll vom Handball auf andere Sportarten übertragen werden.

Bewegung im Verein fördern wir

Das Vereinsleben stärkt das Miteinander und die gegenseitige Verantwortung von Menschen füreinander. Wir unterstützen das Engagement der Kölnerinnen und Kölner für ein breites und vielfältiges Vereinsgeschehen, indem wir:

- gezielt die Nachwuchsförderung durch die Jugendbeihilfe stärken.
- in Abstimmung mit dem Landesportbund und dem Stadtsportbund konkrete Service- und Unterstützungsangebote für die Organisationsarbeit der Vereine schaffen.
- Planungssicherheit schaffen. Wir werden für die kommenden sechs Jahre einen Sportförderplan beschließen, um Kontinuität und Verlässlichkeit der finanziellen Unterstützung zu vollziehen.
- die Qualifizierungsoffensive für Übungsleiterinnen und Übungsleiter und Trainerinnen und Trainer fortsetzen.
- die Sportvereine über die Sozialraumkoordinatoren mit den sozialen Trägern im Veedel vernetzen. Daher werden wir das Projekt „Sport in Metropolen“ weiterhin betreiben.
- Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringen Einkommen die Mitgliedschaft in einem Sportverein weiter ermöglichen („Kids in die Clubs“).
- den Vereinen die städtischen Sportstätten zur Nutzung überlassen und private Vereine anhalten, ihre Sportanlagen zur Nutzung durch Dritte zur Verfügung zu stellen.
- die Vereine bei der Durchführung von Breitensportveranstaltungen unterstützen.

Erfolge kommen aus Köln

Es gibt neben vielen Breitensportlerinnen und Breitensportlern talentierten Nachwuchs und Hochleistungssportlerinnen und Hochleistungssportler in Köln. Darauf sind wir stolz, deren sportliche Entwicklung wollen wir fördern. Dazu werden wir:

- die Arbeit des Sportinternats weiter unterstützen.
- die „sportbetonten Schulen“ weiter fördern. Wir wollen, dass junge sportbegeisterte Talente Sport und Schule miteinander verbinden können; und zwar unabhängig von der jeweiligen Schulform. Dazu wollen wir weitere interessierte Schulen anwerben.
- junge Leistungssportlerinnen und Leistungssportler in Schule, Hochschule und Beruf in ihrem Interesse unterstützen, als Ausgleich für ihre Belastungen eine angemessene Förderung zu erhalten.

Erfolge sind auch die kleinen und großen Sportveranstaltungen in Köln. Die große Medien- und Öffentlichkeitspräsenz des Profispitzensports wirkt sich positiv auf das Image der Stadt aus. Große

nationale und internationale Sportveranstaltungen, zum Beispiel die Handball- oder Eishockeyweltmeisterschaften lenken die Aufmerksamkeit auf die Stadt und ihr sportbegeistertes Publikum. Deshalb unterstützen wir die Bewerbung der Stadt für die Austragung nationaler und internationaler Sportereignisse. Wir sehen in dem Verein „Sportstadt Köln“ die Koordinierungsstelle hierfür.

Sport ohne Gewalt

Bei Fußballspielen wollen wir mehr Sicherheit. Daher unterstützen wir den auf Landesebene eingeschlagenen Weg und werden Gewalt nicht tolerieren. Wer Sportveranstaltungen als Vorwand für Gewalt und Ausschreitungen, Diskriminierung gegen Minderheiten oder rassistische Hetze nutzt, stellen wir uns entschieden und ohne jegliche Toleranz entgegen. Kriminelles Handeln ist auch dann kriminell, wenn es sich in sportlicher Anhängerschaft tarnt.

Allerdings sind Repressionen als alleinige Antwort in unseren Augen keine erfolgreiche Strategie. Wir werden präventive Ansätze, wie sie bereits durch die unterschiedlichen Fanprojekte stattfinden, unterstützen. Der Dialog zwischen Fans, Vereinen, Verbänden, Polizei und Politik wird von uns befördert. Dabei werden wir gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft im Amateurbereich stärker angehen. Dabei ist vor allem der Schutz von Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern dringend erforderlich. Wir werden die laufenden Kampagnen von Vereinen und Sportverbänden unterstützen. Gewalt muss auch in den unteren Klassen und im Jugendbereich konsequent geahndet werden.

Eine wichtige Aufgabe sehen wir auch in der Prävention sexualisierter Gewalt im Sport. Neben dem Landessportbund NRW ist auch der AK Rote Karte gegen sexualisierte Gewalt im Sport in Köln als führend bei der Umsetzung von präventiven Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Jungen. Wir wollen die Akzeptanz der bestehenden Maßnahmen erhöhen und die Möglichkeiten der Prävention und Intervention ausbauen. Dazu streben wir eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organisationen an.

Für ein gesundes Köln!

Wir wollen eine gesunde Stadt für alle Einwohnerinnen und Einwohner, in der sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen wohlfühlen. Wir wollen weder, dass mangelnde Gesundheit zu Armut führt noch dass ein Leben in Armut Kinder krank macht. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung muss unabhängig von der persönlichen Lebenssituation und dem Sozialstatus jeder und jedes Einzelnen gewährleistet ist. Deshalb setzen wir uns für Prävention, Gesundheitsbildung, Unterstützung bei Krankheit und im Alter mit folgenden politischen Initiativen ein:

Prävention

- Frühe Hilfen mit Angeboten für junge Familien, junge Schwangere und das Angebot der Familienhebammen sind ein essentieller Bestandteil der Gesundheitsversorgung. Wir haben im Kölner Stadtrat dafür gesorgt, dass diese beispielhafte Zusammenarbeit von Gesundheitsamt und Jugendamt als unbefristetes Regelangebot weitergeführt wird.
- Das im Jahr 2012 etablierte Netzwerk zu multiresistenten Erregern in Krankenhäusern hat sich bewährt und muss unbefristet weitergeführt werden. Bereits jetzt zeigt sich, dass die Vernetzung aller Krankenhäuser mit dem Gesundheitsamt zu spürbaren Erfolgen führt.
- Es gibt keine Alternative zu einer umfassenden Präventionsarbeit und niedrigschwelligen anonymen Diagnostik- und Therapieangeboten bei allen sexuell übertragbaren Krankheiten.

-
- Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bestehende Angebote beibehalten und ausgebaut werden.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für ALG II-Empfängerinnen dauerhaft gesichert wird.
 - Wir haben in der vergangenen Wahlperiode dafür gesorgt, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle des Gesundheitsamtes als dauerhafte Einrichtung des Gesundheitsamtes verstetigt wird. Wir setzen uns dafür ein, dieses Angebot sozialraumbezogen auszubauen.

Gesundheitsbildung

- Die Angebote zur Ernährungsberatung für Familien müssen beibehalten bzw. kultursensibel (ASF) für verschiedene Zielgruppen wie Seniorinnen und Senioren ausgebaut werden
- Die sexualpädagogischer Betreuung von Jugendlichen ist gerade auch im Hinblick auf die notwendige Prävention bei sexuell übertragbaren Krankheiten ein wichtiges Thema, das weiterverfolgt und ausgebaut werden muss.
- Das Kölner Bündnis für gesunde Lebenswelten, das beispielhaft die Themen Ernährung und Bewegung über Gesundheitsteams in Schulen etabliert hat, wird bei der erforderlichen Weiterverbreitung und der kontinuierlich erforderlichen Schulung neuer Teams unterstützt. Diese Form der Gesundheitsförderung im Setting Schule dient zudem der Bildungsgerechtigkeit, sozialen Teilhabe und Integration der Kinder und Jugendlichen in Köln.

Unterstützung bei Krankheit und im Alter

- Wir haben mit unserer Mehrheit im Rat beschlossen, das vorbildliche Projekt Mobiler Medizinischer Dienst des Gesundheitsamtes, das eine niedrigschwellige Vor-Ort-Versorgung von obdachlosen Menschen bietet, in ein unbefristetes Regelangebot umzuwandeln.
- Der demographische Wandel erfordert auch neue Ansätze bei zielgruppenspezifischen Angeboten. Hier sind insbesondere spezielle Angebote zur Gesundheit im Alter zu nennen, die beibehalten bzw. ausgebaut werden müssen.
- Für die erste Generation der „Gastarbeiter*innen“, werden wir die ambulanten und stationären Pflegedienste bedarfsgerecht und kultursensibel ausbauen.
- Die Angebote für die Tagespflege und aktivierende Betreuung von altersdementen Menschen in Köln müssen ausgebaut werden, damit die Betroffenen menschenwürdig im vertrauten Umfeld leben können und die oft völlig überlasteten Angehörigen entlastet werden.
- Eine Grundversorgung aller in Köln lebenden Menschen muss sichergestellt sein. Aufgrund des hohen Anteils an Zuwanderung und der damit verbundenen Problematik der nicht oder nicht ausreichenden Krankenversicherung ist es notwendig, ein Angebot der medizinischen Grundversorgung für nicht krankenversicherte Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf- bzw. auszubauen.
- Erhalt und Ausbau der Sozialpsychiatrischen Zentren vor allem im Bereich der psychisch kranken Menschen bis zum 27. Lebensjahr
- Ausbau der Arbeit zur Bekämpfung der Alkoholsucht durch Etablierung eines niedrigschwelligen Angebotes für chronisch alkoholranke Menschen in Köln
- Anpassung und Weiterentwicklung des Drogenhilfesystems in Köln auf die sich verändernden Suchtmittel und Formen des Drogengebrauchs
- Dauerhafte Sicherung eines umfassenden Angebotes für Kinder psychisch kranker Eltern, bestehend aus einer Beratungsstelle, die Hilfen koordiniert und einem Patenprojekt, in dem Menschen freiwillig die zeitweise Betreuung von Kindern psychisch kranker Eltern übernehmen
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kliniken der Stadt Köln gGmbH weiterhin im Besitz der Stadt

Köln bleiben, da sie ein wichtiger Eckpfeiler der Daseinsvorsorge in Köln sind. Aus diesem Grund kommt eine Privatisierung der Kliniken nicht in Betracht.

Kunst und Kultur prägen unserer Stadt

Die Förderung von Kunst und Kultur ist ein hohes Gut. Sie ist nicht nur ein Verfassungsauftrag, Kunst und Kultur bereichern unser Stadtleben, geben Impulse für gesellschaftliche Entwicklungen und den gesellschaftlichen Wandel, unterstützen auf ihre Art den sozialen Zusammenhalt und prägen das Bild unserer Stadt als eine aufgeschlossene, weltoffene und tolerantes Metropole. Kultur ist für uns Teil der sozialen Daseinsvorsorge. Keine Stadt in Nordrhein-Westfalen kann auf eine so vielfältige kulturelle Infrastruktur verweisen. Das verdanken wir den Angeboten der freien Szene, dem städtischen Theater, der Oper, den Museen, dem Gürzenichorchester, der Philharmonie, aber auch den zahlreichen engagierten Kulturschaffenden, den privaten Kulturförderern und vor allen den Künstlerinnen und Künstlern. Sie alle wirken mit am Image der Kulturstadt Köln. Das macht uns stolz, denn wir haben vieles dazu beigetragen und die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur verbessert. Wir werden unsere Ziele in der Förderung von Kunst und Kultur konsequent weiterverfolgen.

Das sind unsere kulturellen Stärken:

Köln ist eine Stadt mit langer Geschichte.

Schutz und Pflege unserer kulturellen Wurzeln sind unverzichtbar. Unser überliefertes Wissen, unsere Sprache und Tradition (auch Kölsch als unsere regionale Sprache), die Musikvielfalt, unsere Theaterformen, das Bild der Stadt und unsere Baukultur müssen gesichert werden. Nach dem Einsturz des Historischen Archivs sind wichtige Beschlüsse gefasst worden. Die KölnSPD setzt sich für die zügige Umsetzung eines Neubaus gemeinsam mit dem Rheinischen Bildarchiv ein, der allen Anforderungen einer modernen Archiv- und Informationseinrichtung Genüge tun wird.

Kunststadt Köln - Infrastruktur erhalten und stärken

Köln besitzt zahlreiche Kulturbauten und Museen, die - auch dank nicht nachlassenden Bürgerengagements - unser kulturelles Erbe und unterschiedlichste Kunstschatze bewahren und präsentieren. Die Häuser werden kontinuierlich aus- und umgebaut und modernisiert – eine nicht endende Aufgabe, der wir uns im Rahmen eines verbindlichen Sanierungsprogramms für die Kulturbauten in Köln weiter stellen werden. Größere Aufgaben sind die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums, die Erneuerung des Stadtmuseums und notwendige Teilsanierungen, z.B. am Museum für Angewandte Kunst Köln, die wir realisieren werden. Zugleich steht die strategische Weiterentwicklung der Museen in Köln an, die starke und wichtige Partner in der Kulturstadt Köln sind.

Das neue Opernquartier

Auch die städtebauliche Lösung für das Opernquartier mit großen Anteilen des denkmalgeschützten Bestandes und attraktiven Ergänzungen überzeugt. Hier wird Köln einen weiteren Kulturmittelpunkt mit Oper, Kinderoper und Schauspiel erhalten. Der Tanz soll auch in Zukunft mit einem eigenen, künstlerisch profilierten Gastspielprogramm an den Bühnen präsent sein.

Der Neustart am Offenbachplatz soll ein Fest für alle Bürger/innen werden. Wichtig ist uns, dass die Bühnen mit einem qualitätsvollen Programm die Kölner Bürgern/innen von ihrem Angebot überzeugen und sich als offene Häuser präsentieren, die auch anderen Kulturträgern Präsentationsmöglichkeiten bieten.

Dazu gehört auch, dass die städtischen Bühnen, Oper, Schauspiel und Tanz, ebenso wie das Gürzenichorchester u.a. ihre erfolgreichen Angebote vor Ort fortsetzen und ihre Bemühungen verstärken, Kulturprogramme in den Stadtteilen anzubieten und auch neue lebendige Veranstaltungsformen zu entwickeln. Wir werden die personellen und finanziellen Spielräume der Bezirke nutzen, um den Ausbau stadtteilbezogener Kulturangebote und Einrichtungen fortzusetzen.

Archäologische Zone/Jüdisches Museum.

Wir werden die Ausgestaltung der Archäologischen Zone / Jüdisches Museum, die gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland realisieren. Dieses Museum mitten im Herzen der Stadt wird eine einmalige Zeitreise in die zweitausendjährige Geschichte Kölns mit Denkmälern römischen und jüdischen Lebens ermöglichen. Das Besondere ist, dass der Ort selbst historisch ist und noch nach 2000 Jahren ein aufregendes und vielgestaltiges Zeugnis dieser Geschichte ablegt, die mit dem Museum ans Lichte geholt wird. Besonders wichtig ist dabei uns der Dialog mit der Stadtgesellschaft, denn er schafft ein sensibles Bewusstsein im Umgang mit unserer Geschichte aber auch mit neuen Herausforderungen die daraus erwachsen.

Musikstadt Köln

Mit der Philharmonie, der Oper, dem Gürzenichorchester, den Instituten und Hochschulen, dem in der aktuellen Ratsperiode neu gegründeten Zentrum für Alte Musik (Zamus), dem Netzwerk ON-Neue Musik, der Vielzahl an Ensembles und Künstlern sowie den zahlreichen Clubs und Veranstaltungsräumen für die unterschiedlichsten Musikstile ist Köln eine der bedeutenden Musikstädte Europas. Wir werden Köln als Festivalort weiter nach vorne bringen und in der Musik Kräfte bündeln sowie Schwerpunkte setzen. Hier gilt es, den Standort weiter zu entwickeln, Kräfte zu bündeln und Schwerpunkte, wie z.B. das Festival „Acht Brücken. Musik für Köln“ oder das Co-Pop-Festival zu profilieren. Dieser Diskurs muss in einem transparenten Prozess unter gleichberechtigter Beteiligung aller Akteure geführt werden, um gemeinsame Ziele aufzuzeigen. Dazu gehört auch die Hochschule für Musik und Tanz, die viele Impulse für die Kölner Musikszene gibt. Hier wollen wir die Zusammenarbeit verstärken.

Kulturen der Welt - Akademie der Künste der Welt.

Der aufmerksame und offene Umgang mit Kunst fördert Toleranz und Akzeptanz, Vielfalt und Integration. Daher war für die KölnSPD der Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museum – Kulturen der Welt ein zentraler Baustein in der Kulturpolitik der letzten Ratsperiode. Auch die maßgeblich von der SPD initiierte und realisierte Akademie der Künste der Welt hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Köln ist eine vitale Stadt, die sich mit dieser Akademie als gastfreundliche und neugierige Stadt präsentiert, die an den vielfältigen Kunstströmungen insbesondere auch aus nicht-europäischen Kulturen interessiert ist und den Dialog sucht. Mit der Profilierung als Künstlerakademie – auch durch eine größere Nähe zu den Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt - wird sie zur internationalen Bedeutung Kölns als Kulturstadt einen wichtigen Beitrag leisten.

Kulturszene Köln

Köln ist eine attraktive Stadt und hier leben zahlreiche Künstlerinnen und Künstler aller Sparten. Dazu tragen nicht nur die Lebensqualität in Köln und das immer offene und neugierige Kunstpublikum bei, sondern viele Akteure, die sich engagieren und Verantwortung übernehmen.

Uns ist wichtig, die dringend anstehende Bearbeitung des Kulturentwicklungsplans voranzutreiben und dabei Prioritäten setzen. Mit dem Kulturentwicklungsplan verfolgen wir vor allem drei Ziele: Qualität sichern, strategische Perspektiven eröffnen und die Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ausbauen. Regelmäßige Kulturberichte tragen ihren Teil dazu bei, die

Situation der Institutionen und der Freien Szene gleichberechtigt darzustellen. Auf diese Weise wird die kulturelle Strahlkraft Kölns erhöht, eine strategische Planung und entsprechendes Controlling ermöglicht.

Wichtig ist uns auch die Medienkunst. Hier wollen wir ein Gesamtkonzept Medien mit neuen medialen Kunstformen (z.B. Games) entwickeln. Mit den Themen Fotografie, Popkultur sowie mit den Bereichen Design und Baukultur werden wir uns ebenfalls intensiver beschäftigen. Gefördert werden soll die Vernetzung und Entwicklung bestehender Institutionen, Initiativen, Projekte und Festivals, um zielgerichtet das vorhandene Potenzial zur Geltung zu bringen.

Stadtbibliothek

Die Stadtbibliothek als eine wichtige Institution der Kultur und Information, der Bildung und Medienerziehung ist von zentraler Bedeutung für die KölnSPD. Hier werden vor allem auch junge Menschen erreicht. Angebote und Öffnungszeiten auch in den dezentralen Zweigstellen sind erweitert worden. Dieses, von den Kölnern/innen intensiv genutzte Angebot gilt es sicherzustellen und weiter zu qualifizieren. Denn gerade, weil Bildung eine „Schlüsselressource,, ist, ist auch der Ort der Stadtbibliothek ein Ort der Bildung und der Förderung.

Kultur für Alle ...

... ist eine der Grundforderungen sozialdemokratischer Kulturpolitik und meint die Teilhabemöglichkeit sowohl der künstlerischen Akteure wie auch der Konsumenten – unabhängig von sozialem Status und finanzieller Lage. Kultur für alle ist auch eine notwendige Forderung einer demokratischen Stadtgesellschaft. Kultureller und sozialer Ausgrenzung soll durch die Öffnung der vorhandenen Angebote entgegengewirkt werden. Zahlreiche unterschiedliche Milieus prägen unser Stadtleben, aber nicht alle haben Zugang zu den Einrichtungen der Kunst und Kultur.

Wir wollen möglichst vielen Menschen in Köln die Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt ermöglichen und dazu mit den Kultureinrichtungen gemeinsam Strategien entwickeln. Mit dem KölnTag der Kölner Museen mit freiem Eintritt, der auf Antrag der SPD-Fraktion eingeführt wurde, ist ein wichtiger Schritt gemacht worden. Wir wollen prüfen, ob und wie freie oder kostengünstigere Eintrittsmöglichkeiten ausgeweitet werden können. Auch das Konzept der Öffnungszeiten unserer Museen muss hinsichtlich einer flexiblen Gestaltung überprüft und weiterentwickelt werden. Wir unterstützen die Ausweitung aller Angebote, die zum Ziel haben, neues Publikum anzusprechen und Kultur zu öffnen, wie z.B. der Tag des offenen Denkmals, die offenen Ateliers, die Lunchkonzerte in der Philharmonie und die verschiedenen Kultur Nächte. Wir richten unser Augenmerk auch besonders auf Kinder und Jugendliche. Ausbau und Unterbringung der Rheinischen Musikschule haben für uns große Bedeutung. Die Rheinische Musikschule benötigt ein den Anforderungen angemessenes Domizil.

Kunst und Kultur müssen zu den Menschen gehen

Wir werden uns einsetzen für eine verstärkte und neustrukturierte kulturelle Arbeit in den einzelnen Stadtbezirken.

Im Veedel gibt es insbesondere durch die lebendige freie Kulturszene vielfältige Kulturinitiativen, die wir intensivieren möchten. Sie sind kreativer und kommunikativer Kontrapunkt zur oft einseitigen und einsamen Unterhaltungs-Berieselung. Es gilt verstärkt, die Kreativität der Menschen dort zu fördern und zur Entfaltung zu bringen. Dazu zählen vor allem folgende Schritte:

-
- Um die Kulturarbeit in den Bezirken zu fördern, sollten bezirksspezifische Übersichten (online präsentierte Kulturatlanten) erstellt werden. Hierin finden Publikum und Kulturschaffende aktuelle Basisinformationen über Künstler, Kulturvereine, Veranstaltungsorte etc.
 - In der Vernetzung professioneller, semiprofessioneller und Laienkultur könnte ein System von Künstler-Patenschaften für verschiedene Projekte in Stadtbezirke aufgebaut werden.
 - Die erfolgreichen und für jeden zugängliche Programmangebote im Rahmen der Festivals, wie z.B. des Festivals „Sommer Köln“ könnte in die Stadtbezirke erweitert werden.

Veedelskultur

Für uns findet Kultur überall dort statt, wo Menschen in kreativer Entfaltung Musizieren, Theater spielen, Bilder oder Fotos entstehen lassen oder auf andere Weise einen Beitrag zum kulturellen Leben leisten. Da dies in hohem Maße auch in den Stadtbezirken und Stadtteilen geleistet wird, wollen wir insbesondere auch diese "Veedelskultur" unterstützen und wertschätzen.

Kunst im öffentlichen Raum

In Köln gibt es unzählige Kunstwerke, die im öffentlichen Raum – auf Plätzen, an Häusern oder in Grünanlagen - aufgestellt sind. Leider bleiben sie häufig unbeachtet oder unerkant oder sind gar nicht mehr bekannt. Diese, über das gesamte Stadtgebiet verteilten Skulpturen, Denkmäler u.ä. stammen z.T. von namhaften Künstlern und verdienen mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Wir wollen geeignete Konzepte(z.B. Übernahme von Patenschaften) entwickeln, um diese Kunstwerke zu sichern und sie sichtbar und erkennbar zu machen. Die Kunstschatze sollen den Kölnerinnen und Kölnern wieder stärker ins Bewusstsein rücken.

Köln: Stadt der kulturellen Vielfalt

Der lebendige kulturelle Austausch zwischen verschiedenen Kulturen in den Veedeln fördert soziale Integration, Toleranz und das Verständnis füreinander. Kulturelle Vielfalt im Veedel würdigt zugleich die jeweilige „Heimatkultur“ und schafft Identität und Identifikation.

Dieser Vielfalt möchten wir Orte und Gelegenheiten bieten, um kreative Ideen und Begabungen auszutauschen. Dazu zählen beispielsweise die in den Stadtbezirken vorhandenen Bürgerzentren und geeignete Säle für größere Kultur-Veranstaltungen. Dort wo Begegnungsstätten oder ihre Nutzungsmöglichkeiten fehlen, muss mit Netzwerken und entsprechender Koordination nach Lösungen gesucht werden. Einen besonderen Schwerpunkt setzt die Kölner SPD auf den kostengünstigen Zugang zu Literatur auf kurzen Wegen. Wir wollen das engmaschige Netz aus Stadtteilbibliotheken und Bücherbussen sowie Bücherbörsen, Bücherräumen und Bücherschränken im öffentlichen Raum ausbauen.

Kulturelle Bildung ist für uns der Nährboden für ein gelingendes Aufwachsen

Jeden Menschen kann man für Kunst und Kultur begeistern, man muss nur motivieren und anregen, oft auch hingehen und im unmittelbaren Lebensumfeld handeln. Das gilt für alle Sparten. Für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist dies von besonderer Bedeutung. In diesem Kontext bereichert die kulturelle Bildung ungemein und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein – eine wichtige Kompetenz, um an der gesellschaftlichen Entwicklung aktiv teilzunehmen. Die Erfahrung zeigt, dass die Träger und die Einrichtungen mit viel Engagement und Kompetenz die Angebote der kulturellen Bildung gestalten und eine Vielzahl junger Menschen erreichen. Darauf wollen wir aufbauen und die kulturelle Bildung zu einem Markenzeichen unserer Stadt weiterentwickeln. Dazu zählt auch ein neuer Ort für die Rheinische Musikschule.

Unsere Ziele sind,

- die Stärken der Kinder erkennen und ihnen die Möglichkeit geben, diese auch umsetzen zu

-
- können;
 - ihre Neugierde fördern und vielfältige Gelegenheiten schaffen zu experimentieren und sich kreativ mit Kunst auseinanderzusetzen;
 - mehr Teilhabe sichern durch mehr Interkulturalität und Inklusion.

Kulturelle Bildung muss aber auch Erwachsene und ältere Menschen erreichen. Literaturkreise, Theater- und Konzertbesuche sind dabei ebenso wichtig wie das Gespräch, das Aneignen von kulturellem Wissen und das eigene kreative Tun. Besucherdienste und Akteure der Vermittlung sind für den Zugang zu Kunst und Kultur besonders wichtig.

Junge Künstlerinnen und Künstler stärken

Köln, die Kinder- und Jugendkulturstadt Nr.1 in NRW, ist unser ehrgeiziges Ziel. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Die Vielzahl an Angeboten der klassischen Kultureinrichtungen, die Jugendkunstschulen, die jugendliche Musikszene, die vielfältigen Musik-, Tanz- und Theateraktivitäten der Schulen, das Kinder- und Jugendtheater uvm. sind aus Köln nicht wegzudenken.

Gerade junge Künstler sind experimentierfreudig; „New Talents“ sollen sich entfalten können. Daher ist die Nachwuchsförderung in allen Kulturbereichen für uns ein wichtiges Stichwort. Wichtig sind uns auch die neuen Kulturen in der Jugendszene. Wir werden einen Fokus auf die Stärkung der Jugendkultur legen (z.B. Musikproberäume, Clubkultur). Dabei sollen auch neue Formen der öffentlichen und privaten Zusammenarbeit entwickelt werden.

Kultur braucht Räume

Die Gestaltung der Stadt der Zukunft lebt auch von kulturellen Räumen. Neue Räume zu entdecken und sie kreativ zu nutzen, stärkt das Lebensgefühl und erhöht die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit unserer Stadt. Solche Räume werden zunehmend wichtig. Denn für Tanz, Theatergruppen und aktuelle Musik fehlt es an dringend benötigten Produktions- und Aufführungsräumen. Es darf nicht dabei bleiben, dass bedeutende Produktionen Kölner Choreografinnen und Choreografen mangels Aufführungsmöglichkeiten nur an anderen Orten gezeigt werden können. Von zentraler Bedeutung ist es daher, Produktions- und Präsentationsräume für die freie Kulturszene zu erhalten und z.B. Perspektiven für einen Produktionsort für die darstellenden Künste auszuloten.

Auch wird sich die KölnSPD weiter dafür einsetzen, im Rahmen von Stadtentwicklungsvorhaben Räume für künstlerische Nutzungen einzuplanen. Hierzu gehört auch die Veranstaltungskultur mit ihren besonderen Formen der Liveveranstaltungen und einer urbanen Kulturszene in den Stadtteilen. Dazu gibt es zahlreiche Beispiele. Wichtig sind uns Orte der Szenekultur, Musikclubs, freie Theater und kulturelle Spielstätten mit einem profilierten Kulturprogramm, aber auch die Ermöglichung andersartiger Projekte und die Künstlergemeinschaften. Sie sind Zeichen eines lebendigen und toleranten Kölns und Anziehungspunkt weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wir werden diesem Teil der Kultur in dieser Stadt eine größere Aufmerksamkeit widmen. Unser Ziel ist es, das Zusammenspiel der hiermit befassten städtischen Verwaltungsbereiche zu verbessern. Das niederländische Modell des Nachbürgermeisters kann auch für uns hilfreich sein.

Kunst und Kultur werden wir fördern und in ihrer Weiterentwicklung unterstützen

Auch in einer Zeit, in der die finanziellen Ressourcen knapp sind. Gutes Theater, gute Oper, gute Musik und gute Museen – gute Kultur - brauchen Planungssicherheit, Verlässlichkeit und Kontinuität. Das wollen wir ermöglichen. Unser Ziel ist, die Kulturförderung für die kommenden

Jahre fit zu machen, damit sie eine stabile und verlässliche Basis für die Kulturinstitutionen und Kunstschaaffenden bleibt. Dazu gehören auch neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Finanzierungsstruktur und Stärkung der Eigenständigkeit der städtischen Einrichtungen. Sie brauchen Spielräume, damit sie neue Modelle und eine neue Beweglichkeit in der Akquise und Verwendung der Mittel erreichen können. Deutlich soll werden, dass sich weitsichtiges und solides Haushalten lohnt. Denn mehr Freiräume schaffen auch neue Motivation.

Planungssicherheit und Kontinuität braucht auch die freie Szene, die mit professionellem Engagement und hoher Qualität die Kultur in Köln sehr bereichert. In den letzten Jahren wurde die Förderung für die Freie Szene deutlich erhöht. Jetzt kommt es darauf an, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung alle Möglichkeiten für mehr Planungssicherheit zu nutzen.

Kunst und Kultur werden aber auch von der Zivilgesellschaft unterstützt. Wir sind allen Förderern der Kunst und Kultur sehr dankbar für ihr Engagement. Ohne Sponsoring könnte der Kulturbetrieb kaum gelingen. Ohne ihre Mitwirkung und Förderung wäre Köln nicht das, was es in der Kultur ist. Das gilt nicht nur für das finanzielle Engagement sondern auch für das ehrenamtliche Mitwirken. Hier sind Potenziale, die die Kultur nach vorne bringen und eine wichtige Basis für die Kulturförderung ist.

Grundsätzlich müssen wir alle Finanzierungsmöglichkeiten für die Kultur ausschöpfen und:

- alle verfügbaren Mittel bündeln und optimal einsetzen,
- neue Möglichkeiten für eine längerfristige Planung entwickeln, ergänzt durch einen Kulturförderplan,
- einen Pakt der Kölner Landespolitiker für die Unterstützung der Kulturfinanzierung durch das Land NRW schließen,
- das neue Kulturfördergesetz des Landes nutzen,
- noch mehr Bundes-, EU- und Stiftungsmittel einwerben,
- den Umgang von Stadtverwaltung mit Förderern, Mäzenen und Stiftern weiter verbessern,
- an der Kulturförderabgabe festhalten, die wichtige Spielräume bei der Finanzierung zeitlich begrenzter, innovativer oder sonstiger Maßnahmen ermöglicht.

Kunst und Kultur müssen mit den Beteiligten gestaltet werden

Die Kraft der Kultur ist auch der Dialog, der Austausch von Gedanken und Ideen der Engagierten in der Stadtgesellschaft. Für uns gehört das zu einer aktiven Teilhabe aller. Erst dies macht Kultur zu einem wichtigen Element der Stadtgestaltung. Gerade weil Köln eine wachsende Stadt ist, brauchen wir die Beteiligung vieler Menschen. Dazu gehört auch die Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund, die die Kultur in Köln bereichern. Diesen Dialog auszubauen und ein konstruktives Klima zu schaffen, ist unser Ziel. Wir werden daher eine regelmäßige Veranstaltungsreihe „Kultur vor Ort“ einführen und die Kulturschaaffenden und Künstlerinnen und Künstlern einbeziehen. Eine solche Dialogkultur ist das „A“ und „O“ in der Stadtgesellschaft der Zukunft. Die werden wir fördern und ausbauen.

Strahlkraft von Kunst und Kultur nach außen verbessern

Als viertgrößte Stadt der Republik und größte Stadt Nordrhein-Westfalens ist Köln nicht nur Heimat für mehr als eine Millionen Menschen, sie ist auch Treff- und Anziehungspunkt für unzählige Gäste aus dem In- und Ausland.

"Köln als Kunst- und Kulturmetropole positionieren" erfordert eine professionelle Darstellung der Stadt. Das wird unser Ziel sein. Denn die Attraktivität von Köln, die Bedeutung von Kunst und

Kultur als Standortfaktor dürfen wir nicht unterschätzen. Dabei beziehen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft ebenso mit ein, wie die Wissenschaft, denn auch die Kölner Hochschulen sind ein wichtiges Fundament für unsere Stadt. Deshalb werden wir das Kulturmarketing qualifizieren und verbessern.

Hochschulen als Kulturpartner nutzen

Köln verfügt mit der Hochschule für Musik und Tanz, mit der Kunst- und Medienshochschule, der Internationalen Filmschule und der Sporthochschule für den Bereich des Tanzes über vier renommierte Hochschulen in der Kunst und Kultur, die auch international über ein hohes Ansehen verfügen und begabte Nachwuchskünstler aus dem In- und Ausland anziehen. Mit ihren Konzert- und Medienveranstaltungen bereichern sie das Kulturleben der Stadt. Die Philosophische Fakultät der Universität gehört zu den größten und bedeutendsten geisteswissenschaftlichen Fakultäten im deutschsprachigen Raum, die auch dem Geistesleben der Stadt wichtige Impulse verleihen. Die Fachhochschule hat sich insbesondere mit ihrem Fachbereich Restaurierung als wichtiger Partner für die Stadt erwiesen. Die Potentiale der Hochschulen und die mit ihnen verbundenen Chancen für die kulturelle Entwicklung der Stadt sollen verstärkt wahrgenommen und genutzt werden. Die sich anbahnende Kooperation zwischen der Universität und der Kunst- und Museumsbibliothek wird ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Freizeit in Köln – bunt, attraktiv, unterstützenswert

Veranstaltungs- und Subkultur in Köln – am Puls einer lebendigen Großstadt

Als viertgrößte Stadt der Republik und größte Stadt Nordrhein-Westfalens ist Köln nicht nur Heimat für mehr als eine Millionen Menschen, sie ist auch Treff- und Anziehungspunkt für unzählige Gäste aus dem In- und Ausland. Als urbanes Zentrum steht Köln dabei für Offenheit, Toleranz und eine hohe Wandelbarkeit. Für die Politik bedeutet dies, dass sie sich immer wieder neben den Interessen der Kölnerinnen und Kölner auch den Aufgaben und Anforderungen einer wachsenden Metropole stellen muss.

Dies wird insbesondere im Bereich der Veranstaltungs- und freien Subkultur sehr deutlich. Insbesondere in den zentrumsnahen Stadtteilen, aber auch darüber hinaus, existiert ein dauerhaftes Spannungsfeld zwischen den Anwohnerinnen und Anwohnern und den Veranstaltern bzw. Kulturschaffenden. Angefangen von den Kneipenwirten über die kleineren Tanzlokale und der erfreulicherweise bunten Clubszene der Stadt bis hin zu andersartigen Projekten der Subkultur oder den Künstlerkolonien bilden diese Szenen ein Aushängeschild Kölns weit über die Stadtgrenzen hinaus und gehört für die KölnSPD zur Kölner Kultur.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Veranstaltungskultur als freie Szene kulturpolitisch anerkannt und behandelt wird. Wir wollen eine/n Nachtbürgermeister/in einführen, der/die als Ansprechpartner/in für die Belange der Veranstalter und Kulturschaffenden deren Interessen und Anliegen angemessen aufnehmen kann. Diese Querschnittsfunktion garantiert den kontinuierlichen Dialog zwischen Politik und Verwaltung mit der Kneipen- und Clubszene Kölns um frühzeitig Anliegen, Konflikte und Probleme moderieren und in die Debatte einbringen zu können.

Als Ergänzung des kulturellen Freizeitangebots würde die KölnSPD die Entwicklung eines Lichtspieltheaters an geeigneter Stelle im Rechtsrheinischen begrüßen.

Lebenslanges Lernen zur Qualifizierung und Lebensgestaltung

In einer Gesellschaft, die sich ständig schneller weiterentwickelt, ist das lebenslange Lernen unverzichtbar, um erfolgreich am politischen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben und dieses mitzugestalten. Aber auch Entspannung, kreative Anregung, gesundheitsfördernde Angebote werden gebraucht und von tausenden Kölnerinnen und Kölnern nachgefragt.

In Köln gibt es dazu eine ausdifferenzierte Weiterbildungslandschaft mit vielen unterschiedlichen Anbietern und einer breiten Angebotspalette, die sich in kommunal unterstützten Netzwerken organisieren und ihr Angebot u.a. beim jährlich stattfindenden Lernfest präsentieren. Zudem ist die Kölner Bildungslandschaft auf der Internetplattform bildung.koeln.de in ihrer Gesamtheit dargestellt und ermöglicht damit einen Überblick und eine gezielte Information für die Menschen in unserer Stadt und weit darüber hinaus. Die KölnSPD unterstützt ausdrücklich diese Aktivitäten und deren kommunale Unterstützung.

Das Amt für Weiterbildung bzw. die Volkshochschule Köln leisten durch ihre Weiterbildungsberatung, durch ihr breites, fachlich differenziertes und wohnortnahes Angebot wie auch bei der Vernetzung einen wichtigen Beitrag. Dies zu sichern und auszubauen ist Anliegen der KölnSPD. Daher ist es der KölnSPD ein wichtiges Anliegen, die Zukunftsfähigkeit der VHS zu sichern, die sich auch im Weiterbildungsmarkt behaupten muss. Hier sind neue Herausforderungen durch die Entwicklung des Internets und der Sozialen Netzwerke zu meistern. Dabei ist es wichtig, wirksame Konzepte zur Überwindung des „digitalen Grabens“ zu entwickeln und eine Teilhabe aller zu ermöglichen. Die KölnSPD begrüßt daher entsprechende Modernisierungsaktivitäten der Volkshochschule auf dem Gebiet der Programmentwicklung und der Weiterentwicklung internetbasierter Kommunikations- und Marketinginstrumente.

Auf dem Weg zur Internetstadt

Das Internet gewinnt im Alltag auch abseits der Arbeitsstelle und des häuslichen Umfelds zunehmend an Bedeutung. Wir sprechen uns daher für die mittelfristige Einführung eines öffentlich zugänglichen, kostenlosen WLAN-Angebots aus, welches einen zusätzlichen Anreiz zum Verweilen in der Innenstadt bzw. auf öffentlichen Flächen bieten würde. Ein solches Angebot käme sowohl Touristen zur Orientierung als auch z.B. Freiberuflern ohne festen Arbeitsplatz zugute.

Der mit dem Konzept zur Entwicklung Köln zur Internetstadt eingeschlagene Weg muss daher konsequent weiter gegangen, weiter entwickelt und weiter gedacht werden. Bei Projekten der Stadtentwicklung oder der Infrastrukturentwicklung soll das Thema „Neue und Smarte Technologien“ stets mit geprüft bzw. zu berücksichtigt werden, z.B. bei der Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete, bei der Stadtentwicklungsplanung, bei der Visualisierung von Bauvorhaben, bei der Realisierung neuer Park- und Mobilitätskonzepte, bei der zukünftigen Stadtmöblierung, etc.. Dazu gehört auch die flächendeckende Möglichkeit breitbandiger Zugänge zum Internet.

.

.

KölnSPD steht für nachhaltige Finanzpolitik mit Augenmaß

Die KölnSPD setzt sich weiterhin für einen ausgewogenen Konsolidierungskurs ein

Diesen Kurs haben wir bereits in dem für 2013/2014 beschlossenen Haushalt festgeschrieben und damit drei wesentliche Ziele verfolgt; die auch weiterhin zu den Kernforderungen unserer Finanzpolitik zählen: **Wir wollen sozial gerecht sparen, trotzdem in Zukunftsfähigkeit investieren und dabei die Neuverschuldung schrittweise senken.**

Unter diesem Leitsatz werden wir auch zukünftig alle wichtigen Kernthemen sozialdemokratischer Programmatik in konkrete Stadtpolitik umsetzen. Dabei gehören Angebote für Bildung und Betreuung, der Erhalt der Infrastruktur, Integration und die soziale Balance zu unseren sozialdemokratischen Schwerpunktbereichen. Dabei sind die Anforderungen an die städtische Haushaltspolitik gewachsen. Einnahmen und Ausgaben müssen zielgenau darauf ausgerichtet werden, politische Vorgaben effizient und bedarfsgerecht umzusetzen. Vorhandene Ansätze eines wirkungsorientierten Haushalts sollen gestärkt und ausgebaut werden. Elemente des international praktizierten gender budgeting sind zu berücksichtigen. Über eine nachhaltige mittel- und langfristige Finanzplanung werden wir den dazu notwendigen finanziellen Rahmen schaffen. Dies gilt insbesondere bei der Steuerung städtischer Investitionsvorhaben. Hier fordern wir ein enges Baukostencontrolling. Daneben werden wir uns dafür einsetzen, dass bei allen Förderprojekten weitreichende Transparenz geschaffen wird. Städtische Zuschüsse werden zukünftig an Leistungsvereinbarungen sowie an ein nachvollziehbares Controllingverfahren gebunden. Ein entsprechendes Berichtswesen dokumentiert Kosten und Qualität der Verwaltungsleistungen und macht transparent, inwieweit politische Zielvorgaben erreicht worden sind.

Die KölnSPD wird auch zukünftig alles daran setzen, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden um die kommunale Handlungsfähigkeit und gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen in dieser Stadt zu sichern.

Gegenüber dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf konnten wir mit unseren Anträgen zum Doppelhaushalt 2013/2014 Verbesserungen von insgesamt rd. 32 Millionen € erreichen.

Wie bereits in der Vergangenheit erfolgreich bewiesen, hat sich die Arbeit in den Fachausschüssen des Rates und die Haushaltspolitik der SPD-Fraktion zu einem zuverlässigen Gradmesser für die durchsetzungsfähige politische Gestaltungskraft in Köln entwickelt. Sozialdemokratische Stadtpolitik garantiert das sichere und zuverlässige Funktionieren der Millionenstadt Köln in Verbindung mit sozialer, familienfreundlicher Schwerpunktsetzung.

Zukunftsfähigkeit der Stadt und Daseinsvorsorge sichern

Die »strukturelle Konsolidierung der Haushalte« sowie Impulse für eine zukunftssichernde soziale, ökologische und wirtschaftsfördernde Politik gehören für die KölnSPD unverzichtbar zusammen.

Wir sparen konsequent, wo es richtig und verantwortbar ist, aber wir vergessen bei unserem Sparwillen auch nicht, dass wir als Kommune Verantwortung für die Menschen vor Ort haben. Köln ist eine wachsende Stadt. Unsere Entscheidungen werden wir deshalb an der Sicherung der Zukunftsfähigkeit Kölns ausrichten. Noch nie wurden in der Vergangenheit so viele Haushaltsmittel für Jugend, Schule und Soziales bereitgestellt wie in dem Haushalt 2013/2014. So werden zum Schuljahr 2014/2015 die Plätze im offenen Ganztagsunterricht weiter ausgebaut. Nach der schrittweisen Erhöhung der Plätze in den vergangenen Jahren liegt die

Versorgungsquote schon derzeit bei fast 70 % aller Schülerinnen und Schüler im Grundschulbereich. Im Land NRW eine Spitzenquote. Gleichwohl haben wir trotz schwieriger Finanzlage das für uns Sozialdemokraten wichtige politische Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht vernachlässigt und bei den Platzzahlen 2014 nochmals um 1500 Plätze aufgesetzt.

Wichtig ist für uns als Sozialdemokraten daneben, dass die soziale Balance, wie z.B. unsere Initiative KölnTag, die Bürgerzentren, die Stellen der Sozialraumkoordinatoren sowie die Zuschüsse für den Bereich der Integrationsarbeit und damit die Säulen der Integrationspolitik auch zukünftig erhalten bleiben.

Auch bei dem Erhalt der Infrastruktur hat die KölnSPD bereits in dem Doppelhaushalt mit dem Infrastrukturpaket „Mobilität“ einen Schwerpunkt gesetzt.

Damit sollen verstärkt Straßen, Radwege und Plätze saniert werden. Dennoch bleibt erheblicher Handlungsbedarf beim Bund, etwas gegen die chronische Unterfinanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur zu tun.

Wir brauchen Unterstützung von Bund und Land, um den Anforderungen der wachsenden Stadt Köln gerecht zu werden. Für den Bau von Schulgebäuden, für unsere Straßen oder Brücken. Hier fordern wir mehr Unterstützung des Bundes und die Auflage eines Infrastrukturprogramms West.

Wenn wir auf Dauer unsere Handlungsfreiheit erhalten wollen, müssen wir diesen Weg weiter gehen: Sozial gerecht sparen, ohne Strukturen zu zerschlagen. Dabei dürfen wir mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen, damit künftigen Generationen nicht immense Schulden aufgebürdet werden. Das ist angesichts steigender Einwohnerzahlen auch in den kommenden Jahren keine leichte Aufgabe. Denn eine Volkswirtschaft, die wächst, hat zwar wachsende Steuereinnahmen, allerdings auch wachsende Ausgaben. Dabei geht der Löwenanteil dieser Steigerung auf Ausgaben zurück, die nicht in der Entscheidungshoheit der Kommune liegen. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Bund wird es von daher darauf ankommen, dass Weichenstellungen vollzogen werden, die eine ernsthafte Basis für die weitere Handlungsfähigkeit der Kommune bietet. Denn bei den Sozialkosten handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nichts mit den Kommunen zu tun hat. Hier fordern wir eine stärkere Entlastung durch den Bund durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung.

Wir werden alle Kräfte bündeln, um die notwendige Konsolidierung zu erreichen, aber wir werden auch darauf achten, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt ihre Zukunftschancen nicht durch Kaputtsparen verbauen. Denn eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge ist unverzichtbar für gute Lebensbedingungen in Köln, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für gute dauerhafte Arbeitsplätze.

Deshalb werden wir uns weiterhin für den Wirtschaftsstandort Köln einsetzen und die Gewerbesteuer als unserer wichtigste Einnahmequelle stabil halten.

Uns ist bewusst, dass zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Kölns angesichts der sehr engen finanziellen Spielräume auf Wünschenswertes verzichtet werden muss, trotzdem will die KölnSPD die Aufgabe annehmen und den erfolgreichen Kurs weiter fortsetzen. Dabei werden wir mit Augenmaß und einem Gefühl für die Bedürfnisse der Menschen Prioritäten setzen. Das nachstehende Programm beschreibt die Felder und Zielsetzungen der KölnSPD. Angesichts der dramatischen Haushaltslage stehen allerdings alle vereinbarten politischen Initiativen und Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt.

Unsere Tochterunternehmen sichern die kommunale Selbstverwaltung und sind Garant kommunaler Daseinsvorsorge

Über die Ausschüttungen sichern unsere kommunalen Unternehmen einen wichtigen Teil der kommunalen Handlungsfreiheit. Der Stadtwerkekonzern alleine trägt im Jahr 2014 mit 70 Mio € erheblich zu den Verbesserungen des städtischen Haushaltes bei. Unsere Töchter sind wichtige Auftraggeber für die örtliche mittelständische Wirtschaft, schaffen und erhalten Arbeitsplätze und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens. Die Entwicklung und Expansion städtischer Unternehmen zu leistungsstarken regionalen Anbietern fördern die Wettbewerbsfähigkeit und garantieren dauerhaft den städtischen Einfluss auf die Aufgabenerfüllung. Der städtische Konzern, d.h. die Stadt und ihre Unternehmen sind Garant für eine hochwertige Daseinsvorsorge für alle Menschen.

Die SPD hat ihr Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge bereits in den laufenden Koalitionsvertrag festgeschrieben und daran halten wir auch weiterhin fest. Die stadtbeteiligten Unternehmen, deren strategische Ziele der Stadtrat vorgibt, sind das wirtschaftliche und finanzpolitische Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung. Auch zukünftig sind die städtischen Unternehmen für ein funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar. Deshalb bekennen wir uns auch weiterhin eindeutig zum Erhalt kommunaler Unternehmen als Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge. Wir werden weiterhin eine angemessene Kapitalausstattung der städtischen Unternehmen sicherstellen, damit diese auch in Zukunft handlungsfähig bleiben. Die KölnSPD ist sich dabei der besonderen gesellschaftlichen Verantwortung stadtnaher Unternehmen bewusst und setzt sich für eine ausreichende Kontrolle der Unternehmen und eine gewissenhafte fachorientiert Personalauswahl ein. Daneben wollen wir für unsere städtischen Zuschussunternehmen ein Anreizsystem etablieren, das wirtschaftliches erfolgreiches Handeln belohnt und somit zur Eigenverantwortlichkeit beiträgt.

Bei der Besetzung von Aufsichtsratspositionen setzen wir uns dafür ein, dass deutlich mehr Mandate mit Frauen besetzt werden. Bei dem Bekenntnis zu ihren Töchtern als Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge verliert die KölnSPD weder die Beschäftigten noch die sich immer schneller wandelnden Rahmenbedingungen sowohl im Konzern Stadt Köln als auch bei den städtischen Unternehmen aus dem Blick.

Wir fordern, dass Stadtverwaltung sowie die städtischen und stadtnahen Gesellschaften ihrer Vorbildfunktion als Arbeitgeber auch weiterhin gerecht werden. Ordentliche und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse sind aus Sicht der KölnSPD auch die Basis für eine hohe und gleichbleibende Qualität der Dienstleistungen, ein gesundes Arbeitsklima und langfristig für die Gesundheit am Arbeitsplatz. So bekennt sich die KölnSPD klar zum Tariftreue- und Vergabegesetz.

Eine wichtige Stütze unserer Politik ist das Personal der Stadtverwaltung. Hier unterstützt die KölnSPD sowohl Verwaltung als auch kommunale Unternehmen in ihrer Rolle als gerechte und vorbildliche Arbeitgeberin. Im Zuge der Herausforderungen des demographischen Wandels erwarten wir eine umfassende Konzeption mit entsprechenden Maßnahmen der Personalentwicklung und –gewinnung und fordern mehr Wertschätzung für die Beschäftigten.

Handlungsfähigkeit und Entlastung des städtischen Haushalts

Eine große Verbesserung ging auf das Konto der rotgrünen Landesregierung, die in diesem Jahr eine verfassungskonforme Umsetzung des VGH Urteils der Einheitslasten vorgenommen hat. Damit wurde endlich eine faire Neuverteilung der Mittel vorgenommen, die der schwierigen Finanzsituation in den Kommunen Rechnung trägt. Danach hat Köln aus der Abrechnung für das

Jahr 2012 rd. 20,8 Mio. € erhalten. In 2013 waren es sogar 42,8 Millionen € für Köln, die sich durch die Neuordnung der Abrechnung der Einheitslasten für die Jahre 2007 – 2011 ergeben haben. Der Verfassungsgerichtshof hatte einer Verfassungsbeschwerde unter anderem auch von Köln, gegen die alte schwarz-gelbe Landesregierung stattgegeben, mit der sich die klagenden Kommunen gegen die überhöhte Beteiligung an den Kosten der Deutschen Einheit gewehrt haben. Damit haben die Verfassungsrichter bestätigt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die desolate Lage der Kommunalfinanzen in ihrer Regierungszeit in verfassungswidriger Weise weiter verschlechtert hat.

Ebenso wird sich die KölnSPD dafür einsetzen, den Solidarpakt Ost, in den jährlich schuldenfinanziert knapp 80 Millionen € eingezahlt werden, nach dessen Auslaufen in 2019 zu ersetzen. Dabei fordern wir Solidarität nach Bedürftigkeit und nicht nach Himmelsrichtungen.

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes haben wir gleichzeitig ein Moratorium für neue Daueraufgaben beschlossen. Danach sollen zwischenzeitlich auftretende finanzielle Verbesserungen der städtischen Finanzen nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben genutzt werden. Eine bessere Haushaltssituation soll nach Möglichkeit der allgemeinen Rücklage, dem Schuldenabbau und der Substanzerhaltung zur zugutekommen.
rung, etc.. Dazu gehört auch die flächendeckende Möglichkeit breitbandiger Zugänge zum Internet.

Nominierung der Reserveliste für den Rat Plätze 1- 46

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.
1	Martin Börschel	208	15	14
2	Elfi Scho-Antwerpes	212	12	11
3	Jochen Ott	193	31	14
4	Susana dos Santos Herrmann	204	16	14
5	Ralf Heinen	207	9	22
6	Gonca Mucuk	202	17	19
7	Klaus Schäfer	207	13	18
8	Dr. Eva Bürgermeister	210	11	17
9	Cornelia Schmerbach	213	9	16
10	Ulli Volland-Dörmann	182	32	24
11	Monika Möller	214	6	18
12	Dagmar Paffen	211	9	18
13	Michael Frenzel	215	6	17
14	Polina Frebel	207	12	18
15	Dr. Walter Schulz	217	4	17
16	Inge Halberstadt-Kausch	212	8	18
17	Wilfried Becker	211	8	19
18	Walla Blümcke	214	9	15
19	Peter Kron	212	7	19
20	Barbara Albat	212	6	18
21	Rafael Struwe	207	11	20
22	Monika Schultes	215	5	18
23	Marco Malavasi	213	9	16
24	Lisa Steinmann	210	21	7
25	Malik Karaman	213	9	16
26	Elke Bussmann	213	7	18
27	Oliver Krems	214	7	17
28	Erika Ödingen	214	6	18
29	Mike Homann	212	7	19
30	Christian Joisten	216	7	15
31	Franz Phiippi	215	7	16
32	Frank Schneider	218	4	16
33	Horst Noack	216	4	18
34	Gerrit Krupp	217	5	16
35	Karl-Heinz Walter	215	6	17
36	Markus Sterzl	214	4	20
37	Jürgen Kircher	213	5	20
38	Jörg van Geffen	213	6	19
39	Dietmar Ciesla-Baier	216	6	16
40	Andreas Pöttgen	214	7	17
41	Marco Pagano	212	9	17
42	Sven Kaske	206	14	18
43	Michael Paetzold	215	4	19
44	David Krahenfeld	211	9	18
45	Ulrich Müller	212	7	19
46	Gabriele Hammelrath	207	16	15

Kommunalwahl 2014

Nominierung der/des Direktkandidaten/in für den WK 11 Porz II

	Ja	Nein	Enthaltung
Elfi Scho-Antwerpes	198	18	5

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV 1 Innenstadt

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Regina Börschel	21	11	0	Jan Harbach	28	3	1
2	Tim Cremer	29	3	0	Jürgen Hufen	28	1	3
3	Elke von Netzer	25	3	3	Reinhard Köker	30	0	2
4	Ernst Zweil	24	4	3	Gencer Caglayan	30	0	2
5	Martin Henseler	29	1	2	Hajra Spanke	30	0	2
6	Jürgen Hufen	30	0	2	Jan Weber	30	0	2
7	Claudia Jansen	27	4	1				
8	Reinhard Köker	29	1	2	Ute von Netzer	30	0	2
9	Stephan Köker	29	1	2	Gencer Caglayan	30	0	2
10	David Hartung	30	1	1	Jan Weber	30	0	2
11	Dominik Sack	30	1	1				
12	Ute von Netzer	29	1	2				
13	Gencer Caglayan	31	0	1	Dr. Peter Vonneguth	30	0	2
14	Jan Weber	31	0	1	Greta Schroers	30	0	2
15	Greta Schroers	31	0	1	Navid Nandinian	30	0	2
16	Navid Nandinian	31	0	1	Melissa Beyel	29	1	2
17	Melissa Beyel	29	1	2	Marcel Lippert	29	1	2
18	Marcel Lippert	31	1	1	Rainer Herrmann	30	0	2
19	Rainer Herrmann	31	0	1				

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV 2 Rodenkirchen

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Homann, Mike	25	1	0	Neugebauer, Uwe	24	1	1
2	Bussmann, Elke	24	1	1	Schalljo, Erika	25	0	1
3	Klusemann, Jörg	25	0	1	Klouth, Oliver	25	0	1
4	Sadow, Elisabeth	25	0	1	Spittel, Christiane	25	0	1
5	Sürth, Claudia	25	0	1	Von Dewitz Julia	25	0	1
6	Steiner, Carola	25	0	1	Heidari, Paria	25	0	1
7	Knipper, Reiner	25	0	1	Baier, Martin	25	0	1
8	Schalljo, Erika	25	0	1	Zumsteg, Karl	25	0	1
9	Zumsteg, Karl	25	0	1	Lorenz, Steffen	25	0	1
10	Spittel, Christiane	25	0	1				
11	Neugebauer, Uwe	25	0	1				
12	Von Dewitz Julia	25	0	1				
13	Klouth, Oliver	25	0	1				
14	Heidari, Paria	25	0	1				
15	Baier, Martin	25	0	1				
16	Lorenz, Steffen	25	0	1				
17	Müller, Georg	25	0	1				

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV3 Lindenthal

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Friedhelm Higers	32	0	0	Jens Pielhau	31	1	0
2	Ulrike Lerch	32	0	0	Inge Homeyer	32	0	0
3	Holger Fiedler	32	0	0	Willi Reiter	32	0	0
4	Barbara Albat	32	0	0	Chantal Leder	32	0	0
5	Jens Pielhau	31	1	0	Horst Jacquemot	31	0	1
6	Chantal Leder	32	0	0				
7	Horst Jacquemot	31	1	0				
8	Inge Homeyer	32	0	0				
9	Willi Reiter	32	0	0				
10	Sahar Mohammadi	32	0	0				
11	Wilhelm Göttinger	32	0	0				
12	Rita Wergen	31	1	0				
13	Hendrik Zuidema	32	0	0				
14	Karin Hermanns	32	0	0				
15	Edgar Franzmann	32	0	0				
16	Horst Voß	32	0	0				
17	Wilfried Becker	32	0	0				
18	Andre Schirmer	32	0	0				

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV 4 Ehrenfeld

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Wirges, Josef	28	0	0	Bucher, Katrin	28	0	0
2	Bossinger, Petra	28	0	0	Mildenberger, Katja	28	0	0
3	Hanselmann, Udo	28	0	0	Klette, Heike	28	0	0
4	Leitzen, Walter	28	0	0	Müller, Jan	28	0	0
5	Hamacher, Robert	28	0	0	Lindauer, Dunja	28	0	0
6	Bucher, Katrin	28	0	0	Axmann, Gitta	28	0	0
7	Klette, Heike	28	0	0	Braun, Heiko	28	0	0
8	Mildenberger, Katja	28	0	0	Pöttgen, Andreas	28	0	0
9	Brock-M., Jürgen	28	0	0	Hammelrath, Lisa	28	0	0
10	Leitzen, Christiane	28	0	0	Distelrath, Michael	28	0	0
11	Satzvey, Christina	28	0	0	Dettling, Benedikt	28	0	0
12	Braun, Richard	28	0	0	Vicentini, Eva	28	0	0
13	Lindauer, Dunja	28	0	0	Dorp, Jürgen	28	0	0
14	Dettling, Benedikt	28	0	0	Kronenbürger, Paul	28	0	0
15	Balzert, Werner	28	0	0	Beltz, Benjamin	28	0	0
16	Klette, Renate	28	0	0	Braun, Gisela	28	0	0
17	Krüger, Ulrich	28	0	0	Wilden, Fabian	28	0	0
18	Seeburg, Elisabeth	28	0	0	Werner, Willi	28	0	0
19	Bucher, Sebastian	28	0	0	Daube, Timo	28	0	0

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV 5 Nippes

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Bernd Schößler	22	4	0	Winfried Steinbach	22	4	0
2	Karola Mennig	22	4	0	Uwe Schubert	22	4	0
3	Horst Baumann	22	4	0	Ulrich Müller	22	4	0
4	Sönke Geske	22	4	0	Norbert Esser	22	4	0
5	Winfried Steinbach	22	4	0	Hedda Körner	22	4	0
6	Ludger Traud	22	4	0	Philipp Gabriel	22	4	0
7	Hedda Körner	22	4	0	Alois Steines	22	4	0
8	Uwe Schubert	22	4	0	Kai Schünemann	22	4	0
9	Brigitte Spielberg	22	4	0	Elke Neuhard	22	4	0
10	Norbert Esser	22	4	0				0
11	Philipp Gabriel	22	4	0	Jürgen Cremer	22	4	0
12	Kai Schünemann	22	4	0		22	4	0
13	Gudrun Steinbach	22	4	0	Sibel Nacak	22	4	0
14	Alois Steines	22	4	0				0
15	Elke Neuhard	22	4	0				0
16	Jürgen Cremer	22	4	0				0
17	Sibel Nacak	22	4	0	Helga Wildenburg	22	4	0
18	Ulrich Müller	22	4	0				0
19	Helga Wildenburg	22	4	0	Thomas Kontzen	22	4	0
20	Thomas Kontzen	22	4	0				0

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV 6 Chorweiler

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Danke, Eike	14	0	0				
2	Krahenfeld, David	14	0	0	Krüger, Friedrich	14	0	0
3	Gökpınar, Inan	14	0	0	Lorenz, Eduard	14	0	0
4	Brandau, Dieter	14	0	0	Kircher, Werner	14	0	0
5	Ottenberg, Friedhelm	14	0	0	Bachhausen, Dirk	14	0	0
6	Heinrich, Lilo	14	0	0	Essiz, Ali-Talha	14	0	0
7	Wefelmeier, Klaus	14	0	0				
8	Bachhausen, Dirk	14	0	0				
9	Kulig, Alicja	14	0	0				
10	Essiz, Ali-Talha	14	0	0				
11	Ensel, Hermann	14	0	0				
12	Kircher, Werner	14	0	0				
13	Gökercin, Fatma-A.	14	0	0				
14	Lorenz, Eduard	14	0	0				
15	Mende, Michael	14	0	0				
16	Ross, Dietmar	14	0	0				
17	Pulera, Elio	14	0	0				
18	Twagiramungu, Chr.	14	0	0				
19	Krüger, Friedrich	14	0	0				

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV 7 Porz

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Florian, Ulf	19	1	4				
2	Joisten, Christian	19	1	4	Weitzel, Christoph	19	1	4
3	Bujanowski, Simon	19	1	4	Brühl, Andrea	19	1	4
4	Auth, Jürgen	19	1	4	Tempel, Lutz	19	1	4
5	Weidner, Andreas	19	1	4	Möller, Monika	19	1	4
6	Korte, Tom	19	1	4	Pepke, Karl-Heinz	19	1	4
7	Berner, Nils	19	1	4				
8	Komorowski, Jutta	19	1	4	Peisker, Juliane	19	1	4
9	Brühl, Andrea	19	1	4	Horn, Ralf	19	1	4
10	Tillmann, Marion	19	1	4				
11	Tempel, Lutz	19	1	4	Werner, Rudi	19	1	4
12	Weitzel, Christoph	19	1	4	Metzen, Moritz	19	1	4
13	Horn, Ralf	19	1	4	Dahlmanns, Nikolai	19	1	4
14	Becker, Ilse	19	1	4				
15	Metzen, Moritz	19	1	4				
16	Dahlmanns, Nikolai	19	1	4				
17	Gebbert, Annette	19	1	4				
18	Lenz, Friedhelm	19	1	4				
19	Lorenz, Lukas	19	1	4				
20	Pepke, Karl-Heinz	19	1	4				
21	Peisker, Juliane	19	1	4				
22	Werner, Rudi	19	1	4				
23	Möller, Monika	19	1	4				

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV 8 Kalk

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Thiele, Markus	18	0	1				
2	Schmedemann, K.	18	0	1	Robyns, Christian	18	0	1
3	Pagano, Marco	18	0	1	Koch, Hajo	18	0	1
4	Schneider, Wolfgang	18	0	1	Karaschewski, Gero	18	0	1
5	Greven-Thürmer, Cl.	18	0	1	Heinz, Frank	18	0	1
6	Klein, Markus	18	0	1	Hagedorn, Marcel	18	0	1
7	Grahl, Jörg	18	0	1	Kurtenbach, Inge	18	0	1
8	Robyns, Christian	18	0	1				
9	Hagedorn, Marcel	18	0	1				
10	Ahmad, Solin	18	0	1				
11	Karaschewski, Gero	18	0	1				
12	Kurtenbach, Inge	18	0	1	Moorbach, Gaby	18	0	1
13	Heinz, Frank	18	0	1				
14	Koch, Hajo	18	0	1				
15	Moorbach, Gaby	18	0	1				
16	Murawski, Elisabeth	18	0	1				
17	Krems, Oliver	18	0	1				
18	Dos Santos, Susana	18	0	1				
19	Krupp, Gerrit	18	0	1				
20	Paetzold, Michael	18	0	1				

Kommunalwahl 2014

Nominierung der Liste für die BV 9 Mülheim

Listenpl.	Name	JA	NEIN	ENTH.	Ersatzbewerber/in	JA	NEIN	ENTH.
1	Fuchs, Norbert	31	0	1				
2	Lünenbach, A.	31	0	1	Krawczyk, Peter	30	0	2
3	Kaske-Vollmer, Jutta	22	8	1	Schomann, Nina	29	0	3
4	Stengle, Hans	31	0	1	Krieger, Ingo	30	0	2
5	Kranz, Berit	30	1	1	Martin Stahl	29	1	2
6	Frebel, Karl Heinz	23	8	1	Fischer, Ruth	29	0	3
7	Brock, Claudia	32	0	0	Hagen, Werner	29	0	3
8	Trapp, Ulrich	29	1	1	Kötter, Reinhold	30	0	2
9	Krawczyk, Peter	30	0	2				
10	Schomann, Nina	30	0	2				
11	Krieger, Ingo	30	0	2				
12	Martin Stahl	28	1	3				
13	Fischer, Ruth	30	0	2				
14	Hagen, Werner	29	0	3				
15	Kötter, Reinhold	29	0	3				
16	Pieper, Hans-Georg	27	1	4				
17	Bolz-Friedmann, C.	30	0	2				

KölnSPD

Wahl von 10 Delegierten/Ersatzdelegierten zur gemeinsamen Konferenz der SPD Mittelrhein und Niederrhein zur Wahl der Reserveliste für den LVR

Name	GEWÄHLT	ERSATZ
Bacher Götz	108	
Bosbach Wolfgang	90	
Ciesla-Baier Dietmar	78	
Dos Santos Susana	174	
Ersöz Ayfer	47	
Fritz Detlef	84	
Hilgers Friedhelm		70
Homann Mike		69
Hördum Tine	159	
Kaske Axel		54
Klein Heinz Dieter		28
Ott Jochen	136	
Schmerbach Conny	102	
Spies Fabian		51
Stadoll Willi		43
Vogt Thomas		23
Walter Karl-Heinz	90	